

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werkthätigen Volkes.

Abohmentopreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage "Neue Welt" inkl. Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungskarte Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 M., für 2 Monate 1,40 M., für 1 Monat 70 Pf. egl. Bestellgeb.

Redaktion: Tauchaer Str. 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5 geschaffene Zeitzeile oder deren Raum mit 25 Pf., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pf. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer sechs 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tauchaer Straße 19/21. Geschäftsstelle 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

An die Arbeiter aller Länder.

Im letzten Jahre appellierte ich an die internationale Solidarität zu Gunsten des gegen den Absolutismus kämpfenden russischen Proletariats.

Herrn ist auf der anderen Seite des Kontinents der Kampf zwischen Sozialismus und Reaktion entbrannt.

Seit Jahren arbeitet die belgische Arbeiterpartei an der Erringung des allgemeinen Wahlrechts und an der Beseitigung des Pluralsystems, welches den Reichen 3 Stimmen und den Armen 1 Stimme gibt und dadurch bei allen Wahlen die Erwaltung der Arbeiterklasse durch die Klasse der Reichen ermöglicht.

Nachdem wir alle Propagandamittel angewandt, nachdem wir alle möglichen Aktionsmittel vergeblich versucht, haben die belgischen Arbeiter beschlossen, zum letzten Mittel zu greifen, zur letzten legalen Waffe, die ihnen bleibt, zum

Generalstreik.

Gleich am ersten Tag haben 100 000 Mann die Arbeit niedergelegt, morgen wird sich die Zahl verdoppeln. Die in den großen industriellen Zentren begonnene Bewegung verbreitet sich über das ganze Land, und die terroristischen Maßnahmen der Regierung, welche auf die Arbeiter zu schließen bestellt sind, an der Vollständigkeit und Energie der Arbeiterklasse gescheitert. Überzeugt von ihren Mächten, hat sie das unerschütterliche Vertrauen, ihre Rechte liegen zu sehen.

Aber es sind Opfer erforderlich, die Arbeiter unter den Stacheln zu unterstützen. Unter diesen Umständen appellieren wir an die Arbeiter und Organisationen aller Länder, die belgischen Sozialisten materiell und moralisch zu unterstützen!

Wir zählen hauptsächlich auf die Gewerkschaften der Nachbarländer. Sie werden Anstalten zu treffen wissen, den Streit für das allgemeine Wahlrecht zum Siege zu führen.

Dewinne, Parteisekretär.

Banbervelde, Anseele, Servy, für das internationale Bureau.

Ein Memento an den Absolutismus.

* Leipzig, 17. April.

Das Attentat, das soeben den russischen Minister des Innern niedergestreckt hat, wird sicher im ganzen Kaiserreich, nicht minder aber in Westeuropa einen tiefen Eindruck machen. Dass der zaristische Minister sein schämhaftes Ende reichlich verdient hat, unterliegt keinem Zweifel. Ein steupel-

loser Schurke, reaktionär bis auf die Knochen, dabei vornebart bis zum Stumpfstein in der politischen Auffassung und nur weitherzig, wo es sich um die schamloseste Ausplunderung der öffentlichen Kassen zum persönlichen Vorteil handelte, war er der typische Vertreter der heutigen Denker der Geschichte des Kaiserreiches. Seine Gaunerien hatten besonders plastisch seiner Zeit die berühmte Affaire mit seiner Schwester, der Grundbesitzerin Dubassow, illustriert, der er aus Anlass des Ablaufs des Propinationsrechtes (Recht des Verkaufs von Spiritualien) durch den Fiskus bei der Einführung des staatlichen Schnapsmonopols über 250 000 Mark durch den Finanzminister Witte unter der Hand als Liebesgabe zusteuerlich ließ. Bei einer anderen Gelegenheit hatte er statt der zur Renovierung seiner amtlichen Wohnung aufsignierten 600 000 M. einfach ca. anderthalb Millionen Mark der Staatsklasse entwendet, und obendrein, als die Gannerie rückbar wurde, einen seiner Subalternbeamten als den Dieb denunziert und — zum Gouverneur im Gouvernement Taurien degradiert.

Allerdings nicht diese Schurkereien waren es, die ihm vor allem den berechtigten Haß der revolutionären Elemente zugezogen haben, sondern seine reaktionären Attentate auf die Presse, auf allerlei Vereine, und seine Bestrafungen bei der "Beruhigung" der studentischen und proletarischen Manifestationen. Die schon ohnehin in eiserne Klammern gezwängte russische Presse, hatte in der letzten Zeit unausgesetzte Niederlage zu erleiden. Sogar solche Boulevardblätter und reaktionäre Zeitungen wie das Petersburger Blatt, die Nowoje Wremja, das Russkoje Slowo, die Rossija, kriegen alle Augenblide Verwarnungen und Censurstafeln. Der hervorragende oppositionelle Monatsschein Schidn (Leben) wurde das Lebenslicht ausgeblasen.

Allerlei harmlose Vereine mit rein kulturellen Zwecken wurden unbarmherzig geschlossen. Vor allem aber: hat sich der Polizeiminister durch die Heldenhaten seiner Schergen während der jüngsten Demonstrationen ausgezeichnet. Und gerade der augencheinliche Zusammenhang der an Sipjagin vollzogenen Exekution mit den jüngsten Ereignissen in Russland gibt dem Attentat sein eigentliches politisches Relief.

Nach dem revolutionären Großen, das in den letzten Monaten aus Russland herüberkam, fällt nun der krachende Schuß, und allgemein wird die Frage laut: Ist das etwa wieder das Signal zu einer Epoche des systematischen revolutionären Terrorismus, wie jene erste, die dem Schuß Wjera Sassulitsch im Januar des Jahres 1878 folgte? Sollen wir eine Wiederholung des glorreichen Zweikampfes der sozialistischen Partei mit dem Absolutismus gewartigen, wie man ihn zur Zeit der Narodnaja Wolja in den 70er und 80er Jahren erlebt hat?

Vor allem steht es von vornherein fest, daß das jüngste Attentat nicht etwa eine Neuerung des planmäßigen Vorgehens der sozialistischen Parteien in Russland ist. Wie meistens in solchen Fällen, ist der Schuß auf den Minister des Innern ein einfacher Ausdruck der latenten revolutionären Energie, der allgemeinen Säuerung und Aufregung besonders in den Kreisen der jungen Intelligenz, und es unterliegt keinem Zweifel, daß es sogar in gar keinem Zusammenhang mit den Arbeiter-Organisationen vorgenommen worden ist.

Allein in der Resonanz, die dieser terroristische Anschlag findet, in der politischen Atmosphäre, in der er vorgegangen, äußert sich die ganze tiefgreifende Umwälzung, die in Russland in den letzten Zeiten vorgegangen ist.

Nachdem die revolutionäre terroristische Bewegung, von der Zar Alexander II. weggeräumt wurde, um die Mitte der 80er Jahre zusammengebrochen war, begann in Russland bekanntlich eine lange und qualvolle Periode des politischen Stillstandes. Nach den zahllosen Opfern und Heldenhaten der sozialistischen Partei war zuletzt das positive Resultat so gut wie gar keines. Freilich, die moralische Bedeutung der Periode der Narodnaja Wolja war eine ganz enorme, und man kann, trotz der ganzen Berechtigung nachträglicher Kritiken, diesen Versuch einer kleinen revolutionären Widerstand der Intelligenz, mit dem Absolutismus fertig zu werden, vom historischen Standpunkt ebenso wenig als einen "Fehler" betrachten, wie z. B. die Pariser Kommune. Wie hier, war auch dort die Bewegung nicht aus lächerlicher Berechnung, nicht aus politischer Spekulation, sondern mit Elementarmacht, mit ehemaligen historischen Müh, aus der Lage der Dinge hervorgegangen.

Aber wie die Pariser Kommune, erinnerte auch der sozialistische Terrorismus in dem Russland der 70er und 80er Jahre der sozialen Grundlagen zum Siege über die absolute Gewalt. Das Bauerntum war, wie überall, eine politisch fast gänzlich passive Masse, die industrielle Arbeiterschaft war als Klasse erst im Werden begriffen (die Periode der eigentlichen Großindustrie beginnt in Russland zusammen mit dem Hochschulgoss im Jahre 1877) und die sogenannte Gesellschaft, das heißt die Bourgeoisie, in ihrer Masse dem Absolutismus ergeben und in ihrer intelligenten "liberalen" Minderheit feige und keiner ernsten Aktion fähig.

So dauerte denn die tote Saison der unmenschlichen Realität in Russland nicht nur die ganze Herrschaftsperiode Alexanders III. hindurch, sondern auch noch in den ersten Jahren der gegenwärtigen Herrschaft. Die Begleitercheinungen bei der Thronbesteigung Nikolaus II. waren besonders geeignet, die innere Misere des russischen Liberalismus, wie das unerschütterliche Selbstbewußtsein des Absolutismus in frischem Lichte zu zeigen. Eine Reihe Landschönen (Bemüh-

Scuilletton.

Nachdruck verboten.

Niobe.

Roman aus der Gegenwart von Jonas Lie.

"Ich versichere Sie, Fräulein Minka . . . Können Sie einen Augenblick an mir zweifeln?" . . . unterbrach sie Schultheiß bestürzt.

"Könnten Sie z. B. nicht ebenso gut unten auf dem Fahrrwege spazieren, Schultheiß?"

"Und dann von Abel gesehen werden" — unterbrach er sie triumphierend. "Er würde sofort Verdacht schöpfen und Ihre Angelegenheit wäre kompromittiert." „Zeigt gleich!“ — er zog seine Uhr hervor — „werden Sie mich gleichgültig dort unten auf dem Fußwege eingeschleichen, ehe ich hinter der Anhöhe bei der Laube verschwinde.“

"Wie — noch nicht halb neun? Geht sie richtig? Sind Sie dessen sicher?" — rief sie eifrig.

"Ganz richtig."

"Verlassen Sie sich auf mich, Fräulein Minka" — flang es in hohlen, gedämpften Tönen, als käme der Ton aus dem Inneren einer Tonne.

"Ach, Schultheiß," schalt sie los, "Sie machen immer so viele Geschichten. Hätten Sie nicht gleich sagen können, daß es mir halb neun ist!"

"Ich enthalte mich jeder Bemerkung — schweige." Er verbeugte sich mit leuchtendem Antlitz.

"Hören Sie, Schultheiß, es handelt sich darum, das einzige Jahrhundert aus Vaters Zeitungen herauszuziehen. Ich will nicht, daß Mutter den Artikel

Das kleine glatte Jawort, lies . . . Sie würde sofort wissen, daß ich ihn geschrieben — und dann will sie nur mit mir darüber reden. Wenn aber das, was man erachtet, erst so zu sagen zum Fenster hinaus und gelüftet werden soll . . . das ist zu unausstehlich! . . . Wenn es angenommen ist, muß es in diesem Hefte stehen . . . Es überläuft mich fast, wenn ich daran denke, wie manches junge Mädchen wohl ihre Nacht in Thränen abbringen wird und vereuen, daß sie sich in einer einzigen Minute dem Alleinherrschter hingab. . . Ich hatte keine Ruhe, ehe ich geschrieben, daß das Jawort nur gelten sollte, wenn die Scheidung und Gütertrennung leicht zu erreichen und die Gleichberechtigung und alles in Ordnung sei."

"Hm, die Idee an und für sich ist ausgezeichnet, sogar brillant, wenn sie — hm — hm — nur Aussicht hat zur — — — das würde mit einem Schlag der volkskommunistische gesellschaftliche Schutz des Weibes sein, man könnte sagen, der Freiheitsdiamant in ihrem Trauringe — hm — hm — aber —"

"Ja, nicht wahr?" — triumphierte sie und schlug ihm auf die Finger mit dem Strohalm, der ihr zum Spielzeug diente, — "ich habe — wie nannte er es doch noch — er, der da entdeckte . . ."

"Heureka, das war Archimedes . . ."

"Heureka, Heureka! die Lösung des Ganzen! Mir ist als müßte ich bersten vor Freude."

"Hm, hm," Schultheiß bewegte nachdenklich die vollen Lippen.

"Weshalb machen Sie solches Gesicht, Schultheiß?"

"Hm, ich meinte nur, es sei zu wünschen, daß es sich durchführen ließe, Fräulein Minka."

"Sagen Sie nicht selbst so häufig gesagt —"

"Aber Sie mit Ihrem Herzen ohne Falsch, Sie vergessen leider den Alleinherrschter, den Unterdrücker . . . Er wird schwerlich dieses Gesetz durchgehen lassen."

"Mir scheint, Sie stehen nur da und widersprechen sich selber."

"Bitte, gestatten Sie mir, mich Ihnen deutlich zu erklären: Ich bleibe dabei, die Idee ist brillant — aber die Hindernisse —"

"Was für Hindernisse . . . Wenn's zum Klappen kommt, haben Sie immer Hindernisse, Schultheiß. — Sie sind überhaupt so einer mit Hindernissen."

"Damit dieses Gesetz durchgehen kann — ich will es Ihnen nicht verhehlen — muß die ganze Frauenfrage erst erlebt sein."

"Hör, welch ein gedrechselter, gekrümmter Mensch Sie sind," rief sie.

Schultheiß sah sie wehrlos an, gleichsam als bitte er um Schonung.

Sie stampfte mit dem Fuße und schlug mit dem Strohalm auf ihr Kleid.

"Es ist zu ärgerlich! — Sie finden beständig etwas heraus, woran alles scheitern muß . . . Nun kann natürlich wieder mein Gesetz nicht durchgehen! Und darauf hin muß der ganze Artikel fallen," klagte sie verzweifelt . . . "Ich glaube, jetzt fange ich erst an, alles zu hoffen, was da Mann heißt."

"Ja, ja, Fräulein Minka, mit solcher Leidenschaft kann etwas angerichtet werden. — Der Hass fördert das Werk der Befreiung, bis einmal alles von selber vorwärts schreitet — nur durch Liebe."

"Trotzdem, Schultheiß," — flang es nach einigem Nachdenken — "wenn der Artikel kommt, und es scheint

wos), bekanntlich Sammelpunkte der liberalen Elemente des Kaiserreichs, erdrückten sich, dem Alleinherrschter ihre „allerunterthänigsten Bitten“ devotest zu Füßen zu legen“ (wörtlich), in denen sie nur zweierlei erslehten: daß das Gesetz (das Barongesetz) strikt gehandhabt und angewendet werde und daß die Landschaften das Recht bekommen, dem Kaiser unmittelbar Bittschriften unterbreiten zu dürfen.

Auf diese erbärmliche politische „Aktion“ antwortete der junge Mann, der soeben den Thron bestiegen hatte, kurz und blündig: die Herren von den Landschaften müchten ihre „sinnlosen Schwärmerien“ gefälligst unterlassen und das Maul halten. So endete die erste Regierung der „Gesellschaft“, und es begann die schönste Fortsetzung des Regimes Allexanders III.

Aber die Windstille dauerte nicht lange. Im Januar 1895 sprach Nikolaus II. von „sinnlosen Schwärmerien“ und schon im Mai des nächsten Jahres, 1896, wurde ganz Europa überrascht durch die Kunde von dem Massenstreik der Industriearbeiter in St. Petersburg. Ein neuer Faktor des politischen Lebens war auf die Bühne getreten — das Proletariat. Im Jahre 1898 folgten sturmische Arbeiterunruhen in Ekaterinoslaw, und so durchzog die neu erwachte Arbeiterbewegung wie ein Gewitter ganz Russland vom Norden bis zum Süden.

Das waren schon keine „allerunterthänigsten Bitten“ und keine „sinnlosen Schwärmerien“, sondern regelrechte Schlächten der Arbeitermassen mit der bewaffneten Macht.

Aber hier haben wir nur die erste Phase der heutigen Arbeiterbewegung in Russland. Die Streiks und Unruhen tragen vorerst noch vorwiegend ökonomischen Charakter. Doch gerade in diesen ersten Explosionen reist das russische Proletariat politisch mit der merkwürdigen Rapidität, die revolutionären Perioden eigentlich ist. Und seine Erscheinung auf dem Platze beeinflußt, rüttelt auch andere oppositionelle Elemente auf, gibt ihnen mehr Mut und Selbstvertrauen.

Die zweite, jetzige Phase, die der rein politischen Manifestationen begann im März 1901. Inauguriert durch studentische Unruhen in St. Petersburg, ruft sie bald die Arbeiterschaft wieder vor die Front — diesmal mit dem lauten Ruf: Nieder mit dem Zarismus! Den Märkte demonstrieren in der Hauptstadt folgen im Mai erneute in St. Petersburg, dann in Tiflis, in Kiew, in Odessa — überall.

Heute ist somit als vornehmste revolutionäre Kraft in Russland das Proletariat aufgetreten, die Sirene einer kleinen Minderheit der Intelligenz hat die Arbeiterpartei eingenommen.

Kann und wird diese nun zur systematischen Anwendung des Terrorismus greifen, wie weilen die Narodnaja Wola? Darüber sind die Meinungen im Lager der russischen Sozialisten verschieden. Während die eine dieser Gruppen die bewußte Anwendung der terroristischen Taktik für erwähnenswert hält, erachtet Wera Sakkaltsch und ihre Freunde den Terrorismus heute für direkt schädlich, weil er die politische Hauptaktion naturgemäß in die Hände einer kleinen Gruppe spielt, während sie unbedingt von der ganzen breiten Masse geführt werden müsse.

Wie dem aber sei, die Hauptrolle spielen heute in Russland ganz zweifellos die Massendemonstrationen der Arbeiterschaft. Und wenn der Schuß auf Sipagin eine politische Bedeutung haben wird, so vor allem die, ein kräftiger, für den Absolutismus empfindlicher Kommentar zu der allgemeinen Erregung zu sein, die, von den proletarischen Massen getragen, sich auf weitere Kreise der Bevölkerung verbreitet und dem Absolutismus zeigt: diesmal wird die Revolution durch Repressalien, wie in den 80er Jahren, nicht aus der Welt zu schaffen sein. Die Seiten sind andere, und ob mit oder ohne Terrorismus wird sich die wachgerufene politische Arbeiterbewegung nicht erdrosseln lassen, bis sie dem Absolutismus den Garaus gemacht.

Die letzten Nachrichten zum Attentat lauten:

Petersburg, 16. April. Der Mörder des Ministers des

ihnen, daß er gut geschrieben ist — die Idee ist mir jetzt ganz gleichgültig, wenn sie doch erst nach hundert Jahren zur Ausführung kommen kann — und Sie glauben, er könnte wohl Glück machen — dann flatschen Sie unten bei der Gartenpforte dreimal in die Hände, als wollten Sie die Tauben rufen.“

„Und dann noch eins, Schulteiz. Es ist möglich, daß mir heute Fräulein Lundi darauf antwortet, ob etwas aus der großen Fuhrtour wird, die man hier hinauf zu machen gedenkt. In dem Falle kommt Thelka Feiring sofort hierher, um für mich die Erlaubnis zu erbitten. Über Vater und Mutter dürfen keine Ahnung davon haben, daß ich den Anstoß dazu gegeben . . . Hören Sie, Schulteiz! Sie haben auf vieles acht zu geben heute . . .“

Er nickte mit dem glücklichen Lächeln eines Menschen, den man zum Vertrauten gemacht und Minka eilte wieder in den Garten hinunter.

Der Postbote war gekommen und die Briefe und Zeitungen lagen, nach den gewohnten Revisionen unten auf dem Fahrertheke, in guter Ordnung auf dem Tische des Studierzimmers, unter anderem auch ein mit Kreuzband versehenes, neues, gelbes Heft des „Zwanzigsten Jahrhunderts“, das indessen zu keinem Händelsatlaschen unten an der Gartenpforte Veranlassung gegeben hatte.

Schulteiz wanderte lange unruhig hin und her, bis er auf den tröstlichen Gedanken kam, daß in diesem Heft für den Artikel wahrscheinlich kein Platz gewiesen sei und mit dieser Erklärung ging er dann zu Minka. Als er sich auf sein Zimmer hinauf begeben wollte, trat Frau Bente aus der Stubenthür und hielt ihn an.

„Wir haben einen Brief von Endre gehabt, aus Dresden . . . Wollen Sie nicht hereinkommen und einen Augenblick Platz nehmen, Herr Schulteiz?“

Innern ist ein Student der Universität in Kiew Namens Malyshew, welcher bei den letzten Unruhen regelegt worden war und sobald fröhlich in das Heer eingestellt, bald darauf aber vom Kaiser begnahmt worden war. Der dritte der von dem Mörder abgegebenen Schüsse verwundete den Diener des Ministers, welcher auf den Angreifer zusprieß und ihm die Waffe entwunden wollte. Der vierte Schuß ging in die Wand. Die letzten Worte des Ministers waren: „Warum ermordet man mich? Ich bin mir nicht bewußt, jemanden böses zugefügt zu haben.“ Ein Schuß hatte den Minister in den Unterleib getroffen, ein anderer die Leber durchbohrt.

Petersburg, 16. April. Der deutsche Kaiser hat den Postwacht-Grafen v. Alvensleben telegraphisch beauftragt, dem Kaiser Nikolaus und der russischen Regierung sein Beileid und seinen tiefsen Abscheu über die Ermordung des Ministers des Innern Sipagin auszusprechen.

Politische Übersicht.

Die Masse als Führerin.

Wie wir von Anfang an vermutet haben, spielen die belgischen Parteiführer, speziell die sozialistische Kammerfraktion, in diesem Augenblick die Rolle der Führer. Beweisenswert war die Haltung der Arbeiterabgeordneten in der Kammer bei den Manipulationen der Regierung, als diese sich durch die Votierung der provisorischen Budgetwürfel für einige Zeit freie Hand schaffen wollte; ferner ihre Haltung gegenüber der Förderung der Liberalen, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, was gleichfalls eine Hinausschiebung des Entscheidungsmoments bedeutete. In beiden Fällen schwiegen die sozialistischen Abgeordneten und ließen die Mehrheit gewähren. Auch die bereits für das Ende der vorigen Woche geplanten Manifestationen wurden durch das Betreiben der Abgeordneten auf die laufende Woche hinausgeschoben.

Es ist begreiflich, daß die Parteileitung vor der Verantwortlichkeit für die bei jeder Massenerhebung unvermeidlichen Gefahren, Opfer und unschöngesehenen Wendungen zurücksteckt. Allein sie wird, wie jedesmal in Belgien, durch die Masse zur Entscheidung gebracht. Am Montag ist bereits, ohne das Signal der Partei abzuwarten, der Generalstreik proklamiert worden. Der Peuple konstatiert es selbst:

„Der Generalstreik ist im ganzen Lande proklamiert worden, nicht durch politische Organe der Arbeiterpartei, sondern durch ihre ökonomischen Vertreter, nicht durch ihre Abgeordneten, sondern durch die Gewerkschaftsführer.“

Es ist das organisierte Proletariat selbst, das soeben den feierlichen Entschluß gefaßt hat, da es keine anderen Mittel zum Sieg sieht, die Arbeit überall niedrigelegen.“

Angesichts dieses selbstständigen Vorgehens der Arbeitermasse bemühen sich die politischen Führer nun, möglichst Ruhe zu predigen, von allen Demonstrationen abzuraten und erwartungsvolle Blicke — auf den König Leopold zu richten.

„Der Generalstreik, schreibt der Peuple, wird dauern bis zu dem Moment, wo von oben eine berufene Stimmung das Wort des Friedens und der Klugheit herabsenden wird.“

Es ist sehr wohl zu begreifen, daß die Führer die Verantwortlichkeit für leicht mögliches Blutvergießen, für alle unübersehbaren Folgen einer regelrechten Revolution nicht so ohne weiteres übernehmen möchten. Allein, die Bewegung ist nun einmal infolge ihrer eigenen jahrelangen Agitation in Fluss, der Stein ist ins Rollen gekommen, und da kann, wie geschichtliche Erfahrungen beweisen, eine Verschleppungs- und Abwiegelungstatik im entscheidenden Moment sehr leicht nur das Gegenteil von dem Gewollten erreichen, nämlich eine Verschlechterung der Position der Kämpfenden und deshalb Vergrößerung der befürchteten Opfer.

Doch z. B. auch die Rücksicht auf ängstliche bürgerliche Gemüter, die bei der bezeichneten Taktik des belgischen Parteivorstandes sicher eine Rolle spielen, manchmal ganz falsch ist, beweist die folgende besitzende Zuschrift aus Offizierskreisen, die der vorgetrige Peuple veröffentlicht.

Ein Offizier schreibt uns:

„Ich bin kein Sozialist und es ist nicht meine Sache, Sie über den unter den Soldaten herrschenden Zustand der Geister zu unterrichten; wahrscheinlich kennen Sie ihn besser als ich.“

Aber als empörter Augenzeuge des gewollten und vorbeobachteten Massakrs der Brüsseler Bevölkerung kann ich nicht umhin, Ihnen mitzutun, was also meine Kollegen vom Regiment denken und sagen. Wenn die Armeen auf die Straßen abmarschiert würden, so hätte es wahrscheinlich, ausgenommen ganz außerordentliche Ereignisse, keine Toten gegeben.

Wir Offiziere sind formell verpflichtet, keinen Gebrauch von

den Waffen zu machen, bevor wir die gesetzlichen Auflösungen gemacht haben. Wir müssen rufen: „Das ist gute Bürger zurückzuladen, es wird geschossen!“ oder aber: „Das Bajonet wird aufgespannt.“

Dennnoch ist Jebermann gewarnt. Wer bleiben und sich schlagen, mit einem Wort, die Revolution machen will, stellt sich auch vor die Gefahren einer Unterdrückung, in der Voraussetzung, daß sich die Soldaten dazu hergeben. Harmlose Passanten aber, Neugierige und unbewaffnete Manifestanten können sich sobald zurückziehen.

In Brüssel habe ich nichts berichtet gewahnen. Mit einer Brutalität, die ich nicht im Kriege gesehen habe (und ich habe die meplatine Expedition mitgemacht) stürzen sich Gendarmen und Polizisten auf die Menge, haben ein mit dem Säbel und töten mittellos, verwundet Frauen, Kinder, Arbeiter, die von ihrer Arbeit zurückkehren, von dem unglaublichen Arbeiter von Ulmbeck bis zum Herrn Debruyère, dem dorfländischen (alliberalen) Die Rob. Oliva. Die Leute gehen in die Bahnstationen, dorthin sind die Bahnwachen, die alten sozialistischen Mönche ausgewandert. All dies ist gefechtswürdig; durch eine solche Handlungswweise lebt man das Volkslämmchen die Gesetze zu verachten und man reizt es zur Selbstverteidigung mit allen Mitteln.“

Machen Sie mit meiner Erklärung, was Ihnen beliebt, aber seien Sie überzeugt, wir denken alle dasselbe, und die blutigen Mittäcen der bewaffneten Macht haben für Ihre Sache mehr gehalten, als alle Ihre Volksversammlungen.

Die öffentliche Meinung ist ganz auf Eurer Seite.“

So zeigt es sich, daß gerade die Demonstrationen der Masse und die dabei meistens unvermeidlichen Zusammenstöße mit den Hütern der Ordnung manchmal am wirksamsten die Sympathien aller Rechtlichen bedenken und namentlich der Armee wachrufen und auf die Seite der Volkerhebung bringen.

Nach den zur Stunde vorliegenden Meldungen ist der gestrige Tag ruhig verlaufen.

Über den Verlauf der Beratungen in der Kammer liegt bis jetzt nur ein kurzer offizieller Bericht vor. Danach hat vormittags vor der Kammer sitzung ein allgemeiner Ministerrat stattgefunden. Die Maßregeln zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren verschärfzt worden.

In der Kammer steht auf der Tagesordnung die Revision der Verfassung. Die Tribünen mit Einschluß der für das diplomatische Corps sind überfüllt. Zunächst ergreift der Clericale Beernaert das Wort und erinnert daran, daß schon vor neuen Jahren die Verfassung von den Kammerabgeordneten abgeändert worden sei. Damals habe man geglaubt, daß der Friede für lange Zeit gesichert sei, und jetzt werde die Regierung mit Gewaltthäufigkeiten bedroht und versucht, die Beratungen des Parlaments zu hindern. Es sei der Ansicht, daß das gegenwärtige Wahlystem durchaus befriedigend sei. Seit 15 Jahren habe die Kammer zahlreiche soziale Gesetze geschaffen und man antrete ihr darauß mit dem allgemeinen Zusprache. Es müsse zugegeben werden, daß die liberale Linke einerseits Verantwortlichkeit für alle Rücksichten treffe. Redner wird häufig von dem sozialistischen Abgeordneten Vanherle unterbrochen, der austut: „Das allgemeine Stimmenrecht ist alleiniger Souverän.“ Es handelt sich heute um die Existenz Belgien. Eine Negierung, die vor dem Aufbruch weichen würde, wäre der Stellung, die sie einnimmt, unwürdig. Redner fragt, wie man daran denken könne, die Verfassungsrevision zu verwirklichen, für welche eine Majorität von zwei Dritteln notwendig sei, die man nicht zu finden hoffen könne. Feron (Progr.) meint, das Parlament könne dem König nahelegen, daß die Auflösung der Kammer am Plohe sei. Dazu genüge, daß der Antrag auf Revision angenommen werde. Um 5 Uhr abends wird die Sitzung geschlossen.

Das ist so just der rechte Ton, wie ihn Beernaert angefangen hat. „Man“ hat das erwartete Stimmenrecht gegeben; „man“ hat geglaubt . . . etc. „Man“ ist natürlich die Clericale Oligarchie in Belgien, die sich souverän fühlt und jede Erweiterung der politischen Rechte anderer Klassen, auch wenn diese ihr blutig abgerungen worden ist, als Gnaden geschenkt. „Man“ wird natürlich für all die politische Hochherzigkeit jetzt mit schlechtem Undank belohnt, und „man“ fühlt darum vor der Weltgeschichte die sittliche Pflicht, auch jetzt wieder die Prerogative der Klassenherrschaft mit Blutvergießen und Gewaltthet gegen den Volkstrum des Pöbels zu verteidigen. Die Clericalen scheinen den Ton der Kammerdebatoren um die Wahlrechtsfrage von vornherein auf den Ton kirchenrätselischer Apologetik stimmen zu wollen. Man wird ihnen das Konzept schon verraten.

Der Generalauftand nimmt in Brüssel und in der Provinz an Ausdehnung zu. Die Zahl der Streikenden in Brüssel wird auf 60000 angegeben. In Seraing haben gestern in einer einzigen Maschinenfabrik 8000 Männer die Arbeit niedergelegt.

Bei den Zeitungsverkäufern in Namur und in der Medallion des blämmischen Vorwärts in Gent wurden gestern Haussuchungen vorgenommen, die resultlos verließen.

daß er sich jetzt für die Operette entschieden hat. — Aber trotzdem, alle diese Frau und Fräulein Operettensängerin so und so . . .“

„Eine Künstlernatur muß vor allen Dingen in der Kunstatmosphäre leben, Frau Vaarbig. Man darf den Fisch nicht seinem Element entziehen.“

„Meinen Sie das, Schulteiz?“

Er saß in seine eigenen Gedanken versunken und wiegte sich hin und her.

Sie wissen wohl, eine Mutter macht sich immer viele unnötige Sorgen. Ich hatte mir vorgestellt, er würde jetzt ein ganz stilles Leben führen, nur seiner Ausbildung gewidmet, — daß er sich gleichsam absichtlich verstecken wolle, zwei, drei Jahre lang, bis er vollständig fertig würde hervortreten können . . . Das alles muß ihm doch viel Zeit rauben!“

Schulteiz verbeugte sich, um sich ehrerbietig eine Einwendung zu gestatten:

„Erlauben Sie, Frau Vaarbig, — wenn man hier mit dem Gewöhnlichen, Alltäglichen zu rechnen hätte . . . Über — er erhob die Stimme, — „eines Künstlers Selbstgefühl ist nichts Alltägliches. Man muß die ihm innenwohnende Unabhängigkeit dann mit in den Raum nehmen. Kein Vogel findet sich barein, mit geflügelten Flügeln im Bauer zu sitzen. — Mitunter gibt es vielleicht keine Unabhängigkeit,“ schrie er aufgeregt, „aber dann, — dann kann wohl auch von keinem Künstler die rede sein.“

Es war, als verscheibe Frau Vaarbig, sich zu beherrschen.

„Sie haben gewiß recht, — haben gewiß recht, Schulteiz; man darf nicht das Ungewöhnliche mit dem gewöhnlichen Maßstab messen!“

(Fortsetzung folgt.)

In den Brüsseler Klöstern werden den ganzen Tag Buß-
gebete gelesen. Wohl bekannte denen, welchen die Fürbitte gilt!

Die Proklamation des Partit Ouvrier (Arbeiterpartei)
an das Volk hat folgenden Wortlaut:

Man massakriert in Brüssel!

Man massakriert in der Provins!
Die Regierung ist ohnmächtig, die Bewegung für das allge-
meine Wahlrecht aufzuhalten.

Sie versucht, sie durch den Schrecken zu unterdrücken; sie im-
mehr zu erschrecken.

Kameraden! Arbeiter! Fällt nicht in die Falle, die die Reaktion
Euch gestellt.

Gebt unsern Feinden nicht den Anfaß, den sie suchen zu einer
blutigen Unterdrückung. Wir verlangen dringend, mehr denn jemals,

salbstfüßig und ruhig zu bleiben.

Wir appellieren an Eure Energie und Opferfreudigkeit.

Die Woche der Revision ist eröffnet.

Der entscheidende Kampf wird Mittwoch den 16. April

beginnen.

Möge sich Brüssel erheben!

Die ganze Provins wird sich morgen erheben, auf die blutigen

und nichtzuverdienigen Brutalitäten der Gendarmen und Polisten

wird die Arbeiterklasse antworten, indem sie mit Stärke und Stärke

ihre einzige loyale Waffe handelt, den Generalstreich.

Militärgouverneur des Bourgeoisie!

Wir verlangen nur eins: die Festigung der Wahlrechts-
privilegien, die permanent die Arbeiterklasse begünstigt.

Wir haben geschworen, die politische Gleichheit zu erringen.

Bereitigen Sie sich mit dem Proletariat zur Verteidigung

dieser gerechten Sache!

Die Stunde ist gekommen, den Schwur von St. Gilles zu

verwirklichen.

Erhebt Euch alle für das allgemeine Wahlrecht!

Deutsches Reich.

Parlamentsabriebe.

Aus dem Reichstage.

II. Berlin, 16. April. Der Reichstag sah heute bei schlecht belebten Bänken die zweite Sitzung der Seemannsordnung fort. Die Verhandlungen trugen durchaus den Charakter einer erweiterten Kommissionsbildung und bewiesen, daß die ausgedehnten Kommissionsberatungen diese verdiktative Materie noch keineswegs völlig geklärt haben. Insbesondere sind den Seeleuten nach der Fassung der Kommissionsschlüsse in vielen Fällen zu geringe Garantien für eine erträgliche soziale Existenz gegeben, und so mußten auch heute wieder unsere Genossen in zahlreichen Anträgen für Verbesserungen im Interesse der Seeleute plädieren. Sie hatten damit freilich nur in einem Falle Erfolg, und zwar beim § 56, der den Heuerbedarf in Krankheitsfällen für die Angehörigen der Schiffseleute regelt. Während nach der Kommissionsfassung die Angehörigen nur dann Anspruch auf diese Heuer haben sollen, wenn der Schiffsmann ihren Unterhalt „überwiegend“ aus seinem Heuerdienst bestritten hat, segten unsere Genossen einen Antrag durch, wonach die Unterhaltung der Angehörigen nur „ganz oder teilweise“ aus der Heuer des Seemanns erfolgt zu sein braucht. Freilich bewies die Annahme dieses Antrags nur auf dem Pauschal, daß die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten, die sich für ihn erhoben, bei der schlechten Besetzung der Sitzungen im Moment die Mehrheit hatten.

Interessant war bei einem späteren Paragraphen der Hinweis des Genossen Meyer auf die unvölkige Art, wie auf hoher See verstorbenen Schiffseleute vielfach dem Graben übergeben werden: man wirft sie in voller Fahrt, ohne anzuhalten, einfach über Bord. Diese an die Gefährdungen eines Konsuls Bernick aus den Stühlen der Gesellschaft gemahnende Manier, im Interesse des Abbergsalden den Seeleuten selbst die leichte Ehre zu versagen, ist charakteristisch für die Ausdrucksarten gewisser Abbergsalden.

Alle übrigen sozialdemokratischen Anträge fanden nicht die Zustimmung der kapitalistischen Mehrheit des Hauses.

Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt.

Aus dem preußischen Landtage.

II. Berlin, 16. April. In seiner heutigen Sitzung bewilligte das Abgeordnetenhaus zunächst die an die Budgetkommission gerichtete Forderung aus dem Etat des Finanzministeriums bei, die Anstellung eines Wohnungsinspectors für Düsseldorf. Die Regierung will damit einen ersten Schritt auf dem Wege der staatlichen Wohnungsaufsicht unternehmen; ob weitere Schritte in den nächsten Jahren folgen werden, erscheint jedoch zweifelhaft, da die Konservativen zwar die Position bewilligten, aber ausdrücklich erklären ließen, daß sie die Sache nur als einen Versuch betrachten und keinerlei Präjudiz schaffen wollen.

Zu einer lebhaften Debatte kam es bei der Verhandlung des Etats der Seehandlung, einer Art Staatsbank für Preußen, die noch aus der absolutistischen Zeit stammt und daher in ihrem Geschäftskreis vollständig ungebunden ist. Abg. Richter (Bp.) tadelte es, daß dem Landtag ein so geringer Einfluß auf dies Institut eingeräumt ist und warf die Frage auf, ob es nicht besser sei, die Seehandlung gänzlich aufzulösen, nachdem jetzt die Reichsbank dem Kreditbedürfnis vollkommen genügt, um so mehr, da die Seehandlung wiederholt die Diskontpolitik der Reichsbank durchkreuzt habe. Ebenso tadelte der Abg. die Beteiligung der Seehandlung am industriellen Unternehmungen.

Dem Abgeordneten Richter trat nicht nur der Finanzminister Freiherr v. Rheinbaben entgegen, der sogar eine Erhöhung des Kapitals der Seehandlung in Aussicht stelle, sondern auch der chemische Seehandlungspräsident Freiherr v. Bredt (Freiburg), der sich persönlich schwer getroffen fühlen möchte, sowie der Abgeordnete Graf Limburg-Stirum (Cons.), Dr. Arentz (Freiburg) und Dr. Hahn (b. L. P.). Während diese konservativen Herren den Minister in der Verherrlichung der Seehandlung noch zu übertrumpfen suchten, konnten sich die Abgeordneten Dr. Friedberg (nat. lib.), v. Thynne (nat. lib.) und Friede (Centr.) den Bedenken des Abg. Richter nicht ganz verschließen, wenn sie auch von einer Aufhebung des Instituts nichts wissen wollten.

Nach Erledigung des Etats der Seehandlung bewilligte das Haus noch eine Reihe kleinerer Etats, von denen der der Ansiedlungskommission den Polen wiederum Veranlassung zu bestürzenden Angriffen auf die Polenpolitik der Regierung gab.

Morgen steht der Rest des Eisenbahntals auf der Tagesordnung.

Entgeltsungen in der Zollkommission.

Der preußische Landwirtschaftsminister v. Podbielski redete gestern zu der Position Schweine im

Sinne der Wangenheim und Konferten, statt die Regierungsbeschlußvorlage zu verteidigen. Das hat ihm eine Einladung zum Reichstag zugezogen, der ihm wahrscheinlich plausibel gemacht hat, daß es nicht in das Programm einer Regierung paßt, wenn ein Minister dem anderen bei Kommissionsberatungen widerspricht. Tatsächlich brachte Podbielski den Staatssekretär Grafen Posadowsky in eine fatale Situation, als dieser gegen die Befreiung der Mehrheit gesprochen hatte und erfester darauf die hohen Zölle für Schweine als notwendig erklärt. Heute war nun Podbielski nicht in der Kommission anwesend. Ob er wegen dieser Entgleisung als Regierungsvertreter nicht mehr als geeignet befunden wird oder ob er schwollt.

In der heutigen Sitzung brachte Bebel alle Zölle, einschließlich der Regierung, durch eine Provokation aus dem Konzept. Zur Geschäftsvorlage das Wort ergreifend, bemerkte er: Nachdem bisher die hauptsächlichsten landwirtschaftlichen Zölle im Entwurf stark erhöht worden seien, die Regierung aber mehrfach diese höheren Sätze als unannehmbar bezeichnete und der Abg. Spahn namens der Mehrheit die Hoffnung ausgesprochen habe, daß nach der ersten Lesung des Entwurfs in der Kommission eine Verständigung zwischen der Regierung und der Mehrheit zu Stande kommen werde, sei doch jetzt der geeignete Zeitpunkt gekommen, wo beide Teile eine Verständigung versuchen sollten, damit nicht die Zeit vergeudet und die Arbeit der Kommission unnötigerweise verschleppt werde.

Sofort ergriff Staatssekretär Graf Posadowsky das Wort und erklärte, die Regierung brauche mittlerweile in den Kommissionsverhandlungen keine bindenden Erklärungen abzugeben, sie könne sich das vorbehalten, bis die Kommission ihre Arbeiten beendet oder die erste Lesung vollzogen hat. Allerdings habe sie schon ziemlich zweifelsfrei Erklärungen bei einzelnen Positionen des Entwurfs abgegeben, aber endgültige Entscheidungen behalte sie sich vor.

Auf den Entwurf des freisinnigen Abg. Fischbeck und seine Freunde glaubten, daß die in so entchiedenem Tone oft abgegebene Erklärung, die von der Mehrheit erhöhten Zölle seien für die Regierung unannehmbar, sei als eine bindende zu betrachten, erwiderte der Graf Posadowsky, er könne allerdings sagen, daß die erhöhten Sätze zu den Fleischzöllen in jedem Stadium der Verhandlung für die Regierung unannehmbar seien. Handelsverträge könnten mit denselben unmöglich abgeschlossen werden; daran halte die Regierung fest.

Diese Erklärung brachte den Abg. Graf Kanitz aus dem Häuschen, der sich emphatisch auf die Verfassung berief und nicht glaubte, daß der Staatssekretär im Namen der verbündeten Regierungen diese Erklärung abzugeben habe, die erst in corpore über die Beschlüsse des Reichstags befinden müsse. Aber er fügte diesen Worten die für die Regierung beruhigende Neuherzung hinzu, Handelsverträge halte er für eine Notwendigkeit, die früher oder später ihn und seine Freunde mit der Regierung zusammenführen würden.

Bebel meinte dagegen, der Staatssekretär habe sein „Unannehmbar“ im Namen der verbündeten Regierungen — so auch jetzt — abgegeben. Er habe die Regierung durchaus nicht zu einer solchen Erklärung provozieren wollen, sei jedoch mit dem ungewollten Erfolg ganz zufrieden. Es müsse baldigst eine Erklärung der Lage gelassen werden, damit der auch von unserer Seite aufgewendete Fleisch nicht vergeblich sei. Vor allem warte aber die Geschäftswelt darauf, die sich durch die Ungeachttheit stark beeinträchtigt fühle.

Heut folgten noch eine Reihe von Erklärungen seitens der Abgeordneten Spahn, Heim, Graf Schwerin-Löwitz, Paaßche, Camp, v. Kardorff etc., die das starke Verlangen der Mehrheit nach einer Verständigung mit der Regierung in offenen Geständnissen widerriefen. Spahn bekräftigte ungestört Fortsetzung der ersten Lesung, die der Verständigung die Wege ebnet soll. Graf Schwerin erklärte sich schon dankbar dafür, daß der Staatssekretär die endgültige Erklärung jetzt noch nicht abgegeben habe und sie verschiebe. Paaßche gab zwar Bebel recht; es könne eine Verkürzung der Quäl in der Kommission eintreten, aber er gab sich auch zu zufrieden. Die Industriezölle müßten auch noch beraten werden. Heim möchte gerne klare Auskunft von der Regierung, leugnet aber, wie Paaßche und Bebel ihm vorwerfen, gestern den Unbedingten geplündert zu haben. Und Camp und v. Kardorff sind ebenfalls noch unterhandlungslustig, es stünden ja noch andere landwirtschaftliche Positionen (Kier etc.) aus. Kurz, die ungekämmteten wie die pomadisierten Agrarier fielen alle aus der Rolle und ließen ihren Kampf gegen den Entwurf als eine elende Komödie erkennen, die nur zur Täuschung der von ihnen für einfältig gehaltenen Kleinbauern gespielt wird. Wenn Bebel den Zweck verfolgt haben sollte, die Komödie von den Komödianten selbst aufzudecken zu lassen, so ist dieser Zweck erreicht worden.

Gumbinnen.

Zum drittenmal tritt heute in Gumbinnen das Kriegsgericht zusammen, um die Ermordung des Militärmasters Krosgigt geellschaftlich zu richten. Die Vossische Zeitung weiß zu berichten, daß 25 neue Zeugen zu der Verhandlung geladen sind. Das mag ein gütiges Vorurteil für die Gründlichkeit erweisen, mit der diesmal die Verhandlungen geführt werden sollen.

Völlig ist der Krosgigk-Prozeß eine vorzügliche Materie gewesen, um alle Schäden des Militarismus in logischer Reihenfolge und dialektischer Entwicklung zu offenbaren. Die Verhandlungen dieses Prozesses würden einen richtigen Leitfaden zur Kritik des militaristischen Systems geben. Die Tragödie beginnt mit dem seiten Weißbrauch der militärischen Disziplinär-Gewalt zur rohinneren Durchsetzung und Misshandlung der dienstlich Untergebenen. Jahrelang mögen diese systematischen Durchsetzungen gebraucht haben und sie würden vielleicht heute noch andauern, wenn nicht — und hier beginnt die strafrechtliche Seite des Falles Krosgigk, die der Militärjustiz Gelegenheit gegeben hat, sich in der elektrischen Bedeutung eines sensationellen Kriminalfalls zu produzieren.

Es folgt die willkürliche, widerrechtliche Verhaftung des vom Kriegsgericht freigesprochenen Sergeant Hinkel, die sorglose Behandlung des kriegsgerichtlichen Urteils durch die Gerichtsherren und die ebenso plumpen als lächerlichen Versuche der Militärjustizbehörde, diese Gesetzesverleumdungen mit den Be- stimmungen der Militärstrafprozeßordnung in Einklang zu bringen. Man konnte angesichts der damaligen Leistungen der Herren wohl im Zweifel sein, ob man es hier mit ernstgemeinten Rechtsfestigungsversuchen oder mit Kasinowohnen zu thun hatte, die dazu bestimmt sein mochten, das ganze Civilvolk und seine Rechtsgrundlage schänden zu verüben. Ihren geeignitesten theoretischen Vertreter fand diese Justizpraxis später in dem schändlichen Kriegsgerichtsrat Norden, der freilich im Reichstag sich als ein höchst bedenklicher Justizstrategie erwies.

Das Reichsmilitägericht hat das Urteil des Oberkriegsgerichts aufgehoben, und die Materie wird wieder in ihrem gesamten Umfang aufgenommen werden. Das Interesse der ganzen civilisierten Welt wird wieder mit Spannung den Verhandlungen folgen; es ist, wie wenn sie eine geheime Solidarität mit dem Opfer der Militärjustiz empfunde.

* Berlin, 17. April. Die Brandweinsteuerkommission des Reichstags nahm mit großer Mehrheit den Antrag Ruck an, wonach landwirtschaftliche und Materialbrennereien, sofern sie von der Befreiung von der Maischbottelsteuer Gebrauch machen, statt dessen folgenden Bushag zur Verbrauchsabgabe pro Liter Reinalkohol zahlen: Brennereien mit einem Jahreserzeugnis bis 100 Hektoliter Reinalkohol während der Monate ohne Hofenerzeugung 10, sonst 16 Pfpg., Brennereien bis 150 Hektoliter 11 bzw. 18, bis 300 Hektoliter 12 bzw. 20, bis 500 Hektoliter 13 bzw. 20, Brennereien mit über 500 Hektoliter Jahreserzeugnis 18 bzw. 20 Pfpg. —

Die Befestigung des Gemeindesteuer-Vorrechts in Preußen, welches bisher die Beamten, Geistlichen und Lehrer genossen, hat der Vorstand des westfälischen Städtebundes in einer Petition an das Abgeordnetenhaus gefordert. Wir glauben zwar, bemerkte dazu unser Dörflinger Parleyorgan, daß die Petition weniger dem Gerechtigkeitsgefühl als aus rein finanziellen Gründen ihre Entstehung verbaute, das soll uns aber nicht hindern, unter ausdrückliches Einverständnis mit derselben zu votieren.

Eine willkommene Herz- und Magenstärkung für die Herren Agrarier bildet die Einführung eines Zornzolls in England. Dass der Zoll nur als Zornzoll, nicht als Schutzzoll gemeint ist, daß er nur eine vorübergehende Kriegssteuer darstellt, daß der Zornzoll in Deutschland schon jetzt, unter den Handelsverträgen, mehr als zehnmal so hoch ist als die lediglich als Kontrollabgabe gedachte — Besteuerung des Getreides in England, genügt die demagogische Beweisführung unserer Agrarier weiter nicht; um solche Kleinigkeiten, wie zahlemäßige Ausweise, haben sie sich nie bekümmer. Herr Oertel erhebt ein groß Triumphgeschrei in der Deutschen Tageszeitung über den Sieg des Prinzips, der soeben im freihändlerischen England erlebt worden ist; das agrarische Kaiser fühlt sich innerlich gehoben und stolz gestellt, da es den Sieg des freihändlerischen Tugend in — England salbungsvoll beschworen und predigen kann. Wir können die Agrarier versichern, daß wir sie samt unseren Zornzöllen herzlich gern gegen die Zornzölle in England eintauschen und dabei noch die englischen Kollegen des Herrn Oertel in Kauf nehmen würden. Er allein liegt ja mit seinem Kelbes und Gelbes Gewicht ein ganzes Schatz edler englischer Bandleords auf.

Die an der Ausfuhr nach Russland interessierten Industriehäuser hielten gestern eine Zusammenkunft in Frankfurt a. M. ab, auf der Vertreter der chemischen Industrie, der Papierindustrie und der Seiden- und Webwarenindustrie vertreten waren. Allgemein wurde eine Erhöhung der russischen Zölle als Voraussetzung der vertragsmäßigen Regelung des Handelsverkehrs mit Russland gefordert. Interessant war insbesondere ein Antrag, der von den Handelskammern Oltenburg und Bremen ausging und bezweckte, den Vorstand des Vereins zu ersuchen, auch die Frage des Mindestzölles auf Gerste auf die Tagesordnung der demnächst in Köln stattfindenden Handerversammlung des Vereins zu setzen, da diese Mindestzölle für Gerste in Abbruch der großen Mengen Gütererste, welche Deutschland aus Russland bezieht, die Vertragsverhandlungen mit Russland außerordentlich erschweren würden. Zu dieser Frage wurde von dem Vertreter der oldenburgischen Handelskammer ausführlich, es sei deutlich anzunehmen, daß es sich beim Gerstenzoll lediglich um Interessen der deutschen Brauereien und Österreich-Ungarns handle; es werde vielleicht von der deutschen Landwirtschaft eine weit größere Menge Gerste an Güterzwecken verwendet und in der Hauptstadt aus Russland bezogen, und zwar etwa doppelt soviel, als Mälzerste aus Österreich kommen.

Offensichtlich verstand es der Verein nicht, diese Ausführungen von Herrn Oertel, der „ohne Kenntniß keine Werte“ geben will, in angemessener Weise zur Kenntnis zu bringen.

Die Entlastung über die Drahtzieheret im Falle Krausen, die wir neulich nach einer Darstellung von eingeweihter Seite im Vorwärts eullarvt haben, ist der Berliner Freiheitspresse etwas ungelegen gekommen. Sie stellt sich jetzt so, als nehme sie die dort erhobenen Anschuldigungen gar nicht ernst, als sehe sie darin nur politische Kriminalphantasien, und möchte gern die gauigen unbequemen Entlastungen des Vorwärts als „Hinterzappenstein“ behandeln. Den Vogel schiebt die Freiheitliche Zeitung ab mit der perfiden Unterstellung, als beweiste der Vorwärts die augenblickliche Lage Krausens, der jetzt die Sache selbst angeblich nicht aufklären könne, zu einer einseitigen oder gar objektiv unwahren Darstellung. Es ist ja höchst zartnig, daß die Freiheitliche, die ihrerseits die Havarialage Krausens dazu verwertet haben, ihm einen — natürlich rechtsversäumnigen — Verzicht zu unterschreiben und diesen in aller Eile zu publizieren, um mehrere Vorwärts daran erinnert, daß ja Krausen zur Zeit gar nicht in der Lage sei, in die Diskussion über seinen Fall persönlich einzutragen. Diese Methode erinnert, wie der Vorwärts sie zutreffend charakterisiert, an den bekannten Verbrederrück des Taschediebs, der die Augen des Publikums auf seine langen Finger gerichtet sieht und nun verzweifelt ausruft: „Halte den Dieb!“

Gamaschenknopfpolitik. Ein neuer Uniformknopf soll im deutschen Heere eingeführt werden. Der neue Knopf ist ähnlich dem österreichischen, kleiner und gewölbter als bisher. Der fröhliche Reichsbote schreibt zu der Neuerung: Einwände habe ich allen diesen mehr oder minder vermeidbaren Abänderungen der Ausrüstungen auch immer hinreichend die nicht unbedeutenden Kosten, welche sie der Verwaltung wie dem einzelnen Soldaten verursachen? Es scheint doch nicht zu sein; denn sonst würde man z. B. in Offizierskreisen nicht immer wieder Klagen über die steigende Belastung der Ausgaben für die Uniformierung begegnen. So wird es auch schwer einleuchten, was ein etwas

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)

Gierzu zwei Beilagen.

Arbeiterführer

für Leipzig u. Umg. 1902.

Preis per Stück ohne Karte 30 Pfg.
mit Karte der Umgegend v. Leipzig 50 Pfg.
mit Stadtplan von Leipzig 50 Pfg.

Vereine erhalten den Arbeiterführer bei Bezug von 20 Exemplaren ohne Karte mit 25 Pfg. das Exemplar, mit Karte (auch gewünscht) 40 Pfg. das Exemplar.
erschien: Seidel, Der Achtstundentag vom Standpunkt der Socialökonomie, der Moral, Hygiene und Demokratie. 16 Seiten, 2. Auflage. 10 Pfg.
Lorenz, Die Klage vor den Amts-, Gewerbe- und Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung sowie die Zwangsvollstreckung. Mit 33 Formularabspielen.
84 Seiten. 60 Pfennige.

Neu Maifestpostkarten in künstlerisch farbenprächtiger Ausführung. 10 Pfennige. Bei Partiebezug Preiserhöhung. Ehrliche Verkäufer gesucht.
Bestellungen nehmen alle Ausräger und Kolporteurs der Leipziger Volkszeitung, die Buchhandlung der Leipziger Volkszeitung und der Verlag von Rich. Lipinski, Leipzig, Lange Straße 27, entgegen.

Warum sind die Zähne so teuer?

Besonders durch das Abzahlungswesen, Meistende müssen von Haus zu Haus gehen und die Leute zur Bevestigung von Zahnen überreden. Für jeden Kunden erhält der Meistende ca. 8 Mf. Provision, ferner bekommt der Kassierer 10% der einkassierten Gelder.

Wer muss dieses alles bezahlen? — Doch nur der Patient.

Um daher, auch dem Unbemittelten Gelegenheit zu geben, etwas für seine Zähne thun zu können, berechne ich folgende billige Preise und bemerkte ausdrücklich, daß jede Garantie für schmerzlose Behandlung, ihre Brauchbarkeit beim Essen, für absolutes Gesäß und ungetreutes Aussehen der von mir gefertigten künstlichen Gebisse gegeben wird.

Zähne von 1.50 Mk.

Unbemittelten werden nur die Auslagen berechnet.

Die besten Zähne kosten dem Zahnarzt nur ca. 70 Pfg. und zahle ich dem

100 Mk. Belohnung

der mir zusagt, daß die Zähne, für die andere 8, 4 oder noch mehr Mark nehmen, besser sind.

Man beachte: Er zahlt darauf 1/2, also etwa 35 Mk., an und muß 77 Wochen hindurch eine Mark von seinem oft schwer verdienenden Wohneinkommen zahlen.

Ich berechne dagegen dasselbe Gebiß mit nur 42 Mk. Also mit nur wenigen Mark mehr, wie man dort nur anzahlte, bezahlt man bei mir das Gebiß ganz. Daß meine billigen Gebisse ebenso gut und zuweilen noch besser sind, wie die teuren, kann ich jedermann durch Thatsachen beweisen.

Dieses zur Kenntnisnahme den zahnleidenden

Arbeiter-, Handwerker- und Bürger-Familien

von Leipzig und Umgebung.

Nicht jeder kann so große Preise zahlen, wie bisher üblich, darum fort mit der alten Preisberechnung!

Piomben von 1 Mk. Schmerzloses Zahnzischen 1 Mk.

Reparatur zerbrochener Gebisse 2 Mf. — Umarbeiten schlecht liegender Gebisse von 8 Mf. an.

Spielmann, praktischer Zahnarzt

Reichsstr. 25, I. * Leipzig * Reichsstr. 25, I.



Gontago während der Messe von 11 bis 9 Uhr geöffnet.

Konkursmasse-Ausverkauf.

Aus Konkurs Weigler & Lorch sind noch ca. 400 Dutzend grosse Frauenstrümpfen, Träger, Tändel- und Kinderhängerschlüpfen, ferner ca. 3000 Meter Creton und Barchent, außerdem Strümpfen, Herrenwesten, Normalwesten und -hosen, Leibhosen, Frauenhosen und -hosen, rote Unterhosen, Bettlaken und Taschentücher sowie Schuhreißverschlüsse in Posten vorhanden, welche zu anhergewöhnlich billigen Preisen

Kolonnadenstrasse 9, im Laden ausverkauft werden. Paul Gottschalk Konkursverwalter.

Max Engelhardt

Stötteritz, Arnoldstrasse 23, neben der Post

Weiss-, Woll- und Schnittwarenhandlung

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in Tricotanen, Stellwippen, Handschuhen, Herren- u. Damenwäsche, Stickerien, Wirtschafts- u. Tändelschlüpfen, Chemisettes, Brägen, Manschetten u. Krawatten. Sämtliche Sammlerstücke. Schuhberliner erhalten Rabatt. Anfertigungen nach Maß in kürzester Zeit. Großes Lager in Nachtfischen u. Western zu billigen Preisen. Nachtluckschlüpfen für Frauen u. Kinder.

Gelegenheits-Käufe.

Herren-, Damen- und Kinderschuhe

kaufen Sie zu stimmend billigen Preisen bei

Tobias Schmul, Nikolaistr. 35.

Bitte genau auf meine Firma zu achten.

Wiederverkäufer erhalten hohen Rabatt.

Reparatur-Werkstatt

für Nähmaschinen aller Systeme

Singer Co. Nähmasch.-Akt.-Ges.

(Frühere Firma: G. Neidlinger)

Leipzig, Augustusplatz 1.

Größtes und ältestes Nähmaschinen-Geschäft Deutschlands.

Auf der Pariser Weltausstellung wurde den Original-Singer-Maschinen der Grand Prix, der höchste Preis der Ausstellung, zugesprochen.

Zur gefl. Beachtung!

Alle von anderen Nähmaschinen-geschäften unter dem Namen "Singer" angebotenen Maschinen sind einen unserer älteren Systeme nachgebaut, welches hinter unseren neuen Systemen von Familien-Maschinen in Konstruktion, Leistungsfähigkeit und Dauer weit zurücksteht.

Tauchaer Strasse 32
(Battenberg).

Möbel,

komplette Wohnungseinrichtung für nur 300 Mk.

1. Kleidersekretär mit Muschelaufbau.
1. Bettkasten mit Muschelaufbau.
1. Ottomane, 3-teilig, mit Aufbewahrung.
1. Spiegelstellschrank mit Auszügen.
4. Stühle mit Rohrlehne.
1. Spiegel mit Konfekt.
2. Betten mit Sprunggitter-Matratzen.
1. Waschtisch mit Schranken.
1. Waschtisch-Spiegel.

komplette Küchen-Einrichtung. Langjährige Garantie. Transport frei. Preisschriften gratis und frankt.

Leipziger Möbel-Hallen

Carl Max Raschig

Tauchaer Strasse 32, Battenberg. Größtes Ausstattungs-Geschäft.

komplette Wohnungseinrichtungen.

Auf dem Rossplatz:

Hugo Haases umschlossene

elektrisch-konzentrische Stufenbahn

Am Schnellsten

Schneller

Drei

Schneller

Schnell

Fahrgeschwindigkeiten!

Schnell

Luxuriös in der Ausstattung und der elektrischen Beleuchtung.

Restaurations-Betrieb.

Echte Biere. Café.

Neu
zur
Messe

[3235]

Neu
zur
Messe

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Seger in Leipzig. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

1. Beilage zu Nr. 87 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 17. April 1902.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

mehr oder weniger eleganter Uniformknopf für den Geist und die Schlagkraft der Armee bedeuten soll. Die vorhandenen Besände hätten gewiss noch für Generationen gereicht. Aber mit der alten preußischen Sparhanselt ist es schon lange reisend vergangen.

In der That: bei der deutschen Armee ist alles vroper und jedellos — bis auf die Knöpfe. Diese sind der einzige Gegenstand, der einer Verbesserung fähig ist, und darum ist der nies rostende siebhabste militärische Reformgeist gerade auf ihn verfallen. Wenn erst einmal der preußische Uniformknopf eine Linie kleiner und ein Gehntelmillimeter gewölbter ist als jetzt, dann wird dem vornehmsten Stiel nichts mehr zu seiner edischen Vollendung fehlen. Dann wird der preußische Gardelieutenant in Uniform in den Himmel eingelassen werden.

Verfassungsrecht und Polizeistunde in Preußen.

Eine Oberpräsidialverordnung für die preußischen Provinzen hat die Polizeistunde für öffentliche Lokale im Sommer auf 11, im Winter auf 10 Uhr festgesetzt, dabei aber den Ortspolizeibehörden gestattet, Ausnahmen für einzelne Fälle und einzelne Lokale zu bewilligen. In Köpenick bei Berlin wird so eine Verlängerung der Polizeistunde bis 8 Uhr den Gastwirten zugelassen. Als aber eine sozialdemokratische Volksversammlung im Kaiserhof zu Köpenick tagte, verzielte sie um 10 Uhr der Auflösung, "wegen Eintritts der Polizeistunde", trotzdem dem Wirt eine Verlängerung der Polizeistunde bewilligt worden war. Das Oberverwaltungsgericht wies die eingelegte Beweise zurück: "Der Gerichtshof habe angenommen, daß die Polizeistunde für die einzelnen Räume derselben Lokale verschieden festgesetzt werden könne".

Es fehlt noch, daß man für jeden Raum im Hause eine Lizenzabgabe einzuhören müßt!

In der Kaufmännischen Fortbildungsschule in Neustadt, O.S., wird allgemein über geringen Fleiß und mangelhafte Kenntnisse der Lehrlinge geklagt. Eine Versammlung des dortigen Kaufmännischen Vereins hat nun beschlossen, — Religionsunterricht in der Schule einzuführen.

Ob's helfen wird?

Soldatenmordehandlung. Das Kriegsgericht der Marineseinheit verurteilte den Obermatrosen Linke zu sieben Tagen Gefängnis. Sein Opfer, der Matrosenartillerist Voltmann, hatte sich den fortgesetzten Schlägen (mit der Klapppeitsche) durch Selbstmord zu entziehen versucht.

Frankfurt a. M., 16. April. Gestern abend sollte hier im Gewerkschaftshause der Bütticher Schriftsteller Genosse Robert Seidel über Republikanismus und Sozialdemokratie sprechen. Zu letzter Stunde erhielt aber der Vertrauensmann vom Polizeipräsidium eine Verfügung, daß Seidel nicht sprechen dürfe und ebenfalls als lästiger Ausländer abgeschoben werde. Ein gleiches Verbot traf eine Versammlung im benachbarten Oberbad, wo Seidel heute sprechen sollte. Das Verbot ist offenbar auf die Einwirkung des Oberpräsidenten von Biedenkopf in Kassel zurückzuführen, der gestern hier war und den Pferdemarkt besichtigte. Die Versammlung, die natürlich trotzdem stattfand, nahm den Polizeikopf höhnischend auf.

Aus Baden, 16. April. Wie bereits mitgeteilt, hat die sozialistische Fraktion der Zweiten Kammer dieser Tage einen Gesetzentwurf eingebracht, der die Errichtung eines Arbeitsamtes und einer Arbeitskammer vorsieht. Das erste soll in Karlsruhe seinen Sitz haben und aus drei wissenschaftlich gebildeten Beamten und einer dem Bedürfnis anzupassenden Anzahl Hilfsbeamten zusammengesetzt sein. Mindestens ein Drittel der Stellen des Arbeitsamtes ist mit Frauen zu belegen. Das Personal steht im Staatsbeamtenverhältnis. Das Arbeitsamt tritt in die Rechte und Pflichten der Fabrikinspektion ein, die mit dem Infrastrukturm dieses Gesetzes aufgelöst würde. Die Aufsicht des Arbeitsamtes sollen, in gleicher Weise wie die Fabrikbetriebe, Bauten, landwirtschaftliche Betriebe, Handwerksbetriebe, die Betriebe des Handels und Verkehrs sowie die Arbeitsstätten der Heimarbeiter unterstellt werden.

Die Arbeitskammer soll zur Vertretung der Interessen der Betriebsinhaber und der von ihnen gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen in Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Handel und Verkehrsvermögen errichtet werden und 51 Abgeordnete zählen, von denen 34 von den Arbeitnehmern, 17 von den Arbeitgebern auf je drei Jahre zu wählen sind. Die Abgeordneten erhalten Tagelohner und Spesen. Die Arbeitskammer tritt alle drei Monate einmal zusammen und unterstüzt das Arbeitsamt in seiner Thätigkeit. Sie kann Untersuchungen anstellen über die Gehälter, die Löhne, die Arbeitsart und Arbeitsdauer, die Lebensmittel- und

Mietpreise, die Wirkung von Verordnungen, Gesetzen, Handelsverträgen, Söhnen, Steuern und Abgaben, und hat ferner das Recht, Beschlüsse und Mäßigungen im gewerblichen Leben zur Kenntnis der Centralbehörden und der gesetzgebenden Körperschaften zu bringen und Anträge an diese zu stellen. Die aus der Durchführung dieses Gesetzes erwachenden Kosten werden aus allgemeinen Staatsmitteln gedeckt. — Ein weiterer Entwurf regelt das Wahlgesetz für die Arbeitskammer.

München, 16. April. Mit dem heutigen Tage sind die Verhandlungen des Landtages über das Schulbedarfsgesetz in eine neue Phase eingetreten. Die ultramontane Mehrheit des Ausschusses hatte der Gesetzesvorlage als Art. 13 Abs. 5 eine Bestimmung eingesetzt, wonach die Gemeinden gezwungen werden können, Mittel für die Anstellung weiterer Katecheten bereit zu stellen, wenn die vorhandenen Seelsorger gesetzlich zur Erteilung des Religionsunterrichts nicht mehr ausreichen. Diese Bestimmung wäre eine Verfassungsänderung, da zur Erteilung des religiösen Unterrichts in den Volksschulen die Religionsgesellschaften verpflichtet sind. Trotzdem haben bisher einige Städte, namentlich München und Nürnberg, freiwillig zu diesem Zweck in generötester Weise freiwillig Mittel zur Verfügung gestellt. Die stadtfeindliche klerikale Kammermajorität ist aber damit nicht zufrieden; sie möchte diese Bestimmung im Gesetz unterdrücken. Dies würde tatsächlich einer Bestrafung der Städte gleichkommen; müßte doch z. B. München allein über 40 neue Katecheten anstellen. Nun gab aber heute der Kultusminister im Namen des Gesamtministeriums eine Erklärung ab, die die Hoffnung der Ultramontanen zu Wasser mache. Er erklärt, der neue Absatz 5 stelle zweifellos eine Ergänzung und Erläuterung der Verfassung dar und da es sich nicht empfehle, gelegentlich eines Schulbedarfsgesetzes wichtige Verfassungsbestimmungen zu interpretieren, so sei es für die Regierung unannehmbar. Die Liberalen nahmen diese Erklärung mit freudigem Beifall auf. Sie sind offenbar sehr froh, daß sie auf diese Weise nun einen Konflikt herumkommen. Die Centrumsfaktion, die in der Meinung, den Kultusminister völlig in der Tasche zu haben, sich in etwas unvorsichtiger Weise mit ihrem Antrag festgelegt hat, wird sich erst morgen zu der neuen Sachlage äußern. Zweifellos wird sie aber der Situation schließlich Rechnung tragen und zurückzuhauen müssen. Denn es ist ein offenes Geheimnis, daß die Kundgebung des Ministeriums auf direkte Veranlassung des Regenten erfolgt ist, der die stadtfeindliche Politik nicht mitmachen mag.

kleine politische Nachrichten. Dem Vorstandes des Oftpreußischen Wohnungsmieterverbandes ist auf ein an den Kaiser gerichtliches Immediatgebot vom Kriegsministerium ein vom 9. April datierter Bescheid zugegangen, in dem es heißt, zur Zeit sei es noch nicht angängig, die Stadtumwallung von Königsberg als verteidigungsfähigen Abschnitt aufzulassen, daher müßten auch die bestehenden Panzerbeschränkungen noch aufrechterhalten werden. — Der französischen Ministerrat hat das vorläufige Programm für die Reise des Präsidenten Loubet nach Petersburg festgelegt. Loubet wird voraussichtlich am 21. Mai in der Buchs von Kronstadt einzutreffen. Am 28. erfolgt die Ankunft in Petersburg.

Nordamerika.

Vestniken auf den Philippinen.

Besondere Erwähnung aus den Verhandlungen gegen Major Waller verdient, so meldet das Bureau Laffan, die scharfe Kritik der amerikanischen Kriegsführung auf den Philippinen durch den Staatsanwalt Kingsbury. Der Staatsanwalt bezeichnete die Danang-Expedition als einen "dummbreisten und unentstehlaren Mißgriff". Er ging schonungslos auf die Behauptung ein, daß die amerikanischen Soldaten auf dieser Expedition zehn ihrer Kameraden waffenlos und sterbend in den Bergen zurückgelassen hätten. Er erklärte, die hingerichteten Filipinos seien eher treue Patrioten als Verräte, und sätte ein vernichtendes Urteil über den Gemeinen Davis, der als Richter seine Opfer ohne Verhör zum Tode verurteilte. Den Hinweis auf das Kriegsrecht gegenüber sagte der Staatsanwalt, Major Waller habe unter dem Militärgebot gestanden und hätte Hinrichtungen ohne Verhör nicht gestatten dürfen.

Wie ferner aus Washington gemeldet wird, hat der Kriegssekretär mit Bezugnahme auf die Untersuchung gegen den Major Waller in Manila wegen der gegen ihn erhobenen Anklagen innerhoerter Grausamkeit gegen Filipinos und mit Bezug auf Wallers Freisprechung den General Chaffee angewiesen, wenn die Blättermeldungen über die Untersuchung gegen Waller richtig seien, den General Smith, auf dessen Institutionen Waller gehandelt haben solle, vor ein Kriegsgericht zu stellen.

Kleine Chronik.

Leipzig, 17. April.

Operennachrichten. Im Neuen Theater gelangt am Freitag die Operette Die Fledermaus, im Alten Theater Wilhelms-Schauspiel Die Haubenerlede zur Aufführung. Den Herrmann spielt Herr Kurt Keller vom Stadttheater in Revel als Guest auf Engagement.

Am Sonnabend geht im Neuen Theater die Oper Samson und Dalila, im Alten Theater Alt-Helidelberg in Scene.

Für Sonntag ist der Spielsplan wie folgt entworfen: Im Neuen Theater findet eine Aufführung der Oper Der Barbier von Sevilla statt, welcher das neuinstudierte Ballett Wiener Walzer ist. Im Alten Theater wird nachmittags 18 Uhr für den Leipziger Arbeiterverein Maria Magdalena von Fr. Hebel gegeben. Abends ist im Alten Theater die Posse Krätz-Purly angezeigt.

Altes Theater. Die Geschwister von I. W. v. Goethe und die Anna-Diese von Herm. Hirsch. Volksstückliche Vorstellung, das gerade für eine "volksstümliche" Vorstellung das Befoltern nur gut genug ist, scheint uns unwiderleglich, ebenso unmöglich, aber doch zu diesen beiden nicht einmal die Geschwister gehören, die einer Periode des Goetheschen Schaffens entstammen, aus der das Auge nicht mit ungemeiner Bewunderung zu ruhen vermag; die Anna-Diese aber gehört noch nicht einmal zu dem Guten, sondern fordert die Kritik heraus, weil sie manches Besteckende hat, das über die innere Unwahrheit und Hohlheit nur zu leicht hinwegtäuscht. Die Naivität wie die Romantik des Stückes sind falsch ausgelingelt, imitiert und schleien; das kommt aber dem Zuschauer gar nicht oder nicht gleich zum Bewußtsein, weil der Zuschauer, den man ihm vorstellt, rostiert genauso ist. Dass die Jugendlebendesthetischen "alten Dessauers," der eben doch ein brutaler Gewaltmensch und Nur-Soldat war, weit mehr von der Blaufon Viktor Emanuel mit seiner Tambourmajordstochter und von der Ehe Peters des Großen mit der früheren Solbadendirne Katharina gehabt haben dürfte, wollen wir nicht einmal betonen, denn der Dichter darf seine historischen Personen idealisieren, wenn das seinen Zwecken dient; so gemütlich und harmlos aber, wie Hirsch uns glauben machen möchte, sind die vom Hofe gegen die Apothekersgepönnenen Intrigen sicherlich nicht gewesen, so leichtsinnig hat auch die Regentin-Mutter sicherlich nicht nachgegeben und

das Ganze ist ein mit vieler Schlankeit auf den Gang des "loyalen" Bürgertums für sanfte sentimentale Märchen berechneter fester Schwindel. Am lustigsten ist es jedenfalls, daß die kleine, die allen Attacken tapfer stand und selbst den gefälschten Brief verspielt hat, wehrlos umfällt, als ihr auseinander geplatzt wird, die aus ihrer Ehe mit dem jungen Fürsten zu erwartenden Kinder würden nicht successionsfähig sein, das angestammte Herrscherhaus werde also aussterben und das Land (welches ungeheure Ungefähr) an einen Fremden fallen, eine konsequente Anna-Viese würde zweifellos erklärt haben: "Das ist Leopolds Sache und Leopolds Sorge" — was summert's mich? Auf die Schwärmer des französischen Erzählers für den "großen Mann", der sich aus den zunächst noch recht blärrischen Naturburschen entwickeln soll, entbehrt des rechten Hintergrundes, denn bis dahin hat doch Leopold nichts gethan, was zu hohen Erwartungen berechtigte. Gespielt wurde in beiden Stücken recht gut, wir sind aber über den Herzer, mit dem uns die Anna-Viese erfüllte, nicht dazu gekommen, ihnen dankbar zu sein.

wb. Die Wunden des Hochgebirges. Eine der großartigsten und bedeutsamsten Neuheuerungen der Naturkraft auf der Erde ist der Kreislauf des Wassers. Das Wasser, das sich in den ungeheuren Becken des Oceans sammelt, geht durch Verdunstung in den dampfträchtigen Zustand über, steigt in die Atmosphäre hinauf, verdichtet sich zu Wollen, wird dann als Regen wieder in den tropfkäfigen Zustand verwandelt, fällt wieder zur Erde und eilt endlich, zu Bächen und Flüssen gesammelt, dem Schoß des Meeres zu. An diesen unablässigen Wiederholenden Vorgang knüpfen sich wahrscheinlich größere Veränderungen der Erdoberfläche als sogar an die Verwitterung der vulkanischen Kräfte. Die Hochgebirge, die wir heute auf der Erde sehen, sind im Vergleich zu ihrer ursprünglichen Form und Höhe sämtlich als Ruinen zu betrachten, und sie sind zu solchen geworden einerseits wohl durch Verschiebungen in der Erdkruste selbst, andererseits aber durch den Kreislauf des Wassers, der den Quellen und Gleisbachen der Gebirge Entstehung und dauernde Nahrung verleiht. Ein Naturforscher hat in einem längst vom Kosmos veröffentlichten Aufsatz ein hübsches Wort geprägt, er spricht von dem "Gebiss des Gebirgs", also gleichsam von der Krankheit, die dem Gebirge Wunden schlägt und unaufhaltbar an ihren Abzehrung arbeitet. Der Erreger dieser Krankheit ist, alles in allem genommen, der Gleisbach, die ungefüme Form der Wasserkraft, für die schon in der lateinischen Sprache die malerische Be-

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

In die Urtheile gegangen ist wieder einmal die Steuerreform. Damit ist eingetroffen, was wir wiederholt vorausgesagt haben. In der Ersten Kammer ist gestern nicht nur die 25 prozentige Erhöhung der Sähe der Einkommensteuer, wie sie die Regierung vorgeschlagen und die Zweite Kammer aufgenommen hat, abgelehnt worden, sondern auch die Vermögenssteuer ist gefallen. Das ist um so mehr zu verwundern, als die Mehrheit der Deputation sich für die Vermögenssteuer ausgesprochen und erklärt hatte, daß unter den obvalenden Umständen die Einführung der Vermögenssteuer zu einer Notwendigkeit werde. Und diese Ablehnung der Vermögenssteuer ist um so überraschender, als sich nur acht Stimmen für diese Steuer entschieden haben.

Die Verwirrung wird von Tag zu Tag größer. Der Finanzminister, setzte zwar in der Kammer seine ganze Kraft ein, um die Steuerreform zu retten, aber vergeblich. Trotz der beweglichen Klagen Dr. Rügers, daß unsere Finanzlage nicht nur vorübergehend ungünstig sei, sondern daß sie dauernd neuer Steuern bedürfe, ließ sich die Kammer nicht abringen von ihrem ablehnenden Standpunkte und beharrte bei ihrer ablehnenden Haltung.

Ein Antrag, die Weiterberatung der Steuerreform als zwecklos anzusehen, wurde auf das dringliche Ersuchen des Finanzministers abgelehnt. Die Debatte wird also heute noch weitergehen. An der Thatstelle aber, daß die Steuerreform gescheitert ist, wird auch die Weiterberatung nichts ändern.

Was wird nun geschehen? Darüber läßt sich natürlich jetzt nichts sagen. Das Eine aber steht fest: für die nächsten Jahre werden wir mit außerordentlich hohen Steuerzuschlägen zu rechnen haben, und da der Landtag sich auch in Zukunft nicht fähig zur Lösung der Steuerfrage erweisen wird, so werden wir nicht nur mit dauernden, sondern auch mit stetig steigenden Steuerzuschlägen zu rechnen haben.

x. Ein sehr interessanter Streitprozeß wurde vor dem Dresdener Schöffengericht verhandelt. Unter der Anklage, gegen § 153 der Gewerbeordnung geübt zu haben, sowie wegen Bekleidung stand der Glasmacher Alfred Pfahl vor dem hiesigen Schöffengericht. Er soll während des Glasarbeiterstreiks im September v. J. den Arbeitswilligen Golubec „durch Drohung und Ehrverletzung“ zur Teilnahme am Ausstand zu bestimmen verucht haben. In der Verhandlung verteidigte sich der Angeklagte damit, daß ihn der Streitbrecher zu den Neuerungen gereizt habe. Er habe nicht die Absicht gehabt, den §. durch seine Ausführungen zur Niederlage der Arbeit zu bewegen. Das wäre von vornherein vergeblich gewesen, da Golubec erst vier Wochen mitgestreikt habe und dann wieder arbeitet und sein Wort brach. Sehr interessant waren die Aussagen des Belastungszeugen. Auf eine entsprechende Frage des Vorstandes sagte er aus, er hätte allerdings vier Wochen mitgestreikt, hätte aber dann wieder arbeiten müssen, da er einen Kontrakt auf längere Zeit gehabt habe und in der Gendarmerie auf der Arbeit geholt und wieder in die Hütte — zu Siemens — gebracht habe. Er hätte geglaubt, er müsse sonst ins Gefängnis, da er seinen Kontrakt gebrochen habe. Der Vorstand selber drückte seine Verwunderung über diese Aussage in der Frage aus, ob er denn nicht wisse, daß Kontraktbruch nicht mit Gefängnis bestraft werden könne! Der Amtsadvokat zog hierauf selber die Anklage auf Grund des § 153 zurück und hielt nur die Bekleidung aufrecht. Das Urteil lautete auf 30 Mr. Geldstrafe event. sechs Tage Gefängnis.

Das ist ja eine nette Illustration zu der angeblichen Koalitionsfreiheit!

Die Armenhausbewilligung. Der Armenhausbewohner J. W. Garzer in Gelenau traf am Abend des 3. No-

zechung torously geschossen worden ist. Man kann im Gebirge und namentlich im nackten Hochgebirge keinen Schritt gehen, ohne daß das Auge auf ein Bild der Verstörung sieht, das von der gewaltigen Verhärtung des steinigen Wassers herrührt. Der Gleisbach kann fast als ein lebendes Wesen, als ein Organismus betrachtet werden, dessen Zusammensetzung nicht so einfach ist, als man glauben mag. Er wird im wesentlichen gebildet von den Gewässern, die sich auf den Höhen der Berge sammeln und dann in den Abgrund von Schluchten hinabstürzen, die sie selbst gegraben haben, auf ihrem Wege alles mit sich zu Thal reisend, was nicht fester ansteckender Fels ist. Ein Gleisbach besteht aus drei wohl unterschiedenen Teilen: einem Sammelbecken, einem Abslußkanal und einem Ablagerungsseggel. Das Sammelbecken gleicht einem weiten Trichter, der die Wasser von allen Seiten zusammenführt bis an den Eingang der Schlucht, die als Abslußkanal dient. Der Ablagerungsseggel gleicht in seiner runden Wölbung von oft sehr regelmäßiger Form einem künstlich ausgebaute Hügel; er besteht aus Blöcken und Gesteinen, die der Gleisbach heruntergebracht hat und nun am Fuß des eigentlichen Berges unaufhaltsam nach allen Seiten auf Kosten des Thals austreut. Der Gleisbach ist also dem Bestand des Thals ebenso gefährlich wie dem des Berges, diesen zerstört und erniedrigt er, jenes verschützt er. Je mehr sich das Sammelbecken des Gleisbachs vergrößert und vertieft, desto mehr kommen die im umgebenden Gesteinsmassen in die Gefahr des Einschlusses. Kleine Felsstückchen geraten ins Gleisbett, stürzen in das Sammelbecken, einen Abslußkanal und werden dann vom Wasser allmählich verkleinert und Stück für Stück fortgetragen. Das sind die gefürchteten Bergstürze, die schon manches fröhliche Thal, manches idyllische Dorf im Hochgebirge in wenigen Minuten unter ihrem Schutt begraben haben. An vielen Stellen der Alpen findet man solche Blockmeere, die von ehemaligen Bergstürzen Zeugnis ablegen. An einem Bergabhang in den französischen Alpen finden sich auf einer ungeheuren Felsscholle noch die Ruinen eines im 18. Jahrhundert bewohnten Benediktinerklosters, das einst durch einen Bergsturz mit in die Tiefe gerissen wurde und sich jetzt mit seinen melancholischen Resten malerisch aus dem alten Trümmerfeld erhebt. In den Thälern, in die sich die Wasser entlädt, ist der Schaden nicht geringer, wenn auch von anderer Art. Der stetig wachsende Schuttpegel des Bachs bedroht die bebauten Hörner, die Dörfer, die Straßen, besonders wenn der Bach nach starkem Regen oder bei

benber v. z. den im Armenhaus wohnenden Invaliden d. in einem Restaurant. Da im Armentaus die Insassen um 9½ Uhr schlafen gehen müssen, befahl Harzer dem S. sofort nach Hause zu gehen. S. erklärte, er wolle nur noch sein Bier austrinken und dann gehen. Daraufhin wurde Harzer sofort thätig gegen den Invaliden und versuchte ihn mit Gewalt aus dem Lokal zu bringen. Dabei stürzten im Hausflur beide zur Erde und Harzer schlug mit dem Gesicht auf. In der Wit über diesen Sturz gab Harzer dem Invaliden einige Ohrfeigen. Giebt schon die ganze Art und Weise zu denken, in der Harzer verfuhr, um so mehr seine „Entschuldigung“ vor dem Chemnitzer Landgericht, daß er an jenem Abend betrunken gewesen sei. Thatsächlich muß Harzer auch nicht mehr Herr seiner Sinne gewesen sein, denn er versuchte am gleichen Abend noch einen Mann zu arretieren, der gar nicht im Armenhaus ist. Ebenso ist der Invalide S. nicht als Korrektionsär. sondern als Verwirter im Armenhaus, und muß für seine Verpflegung bezahlen. Trotzdem wurde er gewalttätig in das Armenhaus gebracht und auf kurze Zeit in eine Zelle eingesperrt. Nun kommt aber das Schöne. Vor Gericht wurde betont, daß das Vorgehen in diesem Falle nach der bestehenden Armenhausordnung gerechtfertigt sei, weil die Armenhausinsassen bei Disciplinarvergehen u. a. mit Arrest bei Wasser und Brot oder auch mit bis zu 20 Minuten hingenommen werden können. Die letztere Strafe darf allerdings nur an Korrektionsär. vorgenommen werden. Die Strafverfügung liegt in den Händen des Armenhausverwalters, des Armenhausvorstehers oder auch des Gemeindvorstandes, „je nach den gegebenen Verhältnissen“. Interessanter ist, daß nach Meinung des jeweils Gemeindvorstandes die Armenhausordnung gar nicht die Genehmigung der Amthschaupräsidenten besitzt. Das Gericht beschloß, zwecks Beugervernehmung die Verhandlung zu vertagen.

* **Brutalitäten eines Unteroffiziers während der Instruktionssunde.** Wegen Mißhandlung, vorschriftswidriger Behandlung und Bekleidung eines Unteroffiziers gehoben habe sich am Mittwoch vor dem Kriegsgericht der 1. Division Nr. 28 in Dresden der 1879 zu Kempten geborene vorbestrafte Unteroffizier Felix William Franke von der 2. Compagnie des 1. (Leib) Grenadierregiments Nr. 100 zu verantworten. Am Abend des 19. März erhielt der Angeklagte seiner Korporalschaft Unterricht über die Eintheilung der Armee. Der Grenadier Dehme konnte eine Frage nicht beantworten, worauf ihn der Unteroffizier mit dem Instruktionssbuch — die Auflageschrift nennt es bezeichnenderweise ein schwaches, mit weichem Einband versehenes Oktoberfest — mehreren ins Gesicht schlug, dreimal mit der Faust unter das Kinn stieß und ihn dann mit dem Kopf gegen einen Schrank schleuderte, so daß dem Mißhandelten, der auch eine Brille an der Stirn trug, die Brüste bluteten. Fleißig schimpfte ihn der rohe Patron mit den Worten: „Du hast kein Gehirn mehr im Kopfe, sondern Würme.“ Vor Gericht rechtfertigte sich der nur teilweise geständige Angeklagte damit, daß die Leute nichts wissen und er in Erregung deshalb getreten sei, zumal ihm die Compagnies Vorhaltungen gemacht habe. Auch sei Dehme ein schlechter Soldat. Dem Antrage des Verteidigers der Auflage gemäß nahm das Gericht minder schwere Fälle an und hielt 14 Tage gelinden Arrest für eine ausreichende Sühne.

Frauenschutz in Sachsen. Uns wird von unserem o. Berichterstatter geschrieben: Auf Anregung des Fabrikantenvereins in Plauen, der fortgesetzt und auch jetzt noch über Arbeiterinnenmangel klagt, hat die Kreishauptmannschaft eine frühere, die Arbeitszeit der Frauen betreffende Verfügung aufgehoben. In ihr war angeordnet, daß bei den im § 188a der Gewerbeordnung vorgeesehenen Bewilligungen von Überstunden für die über 16 Jahre alten Arbeiterinnen die Arbeitszeit täglich 12 Stunden nicht überschreiten durfte. Es werden nunmehr also auch in der Stickereiindustrie die Arbeiterinnen bis zu 13 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen.

Ausdehnung der Arbeitszeit; statt Verkürzung — das ist sächsische Sozialpolitik!

* **Dresden, 16. April.** Unter den 2000 Angestellten der beiden Dresdener Straßenbahnen ist eine Bewegung im Gange, die reichen Gesellschaften zur Errichtung der Altersversorgung der Angestellten zu veranlassen. Jetzt werden die alten Leute unter allerlei Vorwänden entlassen. Da sie dann natürlich infolge ihres Alters keine Arbeit finden, so fallen sie alsbald der städtischen Armenverwaltung zur Last. Am 1. April entließ die Dresdener (gelbe) Straßenbahngesellschaft den verheiraten Kontrolleur Müller, der der Gesellschaft müstermäßig 20 Jahre gedient hatte. Man hatte von dem fast 60jährigen Manne verlangt, wieder als Schaffner zu fahren. Als er sich weigerte, folgte die Kündigung. Zur Anerkennung seiner treuen Dienste bewilligte ihm die Direktion ein einmaliges Geschenk von — 300 Mk. Ein Stellmeister, der 22 Jahre im Dienste der gelben Bahn gewesen war, wurde wegen — Chebruchs entlassen. Man darf sich nicht wundern, daß die traurige Zukunftsperspektive viele

Beginn der Schneeschmelze mächtig anschlägt. Manche Schutzen haben 70 Meter Höhe über dem festen Boden und mehrere Kilometer Umfang in ihrer Grundfläche. Der Mensch muß angewöhnt sein, diese fortgeschrittenen Berührungsbereiche, die eine gefährliche Ansiedlung innerhalb des Gebirges in Frage stellt, doch wohl nach einer Abwehr suchen. So gering die Menschekraft an sich gegenüber diesen ungeheuren Gewalten ist, so kann der menschliche Bericht doch den Kampf gegen sie aufnehmen. Im Jahre 1900 wurde in Paris ein internationaler Kongress für Waldkultur abgehalten, und damals wurde auch die Frage ausführlich behandelt, wie der Zerstörung der Gebiete und Thäler durch das schießende Wasser Einhalt gehalten werden könnte. Die Vegetation ist das einzige natürliche Mittel, das die Wasserkraft aus ihrer vernichtenden Bedeutung in ruhige Bäume zu lenken vermag. Es muß daher Sorge getragen werden, besonders gefährliche Gleichbüche mit Vegetation zu umgeben, und zwar entweder mit Waldboden oder mit Gebräuch oder auch nur mit Wiesen. Es sollte, um die natürliche Vegetation zu schützen, vorschriften werden, daß in der Umgebung des Sammelbeckens eines Gletschers kein Vieh weiden darf, und außer dem Mittel künstlicher Anpflanzungen kann noch der Bau von Dämmen benutzt werden, um den Lauf des Wassers aufzuhalten und den mitgewemmten Schlitt an einer Stelle zur Ablagerung bringen, wo er keinen Schaden kann. Die französische Regierung hat beschlossen, in dem zu Frankreich gehörenden Alpengebiet einige Versuche auf Grund dieser Regeln anzutreiben, und die Ergebnisse werden eine allgemeine Beachtung verdienen.

Angestellte veranlaßt, den Gesellschaften den Rücken zu lehnen, bevor sie ihre Kräfte abgeworfen haben.

Die Straßenbahner hoffen, daß die Stadt die Gesellschaften zur Gründung der Pensionskasse zwingen werde, weil sich die Stadt nicht gefallen lassen braucht, daß die reichen Aktionäre ihre alten Arbeiter der städtischen Armenverwaltung aufzuhalten. Die Stadt Berlin hat die Altersversorgung der Straßenbahner in ihrem Vertrage mit den Gesellschaften ausbedungen.

Zittau, 16. April. Die Zittauer Morgenzeitung berichtet: Die Ehefrau des Südufrüthändlers Ferdinand Jäger, Theresia Jäger, die sich seit dem 20. Januar d. J. unter dem Verdacht der Brandstiftung in Haft befand, ist dieser Tage aus dem Landgerichtsgefängnis in Bautzen entlassen worden, vermutlich wegen Mangel an Beweisen. Diese Thatsache läßt das blutige Drama, welches sich bekanntlich bald nach der Verhaftung der Frau in Orlamünde abspielte, noch tragischer erscheinen. Am 6. Januar war das der Firma Niedel u. Wehner gehörige und von der Familie Jäger bewohnte Häuschen in Orlamünde niedergebrannt und 14 Tage später wurde die Frau Jäger unter dem Verdacht, das Haus angezündet zu haben, verhaftet. Aus Zweckstellung hierüber beginnt der Chemnitzer die entzückende That, über die wir damals ausführlich berichteten. Die jüngste, ein halbes Jahr alte Tochter Frida wurde von dem Vater hingeklopft, die beiden drei und neun Jahre alten Knaben sind zwar nach langem, schmerzreichen Krankenlager aus dem bissigen Krankenhaus entlassen worden, dürften aber infolge der ihnen an den Handgelenken zugefügten furchtbaren Schnittwunden Krüppel bleiben. Jäger selbst sitzt im Landgerichtsgefängnis zu Bautzen und harrt des Augenblicks, der ihn wegen der gräßlichen Zweckstellung vor die Geschworenen führen soll. Nun fehlt die Frau zurück in die Freiheit: der Mann im Gefängnis, ein Kind tot, die beiden anderen Krüppel! Ein erschütterndes Schicksal!

kleine Nachrichten aus dem Lande. Aus Riesa wird gemeldet: Unterhalb Mühlberg ist der mit 18 000 Centner Kohle bestückte große Deckkahn des Schiffsdesigners Paul Krause aus Preßbach vollständig in Grund gegangen. Das Fahrzeug fuhr mit großer Gewalt auf eine unter Wasser stehende Buhne und erhielt ein starkes Loch, sowie zwei Brüche. Von der Stromung herumgedrückt, wurde es nach dem jenseitigen Ufer getrieben, wo es nach kurzer Zeit sank. Die Mannschaft konnte nur einen Teil der Habe retten. Der Verkehr ist nicht gefährdet. — In leichter Zeit sind in der Gegend von Stolzen, Reinsdorf, Bischofswerda und Bautzen zahlreiche Eluerliche zu vergleichen gewesen, ohne daß man die Diebe erwischt hätte. Jetzt wurde in Rabenau ein Landsreicher dingfest gemacht, der mehrere Gegenseitigkeiten, die von den oben erwähnten Diebstählen herrührten, bei sich führte. Leider ist es aber dem Menschen gelungen, in der Nacht aus dem Verbaustall, wohn man ihm vorläufig gefeuert hatte, auszubrechen und zu entkommen. Von zwei weiteren Beteiligten hat man die Namen festgestellt. Es sind fremde Arbeiter, die nach der Heimat entwichen sind, aber jedenfalls erlangt werden dürfen. — Am Freitag mache in Glauchau ein Studierender der technischen Schule in Mittweida, aus Alsfaffenburg in Bayern gebürtig, auf Hinterglaukauer Flur den Versuch, sich zu vergiften. Da dies nicht gelang, meldete er sich im benachbarten Dorf Gerau, von wo aus er ins bissige Krankenhaus gebracht wurde. Der Grund des Selbstmordversuchs sollen Schulden sein.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagwahlkreise.

Wurzen, 15. April.

* **Zum Schuhmacherstreit.** Das Bestreben des Fabrikanten Lüder geht dahin, die aussändigen Arbeiter und Arbeiterinnen auszuholen zu lassen. Alle Kräfte werden aufgeboten, um Arbeitswillige heranzulocken. Das jetzige Arbeitspersonal ist dem Schuh der Polizei und der Comptoiristen anvertraut worden. Die Streitenden begegnen werden der Behörde keine Gelegenheit zum Einschreiten bieten. Der Fabrikant Lüder ist in der Erwartung, recht viele auswärtige Arbeiter zu erlangen, arg enttäuscht worden. Wenn die herangezogenen Arbeiter Kenntnis von den Differenzen erhalten, reisen sie in der Regel wieder ab. Ein Arbeiter, dem der Fabrikant Lüder bei einem Wochenlohn von 24 Mk. laut Vertrag für 6 Monate Arbeit zugesichert hatte, hat die Arbeit am Montag wieder eingestellt. Als er auf den schönen Dienst hinweisen wurde, antwortete er, Lüder mag nur seinen alten Arbeitern diesen Lohn bezahlen, sie kommen alle mit Freuden zur Arbeit zurück. Die streitenden Arbeiter haben in diesem Fad in den letzten 12 Wochen, obgleich Hochkonjunktur war, im Durchschnitt nur 18 bis 20 Mk. pro Woche verdient. Ein anderer auswärtiger Arbeiter wurde am Montag erwartet; er kam auch, aber anstatt in der Fabrik, erschien er in dem Strohsalat. Die Bemühungen des Fabrikanten sind also völlig nutzlos. Die Ausflüchtigen sind entschlossen, so lange zusammenzuhalten, bis die Macht des Fabrikanten gebrochen ist. Am Sonnabend ist noch eine alte Witwe, die wohl über 7 Jahre dort beschäftigt war, entlassen worden, weil sie mehrere Versammlungen besucht hatte.

Aischerbleben, 16. April. Ein Landwirt aus Ulrich, der Formand hierher gebracht wurde, wurde abends zwischen 7 und 8 Uhr von zwei unbekannten Männern nach den neuen Anlagen am Wasserwerk gelöst und seiner Bartschaft von 45 Mk. beraubt. Als er sich der Strolche zu erwehren suchte, wurde ihm der Unterleib zertrümmert. Die Hilfserufe des Überfallenen wurden von einigen Personen vernommen; die sofort aufgenommene Verfolgung blieb ohne Erfolg.

Soziale Rundschau.

Volkswirtschaftliches.

Über die Lage der Textilindustrie in den sächsischen Bezirken wird dem örtlichen Telegraphenbureau aus Fabrikantenkreisen mitgeteilt: Das Färbergeschäft entwickelt sich entsprechend dem Geschäftsgang in den letzten neun bis zehn Monaten stetig weiter. Die meisten Betriebe sind bis in den Juni hinein gut beschäftigt. Besondere Beachtung verdient, daß sich das Geschäft nach dem Ausland überaus günstig gestaltet hat. Namenslich Nordamerika hat einen großen Bedarf in Damenseidenstoffen, aber auch auf Herrenstoffe liegen gute Bestellungen vor. Die Kammgarnspinnereien haben die Produktion bis ins dritte Quartal hinein auf feste Kontrakte vergeben. Infolge dieses stillen Geschäftsganges ist auch allenhalben im Garnhandel noch Anregung vorhanden. Der Anfang der nächsten Serie der Londoner Wollauktion ist auf den 5. Mai festgesetzt. Das zur Versteigerung kommende Quantum Wolle dürfte abgesehen der Transitwollen, also zuzüglich der Bestände, ungefähr 280 000 Ballen betragen. Voraussichtlich wird die Auktion sehr lebhaft verlaufen und Überraschungen durch weitere Preissteigerungen sind nicht ausgeschlossen. Der Bedarf an Merinogarnen ist kolossal.

Chemische Industrie. Der Geschäftsbericht (1901) der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation in Berlin betont den dank der bestehenden Handelsverträge steigenden Export. Dadurch sei auch der Ausfall in Deutschland ausgeglichen. 15 Prog. Dividende kommen zur Verteilung. Die Badische Anilin- und Soda-fabrik verzögert für 1901 10,1 Millionen Mark Reinigung.

Es gelangt eine Jahresbilanz von 24 Prog. zur Verteilung bei 4 Millionen Mark Abschreibung. Dabei ist die Ausbeutung der dortigen Arbeitsspitze weit und breit bekannt.

Deutsche Kohlen nach Belgien. Infolge des großen Arbeitersaustandes, der in Belgien ausgebrochen ist, haben, so wird berichtet, vier Söhne mit dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat die Lieferung von Kohlen in Verbindung gesetzt. Eigentliche Abnahmefrist auf die noch nicht zu übersehende Ausbeutung und Dauer des Streiks einschließlich noch nicht genehmigt worden, doch hat das Syndikat im Brüder zugestimmt, auf Verlangen der belgischen Werke abzugeben. Kleinere Belege sollen durch Vermittlung der Händler erfolgen. In den bergbaureichen Kreisen steht man der Entwicklung der Dinge in den belgischen Kohlerevielen mit Spannung entgegen, zumal die Absatzverhältnisse auf dem heimischen Markt noch immer keine Neigung zur Besserung zeigen, und die starke Fördereinschränkung von den meist Gebechen sehr schwer empfunden wird. Die Frankfurter Börse meldet vom 16. April eine verstärkte Nachfrage nach Kohlenaktien. — Die deutschen Kapitalisten fühlen sich als lachende Erben der belgischen Bewegung!

Sozialpolitisches.

In den 1. Arbeiterwerkstätten zu München wurden vergangene Woche 50 Arbeiter entlassen. Die Neuauflistung für Fußtruppen soll auf Beschluß der Reichsratskammer in Submission vergeben werden.

Der Jahresbericht des berüchtigten Hamburger Arbeitgeberverbandes für 1901 ist erschienen. Die Schafmacher erklären sich gegen eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, sei es auf Kosten der Industrie oder des Staates. Die Unternehmer hätten kein Geld für solche Zwecke und der Staat solle die Arbeiter nicht zu Fußlängern und Bummeln erziehen, sondern sie auf die Sparanstalt verweisen.

Arbeitslosenstatistik. Die Allgemeine Bauarbeiter nahmen für die Zeit vom 8. bis 20. März, eine Zählung der Arbeitslosigkeit. Von 182 befragten Kollegen waren 113 arbeitslos an 854½ Tagen, also durchschnittlich jeder 7 Tagen 5 Stunden.

Sachengänger. Aus der märkischen Stadt Strelitz und Umgegend wogen vergangene Woche Hunderte von Schnittern in die Ferne. Gegen 600 „Sachengänger“ allein aus der Stadt Strelitz selbst, unter diesen ca. 120 Schnittern.

Eine Massenausweitung kroatischer Arbeiter. Aus Schwedt sind, der Silesia zufolge, 85 kroatische Arbeiter, die dort keine Arbeit gefunden hatten, ausgewiesen worden. Bald verhungert sie jenseits der österreichischen Grenze in Freiwaldau an, wo ihnen Nahrung gereicht wurde, nach der sie gierig griffen. Das gesamte Vermögen der 85 bestand in etwa 8.500 Mk. Sie wurden von dort weiter nach Pest befördert.

Schrämmaschine und Grubeninsäße. Gewöhnlich nehmen in der Industrie mit Einführung des maschinellen Betriebes auch die Arbeitererwerbsflüchtungen zu. Im Bergbau ist es anders bezüglich der Anwendung von Schrämmaschinen. Schon interessant ist die Statistik, die sich auf die nordamerikanische Kohlenindustrie bezieht:

Bundesstaat	Von der Förderung wurden mit Schrämmaschinen gewonnen	Ünfäße pro 1000 Arbeiter
Ohio	42 Prozent	2,14
Kentucky	44 "	2,06
Pennsylvania:		
Anthracit	— "	2,95
Bit-Kohle	30 "	2,48
Indiana	20 "	1,82
Illinois	25 "	2,89
New-Mexico	25 "	7,44
Indian-Territor	18 "	7,59
Arkansas	17 "	2,06
Colorado	11 "	3,99
West-Virginia	9 "	5,03

Ist das, fragt die Deutsche Bergarbeiterzeitung, nicht verblüffend? Wir sehen, daß die Anwendung der Schrämmaschinen eine Verminderung der Unfälle im Gefolge hat! Die höchste Unfallziffer findet sich dort, wo die Schrämmaschine am schwächsten, die niedrigste, wo sie am stärksten vertreten ist. So etwas geht doch außerordentlich viel zu denken. Warum werden solche Erfahrungen nicht allgemein, auch in Deutschland, verwertet?

ac. Enquête der Landarbeiterorganisationen in Italien. Die Landarbeiterstreiks in Italien haben die Landbesitzer veranlaßt, deren Urlachen nachzuforschen. Von den Verbänden der italienischen Agrikulturen wurde eine Enquête eingeleitet, die sich vernünftigerweise nicht nur darauf beaufschränkt, bei den Landbesitzern Nachfrage zu halten, sondern auch den Arbeiterorganisationen Fragebogen zusandte. Von 2200 Fragebögen kamen nur 288 beantwortet zurück, und zwar 201 von Arbeitgeberverbänden, 88 von Fabriken landwirtschaftlicher Maschinen und künstlichen Düngern und leider nur 20 von Landarbeiterverbänden. Trotz der geringen Zahl der Antworten hat die Untersuchung aufklärende Resultate ergeben, und die Enquêtekommission kommt zu Schluß, die um so bemerkenswerter sind, als diese vom Senator Eugenio Faina und dem Abgeordneten Pietro Tassan unter Zustimmung ultraconservativer Landbesitzer verfaßt wurden. Die Enquêtekommission schreibt: „Die Landarbeiter und nicht weniger die ländlichen Arbeiterorganisationen erkennen, daß der Landarbeiterbewegung hauptsächlich wirtschaftliche Ursachen zu Grunde liegen, die in den Arbeitsbedingungen und der speziellen Bodenbeschaffenheit der verschiedenen Landstriche ihren Ursprung haben. Das Nebelbeben und die sich daraus ergebende Unzufriedenheit der Landarbeiter basiert auf allzu niedrige Löhne, übermäßige tägliche Arbeitsleistung in unbemessenen Stunden, aber, wo die Anteilarbeit (mezzadria) besteht, in den ungünstigsten Zeiten, welche dem Arbeiter zusätzliche Forderungen abverlangen. Ferner geben Grund zur Unzufriedenheit das Fehlen besserer Werkzeuge zur Kühlsteuer wie hoher Meisszins der Häuser, Exzesse der Kosten im Forderen besonderer Abgaben (Regalen), das Nichtmehrhalten der geschlossenen Verträge nach den letzten Streiks und das Fehlen der Verträge überhaupt.“ Der Spiegel, der sich die Landarbeiter in den Schlußfolgerungen ihrer Enquête vorhalten, läßt sich klarheit fürwahr nichts zu nennen übrig, es bleibt ihnen nur, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Wenig verschlägt es danach, wenn in den weiteren Folgerungen gegen die „uebelhaft“ Förderung der Sozialisierung des Grund und Bodens Front gemacht wird, und wenn den Sozialisten der Vorwurf gemacht wird, die agrarische Bewegung auf das politische Gebiet gelenkt zu haben. Der Schmerz der Herren ist verständlich, daß die Sozialisten die Führer der Bewegung sind, aber ohne Sozialisten gäbe es heute in Italien keine Landarbeiterbewegung, und auch sie haben sich niemals einen Augenblick entblödet, die Politik für ihre wirtschaftlichen Interessen auszutüben.“

Gewerkschaftliches.

In der Waggonfabrik A.-G. in Bautzen sind den Lackierern, Stellmätern und Tischlern Bohrproduktions angeklungen worden. Die Direktion begründete diese unerhörte Maßnahme durch einen ihrer Beamten mit der hinfälligen Behauptung, bei der jetzigen Krise machten die „hohen“ Stundendhöhe (Löhne von 24 bis 40 Pf., d. h. 40 Pf. erhalten bloß einige Arbeiter) ein weiteres Konkurrenz im Wagenbau unmöglich. Die Arbeiter wissen aber ganz genau, daß nicht sie, sondern die Direktion fehlt. Die Schulden an der Kalamität trägt, in die sie jetzt geraten ist. Stellmacher

Stundenturkost in Breslau. Die Arbeiter der drei Firmen Wilborn u. Böhm, Mann, Simmlinger u. Sohne haben die Arbeit eingestellt.

Als Arbeitssekretär für Kiel wurde vom Gewerkschaftsrat unter 22 Bewerbern Genosse Johannes Ilpp, Vorsitzender des Kartells, mit großer Mehrheit gewählt.

Maurerstreit. Mit dem 15. April sind die Maurer in Quedlinburg in den Ausstand eingetreten. Sie fordern eine Erhöhung des Stundlohns von 82 bzw. 83 Pf. auf 85 Pf. bei 10 stündiger Arbeitszeit. Außerdem verlangen sie, wenn sie auswärts beschäftigt werden und im Sommer bei großer Hitze, noch eine besondere tägliche Zulage.

Auf der schleswig-holsteinischen Insel Fehmarn streiken die Bauhandwerker. Forderung 85 Pf. Stundlohn, für Landarbeit 8 Pf. Ausschlag.

Gemeinde-Zeitung.

Aus dem Stadtverordnetensaal.

(Sitzung vom 16. April 1902.)

Zwei Eingaben des Leipziger Mietervereins und des deutsch-nationalen Handlungsgesellvereins ersuchen, die beantragte Erhöhung der Straßenbahn-Fahrräume abzulehnen.

Polizeidirektor Bretschneider tritt einer Zeitungsangabe entgegen und erklärt, daß die Entlassung des Schumanns Eichhorn nicht wegen eines Gehörleidens, sondern wegen seiner Führung erfolgt sei.

Für die Vorberatung der Ratsvorlage betr. die Bahnhoftilage wird ein besonderer Ausschuß gewählt, dem folgende Stadtverordnete angehören: Böhme, Vizevorsitzender Enke, Franko, Gangloff, Höhne, Jacob, Jank, Joachim, Vorsitzender Dr. Jundt, Knöppler, Kleemann, Lehmann, O. Meyer, Pommert, Rüschel, Reinhardt, Rost, Dr. Rothke, Ryssel, Wappeler und Professor Dr. v. Jahn.

Der Verkauf des an der Ecke der Öpönniger und Fichtestraße gelegenen Hauses auf Nr. 13 mit 546 Quadratmeter Flächengehalt für den Preis von 42 M. wird abgelehnt, der Rat aber ermächtigt, den Platz für 44 M. pro Quadratmeter zu verkaufen.

Der Vergrößerung des Grundstücks der Istaatlichen Josephshospitals in der Liebeschstraße in Quedlinburg durch Anschaltung des Areals eines Holzplatzes und der Pachtgärten entlang der Stötteritzer Straße, sowie Herstellung von Einfriedungen darunter mit 2848,20 M. Aufwand wird genehmigt.

Ein mit 25 Unterschriften versehener Antrag erfordert den Rat, Auskunft zu geben, welche Stellung er zu dem Antrage vom 3. Juli 1901, betr. die Umstellung der Konsumvereine, einzunehmen gedient, nachdem die Denkschrift der sächsischen Staatsregierung erschienen ist. Der Antrag wird kurz vom Stadtb. Hugo Seifert begründet.

Bürgermeister Dr. Dittrich erklärt, die frühere Zusage sei selbstverständlich in dem Sinne gegeben worden, daß der Rat zu dem Antrag Stellung nehmen werde, wenn der sächsische Landtag sich zu der Denkschrift erklärt haben werde. Das liege nach wie vor in der Absicht des Rates; es müsse also abgewartet werden, was der Landtag endgültig zu der jetzt einer Deputation überwiesenen Denkschrift sagen werde. Der Antrag der Stadtverordneten vom 3. Juli 1901 sei vom Rat seiner Verfassungsdeputation zur Vorberatung überwiesen worden.

Für die Geisenstadt Dösen werden auf das Jahr 1902 5000 M. als Bau- und Reparaturkosten bewilligt, wobei bemerkt wird, daß man auf erhebliche Einsparungen hoffe, da die Cautionen der Unternehmer noch laufen.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Sympathisch gegenüber. Fraglich erscheine es ihm aber, ob es notwendig sei, mit den kostspieligen Aufkäufen so ins einzelne zu gehen. Viel zweckmäßiger erscheine es ihm, zur technischen Ausbildung von Arbeitern im Auslande Unterstützungen zu gewähren; die so gewonnenen Kenntnisse würden dann der heimischen Industrie zu gute kommen.

Stadt. Mäser tritt für den höheren Zuschuß für das Kunstmuseum ein. Ebenso wie das Buchgewerbe-

museum sei es zu schneller Blüte gekommen.

Stadt. Prof. Dr. Steffen: Die Aussendung von Arbeitern und Technikern könne bei seiner prekären Finanzlage nicht Aufgabe des Kunstmuseumvereins sein, sondern müsse Aufgabe der Stadt sein.

Stadt. Wedenbach hält den vom Finanzausschuß eingeschlagenen Weg für den richtigen. Ebenso sprechen die Stadt. Ryssel und Hechtold für den Ausschlußantrag. Dieser wird darauf gegen 16 Stimmen angenommen; im übrigen wird das Conto nach den sonstigen Ausschlußanträgen genehmigt.

Dem Leipziger Verein für öffentliche Rezepte im Jahr wird für das Jahr 1902 ein außerordentlicher Beitrag von 1000 M. bewilligt, ebenso dem Deutschen Verein für das Fortbildungsschulwesen ein Beitrag von 300 M.

Der Errichtung einer 4. Abteilung der 6. Klasse an der Realsschule wird mit 30 gegen 27 Stimmen zugestimmt und der Anfangsgehalt von 1800 M. für einen nichtständigen wissenschaftlichen Lehrer bewilligt.

Das Conto Schleuse wird mit Ausnahme einer Lohrrohrschleuse auf der Diagonalschleuse des Blücherplatzes genehmigt. Das Conto enthält Verbilligungen für einen im Lindenauer Bezirk angestellenden Betrieb mit einer mechanischen Schleuseneinrichtung.

Die Bewilligung s.d. Laine und Ortsgesetze für die Bebauung der Ortsteile Gohlis und Gutriesch und die innere Nordvorstadt von Alt-Leipzig werden mit unerheblichen Änderungen genehmigt.

Stadt. Ryssel war abermals für den Einbau von Dachwohnungen eingetreten, worauf ihm vom Bürgermeister Dr. Dittrich erwidert worden war, daß Dachwohnungen ja eingebaut werden könnten, wenn auf ein ausgebauter Geishof verzichtet werde.

Für die Geisenstadt Dösen werden auf das Jahr 1902 5000 M. als Bau- und Reparaturkosten bewilligt, wobei bemerkt wird, daß man auf erhebliche Einsparungen hoffe, da die Cautionen der Unternehmer noch laufen.

Eine Abrechnung über Bauarbeiten in der 24. Volksschule zu Plagwitz wird beanstandet. Stadtkantorscharenberg erklärt, daß versehentlich ein Teil der hergestellten Dachflächen doppelt bezahlt worden sei. Der unterlauffene Fehler sei jedoch durch Rückzahlung der zuviel berechneten Summe bereits wieder ausgeglichen worden.

Es folgte noch eine nichtöffentliche Sitzung.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 17. April.

Alle Bibliothekszulieferer seien dazus aufgefordert, daß nächsten Sonntag im Coburger Hof, Windmühlenstraße, nachmittags 4 Uhr eine öffentliche Versammlung stattfindet, die sich mit dem Thema: Volksbildung und Volksbibliotheken befassen wird. Genosse Henning, der das Referat übernommen hat, hat zu diesem Zweck reiches Material gesammelt, das in übersichtlich geordneter Weise bereits von 8 Uhr ab angesetzt sein wird. Es bietet sich Gelegenheit, die Einrichtungen von neun der größten Bibliotheken in Deutschland und Österreich zu studieren.

Wie der sächsische Eisenbahnrat spart! Nach der bereits gesterne Verordnung der Generaldirektion der sächsischen Staatsbahn sollen die Werkstättenarbeiter wöchentlich und zwar Sonnabends einen halben Tag ausscheiden. Begründet wird diese Maßnahme mit angeblichem Arbeitsmangel, der aber von den Angestellten bestritten wird. Für diese bedeutet die „Arbeitszeitverkürzung“ einen Lohnausfall von 1,50 M. pro Woche. Bei den etwa 700 in den Leipziger Werkstätten Beschäftigten wird der Staat 1050 M. pro Woche sparen. Ob man damit die sächsischen Finanzen wieder ins Gleichen bringt, ist eine andere Frage. Für die Arbeiter ist diese Vorsichtsmaßnahme so empfindlicher, als die Polizeiwochenpläne im Vorhinkung um so empfindlicher, als die Polizeiwochenpläne im Reich daraus hinauslaufen, dem Arbeiter das Wort zu verleihen. Jedebfalls wird dies alles manchen der bisher indifferenten oder patriotischen Staatsarbeiter Anstoß zum Nachdenken geben. Diese Wirkung der Verordnung wird bei der nächsten Reichstagswahl der Sozialdemokratie zu Gunsten kommen.

Mit der Erhöhung des Straßenbahntarifs für die Sonnstage wird sich nächst Sonnabend eine öffentliche Verzettelung beschäftigen, die vom Leipziger Mieterverein nach dem Neuen Gasthof zu Gohlis einberufen worden ist.

Zur Gutriescher Schularztstelle schreibt das Korrespondenzblatt, das Organ der örtlichen Bezirksvereine im Königreich Sachsen:

Wir müssen uns den Stimmen auf den Reihen der Kollegen anschließen, welche sagen, daß der Bezirksverein Leipzig-Land über das Ziel hinausgeschossen habe. Der Rat hat von seinem Rechte Gebrauch gemacht und einem Schularzt gefindigt; er konnte dies ohne Angabe von Gründen thun; der Beitrug der Schularzt mit dem Rat ist von dem Bezirksverein gefällig worden. Besonders der Bezirksverein fordert hielt, daß die Handhabung dieses Beitrages zu Unbilligkeiten führen könnte bzw. gefällig habe, so konnte er bei dem Rat wegen Aenderung desselben vorstellig werden, er durfte aber keinesfalls sofort zu feindlichen Massnahmen greifen. Diese waren wegen ihrer vorausgesehenden Erfolgslosigkeit auch unklaß und gerade jetzt doppelt unklug, wo die Bezirksvereine und ihre Standesordnung von verschiedenen Seiten eine Anfechtung erfahren, welche durch beratige Vorgänge eine scheinbare Berechtigung erhält. Eine scheinbare, denn der hier von Leipzig-Land eingeschlagene Weg ist ungängbar. Der Bezirksverein ist nicht in der Lage, seine Mitglieder zu einem Austritt zu nötigen; ein solcher kann nur durch freie Vereinsgründung in Scene gesetzt werden. Und in vorliegenden Falle würde die Annahme der Schularztstelle vom Ehrengesetz schwerlich als eine Verfehlung gegen die Standesordnung betrachtet werden können.

Das Vorgehen des Bezirksvereins ist auch von auswärtigen ärztlichen Blättern nicht durchweg gebilligt worden. Die Ärzte des Klinikums schrieben: Der ärztliche Bezirksverein hat hier nicht berechtigte Interessen eines seiner Mitglieder wahrgekommen, sondern durch seinen Beschluss geratet zu einer Irrleitung des ärztlichen Corpsteistes betragen; — so bemerkte die Ärzte die Befreiung, und es wird ihr wohl von manchem Arzte bestimmt werden."

Denjenigen Herren Aerzen, die sich neuverdings über die bekannten Entscheidungen in der Schularztfrage gewalig

entzweien, dürfen diese Worte aus den eigenen Kollegenkreisen nicht sehr angenehm in die Ohren klingen.

Die Voruntersuchung gegen den früheren Generaldirektor der Trebergesellschaft Schmidt, ist abgeschlossen. Die Anklage lautet auf betruglicher Bankrott in eigener Sache, wie in Sachen der Trebergesellschaft und auf Wechselschwung.

Änderung der Lohnzählungsbücher. Die auch in Sachsen über die Lohnzählungsbücher für minderjährige Arbeiter erhobenen Klagen hat die sächsische Regierung dem Reichsanziger unterbreitet und darauf von ihm die Nachricht erhalten, daß angesichts der auch von anderer Seite laut gewordenen Beschwerden die Abänderung der die Lohnbücher betreffenden Bestimmungen bei einer Revision der Gewerbeordnung erustlich in Erwägung zu ziehen sein werde.

Von der Universität. Privatdozent Dr. phil. Sommer erhielt einen Ruf als außerordentlicher Professor an die Universität Basel, dem er gerne leisten wird.

Das Vanpolizetamt. Ritterstraße Nr. 28, bleibt wegen vornehmender Reinigung der Geschäftsräume Sonnabend den 19. und Montag den 21. April d. J. für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Am beiden Tagen können nur ausnahmsweise unauschiebbare Sachen erledigt werden.

Eine vollständige Mondfinsternis, die während des größten Teiles ihrer Dauer auch bei uns beobachtet werden kann, ist für den 22. April zu erwarten. Anfang der Finsternis um 6 Uhr, Anfang der vollständigen Finsternis kurz nach 7 Uhr, Mitte der Finsternis gegen 8 Uhr, Ende der Finsternis gegen 10 Uhr.

Potentiauskünfte sächsischer Erfinder. Gegen diese Patentanmeldungen kann bis zum 11. Juni Einspruch erhoben werden. Al. 4, Beleuchtung (außer elektrischer Beleuchtung, Al. 1): Sch 18055, Stoßangsvorrichtung für Gasglühlampen; Fa. Hugo Schneider, A.-G., Quedlinburg. — Al. 9, Vorsteinerne, einschließlich Pinsel: L 15 616, Maschinen zum gleichzeitigen Bohren von mehreren, unter beliebigem Neigungswinkel stehenden Löchern in Bürstensöhnen; A. Löwel, Wildensiede i. S. — Al. 15, Druckerei, Untermaischen, Schreibmaschinen, Stempel: Sch 17 710, Vorrichtung zum Aufsetzen der Bogen an Schnellketten mit Vorarbeitsgerät; J. G. Schröder u. Cie, Gießen, Düsseldorf. — Al. 21, Elektrotechnik: U 1620, Verfahren zum Betrieb mehrphasig gewickelter Wechselstrommotoren durch einfaches Wechselstrom; W. Uhde, Dresden, Wellenstr. 7.

Die zerbrochene Glasscheibe. Im Grundstück Nr. 7 in der Gartenstraße in Schönefeld hatte ein Glasmaler eben eine etwa 2 Quadratmeter große Schauseiten-Glasscheibe aufgeladen, um sie an ihren Bestimmungsort zu bringen. Die im Rahmen befindliche Scheibe lag mit ihrer vollen Breite auf dem Wagen. Oben auf dem Dache des Hauses arbeitete ein Schmied, der damit beschäftigt war, eine etwas über einen Meter lange eiserne Leiter an einer Ecke anzubringen. Durch irgend ein Versehen geschah es, daß die Leiter dem auf dem Dache Arbeitenden entglitt und auf die Straße hinunterfiel und zwar so ungünstig, daß sie in ihrer vollen Breite auf die Glasscheibe aufstieß und natürlich die Scheibe in tausend Späler verwandelte. Ein Glück war es, daß der Glasmaler, der neben dem Wagen stand, als die Leiter herabfiel, mit dem Schrein davon kam. Durch das Heraufstürzen der Leiter hätte überhaupt leicht gröbere Unglücks angerichtet werden können, da das Ereignis gerade geschah als die Kinder aus der Schule kamen.

Auf die Meldung Großener zielte die Feuerwehr gestern nachmittag in der 4. Stunde nach dem Grundstück Hahnstraße 31. Dort hatte in dem Lagerraum einer Schuhfabrik ein Geschlosser nach der Ausführung einer Reparatur beim Abziehen des Gasrohrs versehentlich die in der Nähe des Gasrohrs liegenden Warenbündel, bestehend aus Schuhen, in Brand gesetzt. Bei dem Versuche, letztere zu unterdrücken, zog sich der Mann im Gesicht und an den Händen zu erheblichen Brandwunden zu, daß er mittels Droschke in das Krankenhaus gebracht werden mußte. Der von dem Feuer verursachte Schaden soll sehr erheblich sein. Die Feuerwehr hatte bis zur vorigen Beleuchtung des Brandes eine Stunde zu thun.

Keine Polizeiabsichten. Vergangenen Dienstag erschienen in einem Grundstück der Petersstraße vier Polen verschiedener Geschäftsinhaber mit Wäschepaketen für Leute, die in dem betreffenden Hause wohnen sollten, dort aber gar nicht zu finden waren. Vermißt bat ein Betrüger die Wäsche bestellt und die Absicht gehabt, den Polen die Wäsche abzunehmen. Die Geschäftsinhaber, bei denen die Wäsche bestellt worden ist, werden erucht, bei der Kriminalpolizei Anzeige zu erstatten.

Ermittelt worden ist jener Beträger, der in den Wohnungen von Bauhandwerkern erschien und den Frauen der letzteren unter der falschen Angabe, ihre Männer seien verunglückt, Geldbezüge von 3 bis 10 Mark für Droschkentransport der angeblichen Verunglückten ablockte. Der Beträger ist ein 36 Jahre alter Zimmermann aus Böhr. Er wurde in Haft genommen.

Unter der Selbstdurchsuchung, am Abend des 14. April vor einer Meijbude auf dem Augustusplatz einer Frau das Portemonnaie mit 120 M. aus der hinteren Kleiderträgertasche gestohlen zu haben, stellte sich gestern ein 27 Jahre alter Kohlmüller aus Wohlheim in Düsseldorf hier bei Polizei. Eine Anzeige über diesen Diebstahl liegt jedoch nicht vor. Der Dieb will das Geld mit anderen verjubelt haben.

Einem hier zugezogenen Kutscher aus Böhmen wurde hier die Taschenuhr und ein größerer Geldbetrag gestohlen.

Weiterum ist ein anwaltiger Butterhändler empfindlich bestohlen worden. Der Dieb fuhr dessen Wagen von der Poststraße und des Gerichtsweges weg, entwendete die aus 81 Stückchen Butter und 12 Wandelchen bestehenden Waren und ließ den Wagen dann in der Lützowstraße stehen. Vor dem Dieb wird sorgfältig gewarnt.

Zus einer Wohnung in der Katharinenstraße ist eine goldene Dame aus mit vergoldeter Kleider gestohlen worden. Die Uhr ist auf der Rückseite A. G. graviert.

Gestern nachmittag wurde aus dem Hause eines Grundstücks der Bahnhofstraße in Q. Lubbenau ein Rover, Marke Kochs Gallo, gestohlen.

Vergangene Nacht verlädt ein steilenloser Kellner unter verschwommenen Umständen in einem Restaurant der Seehausstraße einen Dackshund zu verkaufen. Wie sich herausstellte, hat der Kellner das Tier auf der Straße an sich gelöst. Der Eigentümer des Hundes kann sich bei der Kriminalpolizei melden.

In der Bayrischen Straße fiel gestern vormittag ein Bierfaß von einem Rollwagen herunter und traf die Chefsrau eines Fleischers. Die Frau trug eine erhebliche Schwellenlösung davon, so daß sie mittels Droschke in ihre Wohnung gebracht werden mußte. Das Bierfaß ist dem Führer des Geschiess zu zuschreiben, weil er das Fahr nicht sicher verladen hatte.

Am Hopplaum zog sich gestern abend eine Frau infolge eines Gehirntritts beim Aufstieg von der Straßenbahn eine Fußverletzung zu. Die Frau wünschte sich mittels Droschke nach Hause begleitet zu werden.

Stötterich. Ein überraschender Wechsel im Klinte des bislangen Gemeindevorstandes steht bevor. Der bisherige Gemeindevorstand, Herr Michael, dessen Gesundheitszustand seit langer Zeit sehr zu tun haben will, lösen soll, hatte um Einberufung eines sechsmonatigen Urlaubs gebeten,

um seine Gesundheit in einem Seebade wieder herstellen zu können. Sowohl der Amtshauptmann als auch der Gemeinderat waren einstimmig der Ansicht, daß im Interesse der Gemeinde auf einen so langen Urlaub nicht eingegangen werden könnte. Der Gemeinderat beschloß, den Gemeindevorstand unter der Bedingung der Verzichtleistung auf irgend welche Ansprüche an die Gemeinde eine einzige Abfindungsumme von 10.000 Mark zu zahlen. Gemeindevorstand Michael erklärte sein Einverständnis hiermit und bat nur um einige Tage Zeit, um alle noch vorliegenden Arbeiten erledigen zu können. Der Gemeinderat hat hierzu seine Einwilligung gegeben. Gemeindevorstand Michael wird aber schon in den nächsten Tagen sein Amt niederlegen. Vorläufig geht die Leitung der Gemeinde an den Gemeindevorstand Paulherr über.

Es muß auffällig erscheinen, daß die Angelegenheit so plötzlich erledigt worden ist und daß der bisherige Gemeindevorstand auf die oben geschilderte Regelung unter Verzichtleistung auf seine Pensionsansprüche so bereitwillig eingegangen ist. Durch die an sich feststehende Kranklichkeit des Gemeindevorstandes wird die ganze Sache nicht hinreichend erklärt. Der Verdacht, daß hier noch etwas anderes nicht in Ordnung ist, drängt sich deshalb unabsehbar auf. Gerichtsweise verlautet auch bereits, daß der wahre Grund der Entlassung in — Gründlichkeit und Sparsamkeit zu suchen ist, die nicht nur einen erheblichen Teil der Arbeitskraft des Gemeindevorstandes absorbierten, sondern auch die Gesundheit des Herrn Michael stark beeinträchtigten. Bewunderung muß es freilich erregen, daß ihm unter diesen Umständen noch eine so hohe Abfindungs summe zufallen soll.

Sommersfeld. Unzufrieden war vor kurzem stattgehabten Konfirmation machte sich in bleicher Kirchengemeinde wegen einiger Maßnahmen des heiligen Pastors eine heftige Opposition gegen denselben geltend, die in einer Beschwerdeschrift an die Kirchenvorsteher ihren vorläufigen Abschluss fand. In dieser Beschwerde wurde betont, daß Herr Pastor Wirth die Konfirmanden nach der Anzahl ihrer Kirchensuchte gesezt hatte, ohne auf die sonstigen, in der Schule beschäftigten geistigen Eigenarten Rücksicht zu nehmen, oder zu untersuchen, weshalb dies oder jenes der betr. Kinder an einem älteren Kirchenbesuch verhindert war. Am 8. April hat nun die lgl. Superintendentur Leipzig II über diese Angelegenheit Beschluss gefasst und den Beschwerdeführern in einem Schreiben mitgeteilt, daß Herr Superintendent Dr. Michel "Gelegenheit nehmen werde, die in der Beschwerdeschrift genannten Punkte mit Herrn Pfarrer Dr. Wirth ernstlich zu besprechen". Wenn nun auch vorerst nicht abzusehen ist, was bei dieser "ernstlichen Besprechung" herauskommen wird, so ist doch das eine sicher, daß das bisherige Verfahren sein rechtes Ziel dazu beigetragen hat, daß auch die Aufführung in kirchlichen Dingen wackt. Einige hiesige Einwohner sind entschlossen, in nächster Zeit aus der Kirchengemeinschaft auszuscheiden.

Vereine und Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Verein Leipzig-West hieß am Donnerstag den 9. d. M. eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: 1. Das Parteiprogramm der deutschen Sozialdemokratie; 2. Diskussion. An Stelle des wegen Krankheit verhinderten Genossen Manfred Wittich erhielt Genosse Redakteur Joachim aus Leipzig. Referent betonte die Notwendigkeit eines festen Programms für unsere Partei und erläuterte besonders den zweiten Zett desselben. Bei dem Sage: Erklärung der Religion zur Privatsache, legte Referent den Anwesenden dar, wie die Religion zur Verbesserung der Menschheit benutzt worden und wie die Menschenheit verbessernd auf die Menschheit gewirkt hat. Beide Befall lobte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. In der Diskussion sprach sich zunächst der Vorsitzende, Genosse Schleuder, im Sinne des Referenten aus. Genosse Bloed forbore auf, aus der christlichen Gemeinschaft auszutreten und sich der deutsch-katholischen (freireligiösen) Gemeinde anzuschließen. Genosse Schleuder brachte noch ein Schriftstück zur Verlesung betreffs Gründung einer Kleinlinder-Bewahranstalt in Leipzig-Schleuder, in dem darauf hingewiesen wird, daß in dieser Kleinlinder-Bewahranstalt auf Religion und gute Sitte geachtet werden und den Kindern die nötige Gottesfürcht beigebracht werden sollte. Redner ist der Ansicht, daß den Kindern für ihr späteres Leben Nützliches gelehrt werden kann. Es wurde dann noch aufgefordert, in der Agitation für die Leipziger Volkszeitung thätig zu sein, die das einzige Organ für Leipzig ist, das die Interessen der Arbeiter vertreibt.

Veranstaltung der Modelldräger.

Die Modelldräger hielten am Sonnabend den 12. April in der Konföderia zu Lindenau eine öffentliche Versammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung schilderten die Kollegen die Verhältnisse in den Werkstätten. Durch die wirtschaftliche Krise, aber noch mehr infolge der Laubheit der Kollegen sind die Löhne fast überall geschrumpft, besonders in den Maschinenfabriken. Ausgelernte Kollegen werden mit 28–30 Pf. Stundlohn abgesetzt. In einer Fabrik hörten drei Kollegen auf, weil einem Verheiraten ein zu niedriger Lohn geboten wurde. Bei einer anderen Firma wurde ein Kollege, weil er Berliner Streikarbeiter verwelkte, gesankt. Durch das Eintreten der in dieser Werkstatt Beschäftigten wurde die Wiedereinstellung des Betreffenden bewirkt. In verschleierten Fabriken ist die Accorbarbeit vorherrschend. Es wurde diese Thatsache bedauert, weil schon im Jahre 1898 für Abschaffung der Accorbarbeit zum Teil mit Erfolg gekämpft worden ist. Die Sektionsleitung wurde beauftragt, verschiedene Werkstättsversammlungen abzuhalten, um die Kollegen wieder mehr für die Organisation zu gewinnen. Ein Antrag, die Sektionsleitung soll sich bemühen, die Fabrikarbeiter zu organisieren und der Sektion anzugehören, wurde angelehnt. Zum nächsten Punkt, Gewerkschaftliches, erstattet der Vorsitzende Bericht über den Stand der Aussperrung der Berliner Kollegen und fordert die Versammelten auf, sich ferner mit den Ausgesperrten solidarisch zu führen und Berliner Arbeit zu verweigern. An die Werkstattdellegierten sind Fragebogen gesandt worden. Die Kollegen wurden aufgefordert, diese gewissenhaft auszufüllen. Auch die am 25. April tagende Holzarbeiterversammlung muß von den Kollegen gut besucht werden.

Eine öffentliche Büttcherversammlung, die am 12. April in Stadt Gotha abgehalten wurde, nahm einen Vortrag des Genossen Mohr über die Bedeutung des 1. Mai entgegen. Der Redner beleuchtete die Stellung des Bürgertums und der Jungen und kam auf die Arbeiterlungenfrage zu sprechen, wobei er behörden betonte, daß das den Arbeitern gewährte Recht zumindest nur auf dem Papier stehe. Der Referent erwähnte allgemeinen Befall. Hierauf wurde beschlossen, daß sich die arbeitslosen Kollegen am 1. Mai früh 8 Uhr in Stadt Gotha einzufinden haben, um sich an dem gemeinsamen Spaziergang nach Südtirol zu beteiligen. Den Arbeitslosen wird pro Person 1,50 M.

Unterstützung bewilligt. Ein Schriftstück, in dem mitgeteilt wird, daß die Brauer, Böttcher und Brauerarbeiter den 1. Mai als Feiertag begehen, ist den Brauereibürgern zugestellt worden. Die Anträge zur Generalversammlung des Centralverbandes der Böttcher wurden einstimmig angenommen. Kollege Hoffmann kam nochmals auf das Wintervergnügen zu sprechen. Ferner wurde auf das gleichgültige Verhalten der Kollegen in einem hiesigen Geschäft hinweisen. Die Lage der Betreffenden würde sich günstiger gestalten, wenn sie selbst mehr Ehrigkeit pflegen würden. Vor allem sollten sie danach streben, den 1. Mai zu feiern, und in Zukunft auch die Versammlungen besser besuchen. Eine recht lebhafte Debatte entwickelte sich noch bezüglich der Werkstatt des Herrn Hoholz. Die hier beschäftigten Kollegen glänzen aber alle durch Abwesenheit. Weiter kamen die Verdünnsätze in einer Sägemühle zur Sprache. Infolge verschiedener Vorwürfe wurde die Agitationsskommission der Firma vorstellig, wodurch der Missstand beseitigt und unser Arbeitsnachweis anerkannt wurde. Ein durch letzteren vermittelte Kollege wurde jedoch nicht angenommen, weil er zu alt sei. Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Kollegen, die dem Centralverein, jedoch seiner Krankeklasse angehören, Mitglied der Fahnenfasse werden können. Eine Fahnenfassendeprecation findet Sonntag den 4. Mai nachmittags 4 Uhr in Stadt Gotha statt.

Der Krieg in Südafrika.

Aus Krüppingers Prozeß.

Reuters Bureau meldet aus Graaff-Reinet, daß am 7. April bei den Verhandlungen gegen den Burendührer Krüppinger der Staatsanwalt, als Zeuge aufgerufen, einen Brief vorlegte, der von britischen Truppen aufgesaugt und von Krüppinger an Scheppers gerichtet war, und in dem Krüppinger das Vorgehen Scheppers bereits der Niederbrennung von Häusern im Caledon-Distrikt bedauerte und sich im allgemeinen als humaner Mann erwies. Der Gerichtshof sprach absonst den Gefangenen von allen vier Anschuldigungen wegen Mordes frei. Der Gefangene ging hierauf hinaus, er wurde jedoch sofort zurückgebracht, und jedes Mitglied des Gerichtshofes einschließlich des Staatsanwalts schüttete ihm die Hand.

Von Nah und Fern.

Ein auffallender Diebstahl.

Kiel, 16. April. Wie die Kieler Zeitung meldet, wurde eine aus dem Hafenschiff Friedrich Karl gestohlene Kassette am Dienstagmittag erbrochen in einem für das Linien Schiff Kaiser Karl der Große bestimmten Kohlenleichter aufgefunden. Der Inhalt der Kassette im Betrage von 500 Ml. Kommandogelder war verschwunden, einige Sparflossenbücher fanden sich in der Kassette vor. Die Kassette war in der Nacht vom 7. zum 8. d. M. aus der Raumr der Bahnmeisters gestohlen worden.

Eisenbahnmöglichkeit.

Hamburg, 16. April. Beim Eiliglitterschuppen des Hauptbahnhofs wurden heute morgen 11½ Uhr drei Stredenarbeiter von einem Auto erfaßt und schwer verletzt. An dem Auftreffen von zwei Verunglücken, denen Gleismähen vom Körper gerissen wurden, wird gezwitschelt. Den Verunfallten wurde sofort Notverband angelegt; sodann wurden sie in Traglärben nach dem Krankenhaus geschafft.

Ein sensationeller Mord.

Oldenburg, 16. April. Erstochen hat heute früh der Bankier Bruns jun. den Oberamtmäthler Becker in dessen Wohnung. Becker, dem die Klinge in den Kopf drang, war sofort tot. Bruns wurde verhaftet. Die That ist augenscheinlich ein Racheakt. Der Oberamtmäthler Becker lebt in der letzten Zeit Prozesse gegen Bruns, welcher der Inhaber der Oldenburger Vereinsbank ist.

Durch Blitzaufzug entzündet.

Charleroi, 16. April. In der vergangenen Nacht brach in der Glassfabrik von Courcelles Feuer aus, welches heute vormittag noch anbaute. Die Magazine sind mit ihrem Inhalt zerstört; in denselben befanden sich 20 Waggons Glas, die zur Abförderung nach Ausland bestimmt waren. Der Brand war durch einen Blitzaufzug hervorgerufen.

Wieder ein Grubenunglück in Britz!

Brüg, 16. April. Die Brüger Bergbaugesellschaft stellt in dem Gemeindegebiete Komintern einen zum Mathildenschacht gehörenden Aufschacht her. Heute früh erfolgte oberthangs bei den Aufführungen der Arbeiter zu demselben eine Dynamitexplosion, wahrscheinlich infolge unrichtiger Handhabung der Bündung. Ein Arbeiter und sechs Arbeiter wurden schwer verletzt.

Letzte Nachrichten.

ob. Warschau, 17. April. Der Gouvernementssekretär Skłop wurde vergangene Nacht auf der Fahrt nach Rumänien von Studenten der Warschauer Universität erschossen. Der Mörder wurde in Bełz verhaftet.

ob. Lemberg, 17. April. Verschiedenen Privatnachrichten aus Petersburg nach sind 150 Studenten der kaiserlichen Universität unter dem Verdacht der Mittäterschaft an der Ermordung des Ministers des Innern gestern abend verhaftet und in die Peter-Paul-Festung interniert worden.

Frieskästen der Redaktion.

N. d. H. Selbstverständlich erwarten wir auch Angabe der Adresse, jumal Ihr Name im Adreßbuch nicht verzeichnet ist. Senden Sie auch ein Exemplar des betreffenden Blätterblattes mit ein.

Auskunft in Rechtsfragen.

Angaben in Rechtsangelegenheiten ist die letzte Abonnementsquittung beizufügen, sonst bleiben dieselben unbeantwortet.

R. G. Leipzig. 1. Zu den Kosten nicht, wohl aber ebenso für den Unterhalt im Gefängnis. 2. Ja, wenn entbehrlid; die Kleidungsstücke sind doch in den Westen Ihrer Frau übergegangen, falls Sie sich nicht ausdrücklich das Eigentumsrecht vorbehalten haben.

3. Beamten Amtsgericht.

G. G. Gödöllö. Eine mindestens einjährige Mietsbauer gilt nur in den Fällen, wo eine mehrjährige Mietsdauer von vornherein beabsichtigt war, ohne daß hierüber aber ein schriftlicher Vertrag zu stande gekommen ist. Im übrigen ist die einjährige Mindestdauer gesetzlich nicht vorgeschrieben.

für die nächste Sonnabend-Nummer, die in erhöhter Auflage erscheint, werden bis Freitag abends 6 Uhr erbeten.
Die Expedition.

17. April

Berksamungskalender.

Donnerstag: Partei-Versammlung, Vanvesen, Abends 8 Uhr. Naturheilverein Brücknitz, Abend, pfer. Etat, Abends 8 Uhr. Verein für Gesundheitspflege vorz. nützliche Heilweise in Neukirch, Neukirch, Dreikirchen, Ringstr. Abends 8 Uhr. Naturheilverein, Beispiel 21. Villen Hof, Stotternhoferstrasse, Abends 8 Uhr. Freitag: Holzarbeiter, Mara, Windmühle, Abends 8 Uhr. Stellmacher, Coburger Hof, Windmühlenstraße, Abends 8 Uhr.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Donnerstag den 17. April: 90. Abonnement (8. Serie, weiß). Neu einstudiert: **König Heinrich IV.** (1. Teil.)

Historisches Drama in 5 Aufzügen von Shakespeare. Nach Schlegels Übersetzung für die Bühne bearbeitet von Franz Dingelstedt. Regie: Ober-Akademiker Adler.

August Heinrich IV. hr. Borckenhoff
Heinrich, Prinz von Wales } Söhne des Königs hr. Keitel
Johann, Prinz von Lancaster } hr. Weisse
Graf von Westmoreland } hr. Friede
Sir Walter Blunt } Freunde des Königs hr. Walter
Graf von Worcester } hr. Löwen
Graf von Northumberland } hr. Krause
Heinrich Percy mit dem Namen } Gegner des hr. Taeger
„Holinshaus“, sein Sohn } Königs hr. Greiner
Archibald, Graf von Douglas } Otto
Sir Richard Vernon } Ernst Müller
Sir John Falstaff } Gottlob
Poins } Walther
Godolphin } Falstaffs Gefolgen hr. Weddhor
Borbond } hr. Probst
Ein Sheriff } hr. Schumann
Franz, Ritter } hr. Henning
Ein Page Heinrichs } hr. Henning
Erster } Weißer
Zweiter } Kaiser
Der Wirt } hr. Kötter
Ein Kärtner } hr. Henning
Ladislaus } hr. Baus
Franz Kurgus, Wirtin einer Schänke in Gostkay } hr. Busse
Edle, Krieger, Gefolge, Pagen des Königs, Leutnants, Dienerschaft. Ort der Handlung: Alt 1, 2, 3 in und bei London, Alt 4 und 5 in der Nähe der Stadt Shrewsbury. — Zeit 1402–1408.
Pause nach dem 2. Akt.
Eintritt 7½ Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 8½ Uhr. Spielzeit.

Billet: Verkauf an der Tagesschafft von 10–8 Uhr. Billett vorverkauf für den nächsten Tag von 1–8 Uhr. (Jedes Billett, welches vor Eröffnung der Tagesschafft bestellt oder im Vorverkauf erworben wird, kostet 80 Pf. Aufgeld.)
Spielplan: Freitag: Die Hadermanns. Anfang 7 Uhr. Sonnabend: Samson und Dalila. Anfang 7 Uhr.
Altes Theater.
Donnerstag den 17. April:
Die Geisha oder: Eine japanische Theschaus-Schlacht. Operette in 3 Akten von Owen Hall. Musik von Sidney Jones, Deutscher von C. W. Höhne und Julius Friedland. Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Kapellmeister Meyer. Wünsch, ein Chines, Eigentümer eines Theaters hr. Schüll Marquis Imai, Polizei-Präsident und Gouverneur einer japanischen Provinz hr. Gross Lieutenant Katana von der Kaiserl. japanischen Armee hr. Heine Lieutenant Negrinald Fairfax Lieutenant Bronville } Offiziere S. W. S. hr. Sturmhövel Lieutenant Cunningham } Schildträte hr. Keller Lieutenant Grimston } Ladis Constance Wyne, eine englische Lady, welche mit ihrer Tochter die Welt bereist } hr. Barthold Molly Seamount } ihre Freunde } hr. Linda Edith Grant } Juliette, eine Französin, im Theschaus als The-mädchen angestellt } hr. Dallhoff Oktto San, Gelisa, Sängerin } hr. Siegmund-Wolf Oktto San, Christanthemum } hr. Kleining Nana San, Blüte } hr. Wahle Oktto San, goldene Harze } Geishas } hr. Melchold Komurasaki San, Besucher } hr. Möhrz Talemimi, Polizeisergeant } hr. Unger Ein Seeleffett } hr. Schneider Zwölfter } Käuter } hr. Ritter Ein Offizier } hr. Weißhorn Ein Kuss } hr. Schröder Dienstboten der Geisha. Zusätzl. Japaner. Japanerinnen. Woden. Zeit: Die Gegenwart. — Ort: Japan. Vorlommende Dinge, Gruppierungen und Evolutionen arrangiert vom Hof-Ballettmäst. G. Golnelli. Pause nach jedem Akt.
Eintritt 7½ Uhr. Anfang 8 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Spielzeit. Billett: Verkauf an der Tagesschafft von 10–8 Uhr. Billett vorverkauf für den nächsten Tag von 1–8 Uhr an der Tagesschafft (mit Aufgeld von 80 Pf. pro Billett). Spielplan: Freitag: Die Haubenterche. Anfang 7½ Uhr. — Sonnabend: Alt-Hidelberg. Anfang 7½ Uhr.
Küchenzettel der häufigen Speiseanstalten.
Freitag:
Speiseanstalt I (Johannisplatz): Gelbe Erbsen mit Schweinesülze. Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Sauerkraut u. Kartoffl. mit Petersfleisch.

Zur gefälligen Beachtung!

Von einigen Filial-Inhabern und Aussträgern wird darüber gellagt, daß die Abonnementsbeiträge zuviel erst gegen Ende des Monats eingehen. Wir machen die verehrlichen Lefer darauf aufmerksam, daß der Abonnementsbeitrag im voraus zu bezahlen ist, und daß unsere Aussträger und Filialen-Inhaber gehalten sind, Mitte des Monats abzurechnen.

Die Expedition.

Das Auskunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall-, Alters- und Invalidenrenten befindet sich im Coburger Hof, Windmühlenstraße 11, 1. Etage.

Gratis-Inserate für die Sonnabend-Nummer werden nur bis Freitag mittag angenommen.

Inserrate

2. Beilage zu Nr. 87 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag, 17. April 1902.

Reichstag.

106. Sitzung. Mittwoch den 16. April 1902, 1 Uhr.

Um Punkt einschlägig: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung der Gewerbeordnung wird fortgesetzt

bis 8.56.

S. 56 regelt die Fälle, in denen der erkrankte oder verletzte Schiffsmann die Heuer bezahlt und bestimmt: "Für die Dauer des Aufenthaltes in einer Krankenanstalt gebührt dem Schiffsmann seine Heuer. Hat er aber Angehörige, deren Unterhalt er bisher überwiegend aus seinem Heuerverdiente bestreitet hat, so ist ein Viertel des Heuer zu zahlen. Die Zahlung kann unmöglich an die Angehörigen erfolgen."

Ein Antrag Albrecht (Soz.) will, daß auch dann ein Viertel der Heuer an die Angehörigen gezahlt werde, wenn der Schiffsmann ihren Unterhalt "ganz oder teilweise" auf seinem Heuerverdiente bestreitet hatte.

Abg. Meissner (Soz.): Die Fassung der Kommission ist erst in der zweiten Sitzung zu Stande gekommen, sie bedeutet eine Verschlechterung gegenüber der früheren Fassung, deren Wiederherstellung wir beantragen. Der Nachweis, daß die Angehörigen ihren Unterhalt bisher überwiegend aus dem Heuerverdiente des erkrankten Schiffsmannes begogen haben, wird in den meisten Fällen schwer zu erbringen sein. Ich bitte um Annahme unseres Antrages.

Unterstaatssekretär Rothe polemisiert gegen den Antrag Albrecht. Die Falle würde sein, daß, wenn ein Seemann zum Unterhalt einer Tante auch nur ein klein wenig beitragen hätte, dieser ein Viertel des Heuer gezaht werden müsste.

Abg. Lenzenmann (frei. Vp.): Die Fassung der Kommission gestattet mir weniger, als der sozialdemokratische Antrag. Das Wort "überwiegend" ist ein recht behinbarer Begriff.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) wünscht eine Erlösung der Regierung darüber, ob unter "Angehörige" auch die im Volksmund als Angehörige angesehenen Personen, also auch die Braut und das uneheliche Kind des Schiffsmannes zu verstehen sind.

Unterstaatssekretär Rothe erklärt, daß hier auch die nach dem allgemeinen Sprachgebrauch als Angehörige angesehenen Personen gemeint sind.

Die Abg. Albrecht (Centr.) und Stockmann (Reichsp.) erklären sich für die Kommissionsfassung.

In der Abstimmung wird der Antrag Albrecht angenommen. (Dafür stimmen die Sozialdemokraten, Freisinnigen und Antisemiten.) S. 56 wird mit dieser Abänderung angenommen.

Nach S. 57 hat der erkrankte Schiffsmann keinen Anspruch auf Heilbehandlung und Heuer, wenn er sich die Krankheit durch eine strafbare Handlung zugezogen hat.

Die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, diesen Paragraph wie folgt zu fassen: "Dem Schiffsmann, welcher sich die Krankheit oder Verletzung vorsätzlich oder durch schuldhafte Teilnahme bei Schlägereien oder Raufständen oder durch Trunksüchtigkeit zugezogen hat, kann für diese Krankheit oder Verletzung der Anspruch auf Heuer ganz oder teilweise versagt werden.

Die Verfassung findet jedoch nur statt auf Grund der vorläufigen Entscheidung des Seemannsamtes, in dessen Bezirk sich der erkrankte Schiffsmann befindet."

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Wird unser Antrag nicht angenommen, so wird der Kaplan oder Amtsgericht zum Ankläger, Richter und Vollstreckungsbeamten in derselben Sache gemacht. Unser Antrag entspricht genau dem entsprechenden Passus im allgemeinen Krankenversicherungsgesetz.

Unterstaatssekretär Rothe: Gegen den zweiten Absatz des sozialdemokratischen Antrages habe ich nichts einzubringen. Der erste Absatz übernimmt allerdings eine Bestimmung des Krankenversicherungsgesetzes, aber unvollständig, denn auch im Krankenversicherungsgesetz ist außerdem von strafbaren Handlungen die Rede. Ich bitte Sie daher, diesen ersten Absatz des Antrags abzulehnen.

Abg. Lenzenmann (frei. Vp.) erklärt gleichfalls, gegen den ersten Teil des Antrages Albrecht stimmen zu wollen.

Nochmals Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) nochmals den sozialdemokratischen Antrag vertheidigt; wird der Antrag Albrecht abgelehnt und S. 57 in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso S. 58 ohne Diskussion.

S. 59 gibt Vorschriften für die Behandlung des am Bord verstorbenen Seemanns und bestimmt: "Die Art der Bestattung muß den Gegebenheiten entsprechen."

Dieselbe wird angenommen, ebenso die §§ 60 bis 63.

§ 64 gewährt dem Schiffsmann Anspruch auf freie Rücksiedierung und halbe Heuer, wenn das Schiff durch Aufall verloren geht.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, dem Schiffsmann in diesem Falle die ganze Heuer zu gewähren.

Nochmals Abg. Lenzenmann (frei. Vp.) für dieses Antrag gestimmt; wird derselbe abgelehnt und S. 64 in der Kommissionsfassung angenommen.

S. 65 nennt als Fälle, in denen der Kaplan den Schiffsmann vor Ablauf der Dienstzeit entlassen kann, neben Untauglichkeit, groben Dienstvergehens, Diebstahl usw. unter Biffer 4, "wenn der Schiffsmann durch eine strafbare Handlung eine Krankheit oder Verletzung sich zusätzt, die ihn arbeitsunfähig macht". Die Sozialdemokraten beantragen, daß die Entlassung nur erfolgen kann, wenn der Schiffsmann durch eine nach dem Reichsstrafgesetzbuch strafbare Handlung sich eine Krankheit zusätzt. Dieser Antrag wird abgelehnt; angenommen dagegen wird ein Antrag Dr. Stockmann, der neben den in Biffer 4 gestatteten Entlassung wegen einer mit Todesstrafe bedrohten Handlung auch fest wegen einer mit Todesstrafe bedrohten Handlung. Der so veränderte S. 65 wird in der Kommissionsfassung angenommen, unverändert S. 66.

S. 67 spricht dem Schiffsmann, wenn er aus anderen, als den in S. 65 angeführten Gründen vor Ablauf des Dienstvertrages entlassen wird, die Heuer für einen Monat unter Rechnung der Harts und Vorrichtung gelten.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.) begründet einen sozialdemokratischen Antrag, der statt der Worte "unter Abrechnung der empfangenen Harts und Vorschüttelte" setzen will: unbefriedet seiner etwaigen weiteren Anprüche nach S. 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, um so Schiffsmale den gewerblichen Arbeitern gleichzustellen. Dieser Antrag wird abgelehnt und S. 67 in der Kommissionsfassung angenommen; ebenso beobachtet S. 68.

S. 69 nennt als Fälle, bei denen der Schiffsmann seine Entlassung fordern kann, unter Nr. 4: Wenn das Schiff nach einem Hafen bestimmt ist oder einen Hafen anlaufen soll, aus welchem schon zur Zeit der Annäherung die Einf- und Durchfuhr von Waren und Gebrauchsgegenständen auf Grund des Gesetzes zur Bekämpfung gefährlicher Krankheiten verboten oder beschränkt ist, sofern nicht der Schiffsmann sich in Kenntnis dieses Hafens und des Erlasses der vorerwähnten Bekanntmachung hat annäheren lassen. Unter Nr. 5: Wenn sich der Schiffsmann zu einer Prüfung vorbereitet oder eine Kapitänsanstellung annehmen will, falls er einen Erzähmann stellt. In Nr. 4 beantragen die Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) einzufügen: "hinter die Worte „beschränkt ist“ „aber auf der Annäherung verboten oder beschränkt wird“ und statt „dieses Hafens“ „dieser Hafen.“

Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.) beantragt, Nr. 4 folgendermaßen zu fassen: "Wenn das Schiff nach einem Hafen bestimmt ist, oder einen Hafen anlaufen soll, der schon zur Zeit der Annäherung durch Pest, Cholera oder Gelbsucht verboten war, sofern nicht dem Schiffsmann bei der Annäherung dieser Hafen und die Verseuchung mitgeteilt worden ist. Als verzeucht im Sinne dieser Vorschrift gilt ein Hafen, in dem ein Pest, Cholera oder Gelbsucht vorhanden ist."

Abg. Lenzenmann (frei. Vp.) beantragt, der Biffer 4 folgenden Satz hinzuzufügen: "Der Entlassungsgrund fällt fort, wenn während der Reise die amtliche Aufhebung des Einf- und Durchfuhrverbotes oder der Beschränkung erfolgt."

Für den Fall der Annahme des Antrages Albrecht beantragt ferner Abg. Lenzenmann: "Unter den Wörtern „hat anmustern lassen“ die Worte hinzuzufügen: „aber nach Annäherung des während der Reise erfolgten Erlasses der Bekanntmachung auf den Entlassungsgrund (schriftlich) verschlägt.“ Der Verzicht ist in das Schiffsmannbuch eingetragen."

Schließlich beantragt Abg. Lenzenmann für den Fall der Annahme des Antrages Stockmann folgenden Zusatz: "Der Entlassungsgrund fällt fort, wenn während der Reise der Hafen amtlich für seuchenfrei erklärt wird."

Bei Biffer 5 beantragt die Abg. Albrecht u. Gen. (Soz.) noch, dem Schiffsmann das Recht zu geben, gegen Stellung eines Erzähmannes seine Entlassung zu forbaren, "wenn er den Beruf wechseln will."

Abg. Schwarz-Albrecht (Soz.): Man kann unmöglich verlangen, daß jeder Seemann davon unterrichtet ist, welche Häfen verboten sind, wie das die Kommissionsfassung voraussetzt. Der Reeder kann den Schiffsmann darauf auffordern machen. Von diesem Grundsatz geht unter Antrag aus. Das norwegische Gesetz enthält eine unserer Antrag entsprechende Bestimmung. Redner bittet um Annahme der sozialdemokratischen Anträge.

Abg. Lenzenmann (frei. Vp.) begründet seine Anträge und bittet um Annahme derselben.

Abg. v. Savigny (Centr.) beantragt für den Fall der Annahme des Antrags Stockmann an Stelle der vom Abg. Lenzenmann beantragten Fassung folgenden Zusatz: "Der Entlassungsgrund fällt fort, sobald die Verleugnung aufgehört hat."

Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.): Werden die Kommissionsfassung angenommen, so wären die Seemeute gerade in dem für sie wichtigsten Falle, nämlich gegen Gelbsucht nicht geschützt. Diese Sicht will mein Antrag ausfüllen. Den Antrag Lenzenmann halte ich deshalb für unannehmbar, weil bei Gelbsucht eine amilite Erklärung des Auskürens der Seuche überhaupt nicht erfolgt. Für au weitgehend zu sein ist es, wenn dem Schiffsmann auch das Recht zusteht, den Dienst aufzugeben, wenn nach Ablauf der Reise die Seeche ausbricht. Das wäre eine zu große Belastung der Reeder. Ein Schiff könnte danach während der Reise von der ganzen Mannschaft verlassen werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der sozialdemokratische Antrag ist ganz unannehmbar. Wenn wir ein solches Präjudiz schaffen, könnte es im Falle einer Epidemie zur Auflösung aller öffentlichen und privaten dienstlichen Verpflichtungen kommen. Ich empfehle Ihnen die Annahme des Antrages Stockmann und außerdem noch den Zusatzantrag Lenzenmann mit dem Amendement v. Savigny.

In der Abstimmung wird der Antrag Stockmann mit dem Zusatzantrag v. Savigny gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Die Anträge Albrecht werden abgelehnt, S. 69 in der so veränderten Kommissionsfassung angenommen.

S. 71 regelt die Ansprüche im Falle der Entlassung aus Gründen des S. 69. S. 70 wird deobachtlos in der Kommissionsfassung angenommen.

Ein Antrag Dr. Stockmann (Reichsp.) will diese Ansprüche weiter einschränken und für den Fall, daß der Schiffsmann das Schiff verlässt, weil es in einem verzeuchten Hafen einläuft, dem Schiffsmann nur die Heuer für einen Monat unter Rechnung des etwaigen Vorschusses, aber nicht den freien Rücktransport gewähren.

Unterstaatssekretär Rothe bittet um Annahme des Antrags Stockmann. Die Kommissionsfassung würde eine zu große Belastung der Reeder bedeuten.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Der Antrag Stockmann bedeutet eine weitere Rücknahme auf den Profit der Reeder. Nach Annahme des Antrags würde der Seemann in einem verzeuchten Hafen zwar das Recht haben, das Schiff zu verlassen, aber nicht die Möglichkeit dazu, da ihm das Recht, die Rückförderung zu verlangen, durch diesen Antrag genommen werden soll.

Kapitän: Zur See Schmid tritt für den Antrag Stockmann ein. Die Kommissionsfassung bedeutet die Rücknahme auf einen einzelnen zu Ungunsten einer Gesamtheit der Passagiere. Diese könnten in die größte Gefahr kommen, wenn das Schiff plötzlich von der Mannschaft verlassen werden kann. Daher darf hier nicht noch eine Brücke auf das Verlassen des Schiffes in Gestalt des Rechts auf Rückförderung gesetzt werden.

Abg. Dr. Herzfeld (Soz.): Der Herr Regierungsbefreiter hat bestätigt, was ich gesagt habe. Die Leute sollen verhindert werden, in die Heimat zurückzukehren.

Abg. Wolfenbüttel (Soz.): Dadurch, daß man diesen Schiffsmänten das Recht nimmt, in die Heimat zurückzufördern zu werden, indringt man sie doch auf fremde Schiffen Dienst zu nehmen und verneidet so den Mangel an Mannschaften für die deutsche Marine. (Schreibt richtig! bei den Soz.)

Der Antrag Stockmann wird hierauf gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt und S. 71 in der Kommissionsfassung angenommen.

S. 72 und 73 werden in der Kommissionsfassung angenommen, bezüglich die §§ 74–78.

Hieraus verlässt das Haus die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 5½ Uhr.

43. Sitzung der Bollwerkskommission.

(Eigenerdigkeit der Leipziger Volkszeitung.)

Berlin, 16. April 1902.

Immer neu quellen Wünsche aus dem vorne agrarischer Beschleunigung, den Graf Posadowsky zu verhindern vergeblich sich bemüht. Alles, was auf dem agrarischen Mist wächst, blüht, grün oder gackert, soll den rassigeren Jägern und Großgrundbesitzern höhere Einkünfte bringen. Natürlich soll ihnen das Höhenviertel "goldene Els" legen und auch als "Huhn im Loppe" noch möglichst eindrücklich sein. Deshalb beantragt der Agent des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, einen höheren Zoll für Höhenviertel aller Art und sonstiges Federvieh 8 Mr. pro Doppelpfenniger statt 6 Mr. in der Regierungsvorlage, die außerdem für Gänse 70 Pfennige pro Stück oder 24 Mr.

Beuel geht dieser Bollwerker der arg zu Seite und begründet mit eingehenden Darlegungen über die Rückständigkeit der Federviehzucht, über die Notwendigkeit der Einfuhr von Federvieh, speziell Gänzen, und über die Notwendigkeit der agrarischen Bollwerkberungen den sozialdemokratischen Antrag auf Bollfreiheit, v. Wangenheim meint, daß die Federviehzucht nicht rentabel sei; höchstens der kleine Besitzer und Arbeiter in Städten (Gleichen) könnten mit einzigen Nutzen Federvieh züchten, deshalb beantragt dieser frischgebackene Arbeitervriend höheren Zoll. Gegen diese Erhöhung polemisiert Gehérnkratz Vermuth, der die Sahe des Entwurfs für genügend "schwätzlicher" hält. In der Abstimmung wird ausnahmsweise der Antrag Wangenheim abgelehnt und die Negationsvorlage angenommen.

Die Interessen der gesamten wirtschaftlichen Bevölkerung werden besonders schwer getroffen durch den Zoll auf Fleisch und Schweinespeck, den die Regierungsvorlage schon stark erhöht, noch mehr aber der Kommoditätsantrag. Natürlich rief dies eine lebhafte, andauernde Debatte hervor, in der zunächst Genossen Abg. Albrecht und Genossen (Soz.) eingefüllt: "hinter die Worte „beschrankt ist“ „aber auf der Annäherung verbieten oder beschränkt wird“ und statt „dieses Hafens“ „dieser Hafen.“

Abg. Dr. Stockmann (Reichsp.) beantragt, Nr. 4 folgendermaßen zu fassen: "Wenn das Schiff nach einem Hafen bestimmt ist, oder einen Hafen anlaufen soll, der schon zur Zeit der Annäherung durch Pest, Cholera oder Gelbsucht verboten war, sofern nicht dem Schiffsmann bei der Annäherung dieser Hafen und die Verseuchung mitgeteilt worden ist. Als verzeucht im Sinne dieser Vorschift gilt ein Hafen, in dem ein Pest, Cholera oder Gelbsucht vorhanden ist."

Graf Posadowsky erklärt bezüglich des Verbotes der Anwendung vor Vorläufe zur Fleischkonservierung, daß die betreffende Abteilung des Reichsgesundheitsamtes einstimmig das Verbot gefasst habe. Trotzdem die Regierung durch ihre Zollsätze selbst zur Ausweitung des Volkes beiträgt, wendet sich der Staatssekretär gegen die noch höheren Forderungen der Agrarier. Der Centrausunternehmer Herold behauptet dagegen breit, die Kommoditätsverbote beschränke sich hauptsächlich auf die Verjüngung von Getreide, Fleisch und Bier, da dies ausschlaggebend für die Landwirtschaft sei.

Da der Speck ein Hauptnahrungsmittel des Volkes sei, habe die Mehrheit den geringen Zoll von 24 Mr. pro Doppelpfenniger gefordert, obgleich die Landwirtschaft gerade unter der Einfuhr dieses Produktes leide. Großmütig nimmt so die Spalte der Nahrungsmittelwiederer auf die Interessen der Arbeiter Rücksicht – wenigstens behauptete dies der Überzeugt Herold.

Stadttagen begründet den Antrag auf Bollfreiheit für die Positionen 111 und 112.

Beuel geht näher auf das Verbot der Vorläufe ein. Tresset zu, was die Presse über das Verbot enthüllt habe, dann handelt es sich um eine überlegte Handlung zu Gunsten der Agrarier, auf die von Amerika stark reagiert werde und unsere handelspolitischen Beziehungen verschlechtern. Redner erklärt sich auf älteren Schiedensteine gegen die künstliche Vertreibung des Fleisches. Die Agrarier stellen doch nur höhere Zollsätze auf, um später bei etwaigen Abschlüssen von Handelsverträgen immer noch zu erhalten, als ihnen der Entwurf schon zuspreche.

Der Staatssekretär Graf Posadowsky bleibt bezüglich des Bolläuferverbots bei seiner Erklärung stehen; er habe sich verpflichtet gefühlt, auf Grund des technischen Gutachtens des Reichsgesundheitsamtes so vorzugehen.

In der Abstimmung werden dann die Anträge der Mehrheit mit den höchsten Zollsätzen zu den Positionen 107, 111 und 112 angenommen; ebenso die Änderungen zu Position 107.

Zur Geschäftsförderung ergreift dann Beuel das Wort und provoziert die Mehrheit zu einer Erklärung über ihre Absichten. (Wir berichten darüber im Haupblatt.)

Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

Position 106 des Regierungsentwurfs steht für Federvieh: Gänse, einem Zoll von 70 Pf. pro Stück oder 24 Mr. für einen Doppelpfenniger fest; Höhenviertel aller Art und sonstiges Federvieh 6 Mr. pro Doppelpfenniger.

v. Wangenheim v. (Konservative und Nationalliberalen) beantragt:

Höhenviertel aller Art und sonstiges Federvieh 16 Mr. pro Doppelpfenniger.

Die Sozialdemokraten beantragen: Bollfrei.

Position 107, Fleisch, einschließlich des Schweinespecks, und gekochte Eingeweide von Vieh (ausgenommen Federvieh): frisch, auch gefroren 80 Mr. pro Doppelpfenniger

einfach zubereitet 75</

mit einem Deficit abschließe. Jetzt habe sich der sächsische Staat seinen Kredit ungeschmälert erhalten, ob das aber so bleibe, wenn wieder eine Auleide notwendig werde und man Jahr für Jahr mit einem Deficit abschließe, sei mindestens sehr fraglich. Wenn die Deputation hervorhebe, daß Sachsen nach Inkrafttreten des neuen Einkommensteuergeiges die schärfste Progression habe von allen übrigen Ländern, so müsse man auch die übrigen in Betracht kommen den Verhältnisse berücksichtigen. Sachsen habe z. B. auch den stärksten Bevölkerungszuwachs; durch diesen werde aber gerade der Tell des Volkes vermehrt, der wohl große Ansprüche an den Staat stelle (?), aber nichts Kennwertes für den Staat leiste (1). Wenn man, so führe der Minister weiter aus, sich schon nicht mit allen Bestimmungen des Einkommensteuergeiges befreunden könne, so sollte man wenigstens doch nicht zu der alten Skala zurückkehren, deren Unzutrefflichkeit bewiesen sei und dem bei weitem nicht entspreche, was in anderen Staaten schon längst erhoben werde. Zum Schluß betonte der Minister nochmals, daß die Vorschläge der Deputation für die Regierung unannehmbar seien.

Dem Finanzminister folgte der ehemalige Leipziger Oberbürgermeister Georgi, der zahlenmäßig nachzuweisen verlacht, daß die Verschlechterung der Finanzlage nicht vorübergehend, sondern die natürliche Folge davon sei, daß die Ausgaben weit schneller gewachsen seien als die Einnahmen. Wenn man Einnahmen und Ausgaben gegenüberstelle, so ergibt sich immer ein Deficit von rumb 16 Millionen. Da die Hauptinnahmequelle für Sachsen aber die direkten Steuern seien, müsse man hier einsehen, wenn man die Einnahmequellen des Staates verneinen wolle. Er schreite vor einer Progression bis 5 Prozent nicht zurück, sondern schlage vor, sich den Beschlüssen der 2. Kammer anzuschließen.

Nun folgten einige Redner, die sich in mehr oder minder versteckter und vorstichtiger Weise gegen die Einkommensteuer in der neuen Gestalt aussprachen. So Sahrer v. d. Sahr, Graf Rez u. a., während der Finanzminister noch einen Versuch zur Rettung unternahm und dabei betonte, daß unsere Finanzlage noch genau so beschafft wäre, wie sie in der Denkschrift für die Steuerreform geschildert worden sei.

Die Abstimmung ergab schließlich das bereits gemeldete Resultat. Ein Antrag Georgi, sich den Beschlüssen der zweiten Kammer anzuschließen, wurde gegen 9 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag der Deputation angenommen, die neue Einkommensskala mit der Progression von 5 Prozent und der Erhöhung der Steuer um 25 Prozent abzulehnen, dagegen die alte Skala unter Wegfall der Horizontale anzunehmen. Damit war der Entwurf gefallen.

Aus den sonstigen Verhandlungen erregte noch die Erörterung über den Kindervergabesatz Interesse. Die Deputation hatte die bekannte Vergabung für kinderreiche Familienwäter, wonach für je ein Kind 50 Pf. vom Einkommen steuerfrei bleiben sollten und bei mehr als drei Kindern der betreuende Familienwäter um eine Klasse bei der Einschätzung zurückgesetzt werden sollte, angenommen. Dagegen wandte sich der Finanzminister Dr. Rüger in folgendem bemerkenswerten Ausführungen: Wer Kinder habe, solle sich auch der Pflicht unterziehen, sie zu erziehen. Wir haben keine Veranlassung, die Spartaner zu spielen und die Kosten der Kindererziehung auf den Staat zu übernehmen (!). Die Wirkung dieser Bestimmung habe man in der Deputation der zweiten Kammer unterschätzt. Man habe mit einem Steuerausfall von $\frac{1}{4}$ Million gerechnet. Die von der Regierung angestellten Erörterungen aber hätten ergeben, daß der Ausfall mindestens 1½ Millionen betrage. Durch in Dresden und der Umgebung unternommene Stichproben sei festgestellt worden, daß eine Ermäßigung von 9 bis 11 Prozent eintreten werde.

Der Berichtsstatter der Deputation, Oberbürgermeister Beutler, ist merkwürdig schnell befehlt. Er meint, die Deputation habe sich das nicht so überlegt und es stelle der Kammer anheim, wie sie beschließen wolle. Darauf fiel die einzige Bestimmung, die den Volke zu gute gekommen wäre, unter dem Veto der Privilgierten in der Ersten Kammer. Daß das Volk durch die Steuerzuschläge erheblich mehr belastet wird, danach fragen die Herren selbstverständlich nicht, denen die Interessen des Volkes absolut gleichgültig sind.

Die weiteren Verhandlungen über die Einkommensteuer blieben allgemeines Interesse nicht mehr.

Über die Vermögenssteuer hatte sich die Deputation nicht einigen können. Es lagen zwei Vorschläge vor: Die Mehrheit der Deputation beantragte, die Steuer mit unwesentlichen Änderungen anzunehmen, während die Minderheit die Ablehnung forderte.

Der Finanzminister hat auch hier sein möglichstes, die Vermögenssteuer zu halten. Er führte nochmals alle Gründe dafür an, suchte die Bedenken zu widerlegen und wies wieder auf die bedenkliche Lage der Finanzen hin. Den Vorschlägen der Minderheit zu folgen und die Vorlage umzuwandeln, d. h. die Vermögenssteuer auf eine neue Grundlage zu stellen, ließe der Regierung unmenschliches zumuten. Jedemfalls sei eine Umarbeitung während der Dauer des heutigen Landtages ganz ausgeschlossen. Die Zeit sei vorüber, wo man in wenigen Monaten Gesetze schaffen könnte, wie es dem General Napoleon gelungen sei, ganz absehbar davon, daß im Finanzministerium keine Napoleon seien.

Es folgt nun eine endlose Debatte, in der sich Geheimrat Wächtig für die Vorlage ausspricht und Herr v. Trübschler sich besonders gegen das Votum der Minderheit wendet, weil diese die Belastung der Grundsteuer gefordert habe. Eine besondere Besteuerung des Grundbesitzes sei durch nichts begründet, ja, sie sei verfassungswidrig.

Der Graf Rez erklärt sich für Ablehnung der Vorlage, weil das Einkommen der Beamten höher sei, als das aus fundiertem Vermögen, und Oberbürgermeister Georgi sucht in längerer Rede nachzuweisen, daß die Einschätzung der Vermögenssteuer schwierigkeiten machen werde und die Belastung der Grundsteuer notwendig und berechtigt sei. Der Redner erklärt schließlich, daß er gegen die Vorlage stimmen werde, weil die Grundsteuer wegfallen sollte.

Professor Dr. Wach äußert seine Meinung, daß die fundierten Vermögen besteuert werden sollen; nur mit der gegenwärtigen Vermögenssteuer könnte man sich nicht befriedigen. Er stimmt in erster Linie gegen die Vorlage, weil die Aufhebung der Grundsteuer ein Geschenk an den Grundbesitzer darstelle. Die Grundsteuer sei eine Realsteuer geworden; ihr Bestehen bildet keine Last, aber ihre Aushebung ein Geschenk. Die Grundsteuer sei ferner eine feste Einnahme für den Staat gewesen. Es sei auch deshalb gegen die Aufhebung der Grundsteuer, weil die Rechte der Grundbesitzer durch die Fiktion, wie man es wolle, nicht aufrecht zu halten seien.

Die darauf erfolgte Abstimmung ergibt die Ablehnung des Grundlegenden § 1 mit 84 gegen 8 Stimmen.

Der Berichtsstatter Beutler macht den Vorschlag, angehoben des Resultats der Abstimmung auf die Weiterberatung als zwecklos zu verzichten.

Der Finanzminister erhebt dagegen Einspruch und betont, die Regierung habe ein Interesse an der Weiterberatung und ein Recht, diese zu fordern.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Sächsischer Landtag.

s. Dresden, 16. April.

77. Sitzung der Zweiten Kammer.

Einziger Punkt der Tagesordnung ist Schlusserörterung über den Bericht der Gesetzesabdeputation über den Entwurf eines Gesetzes, die Änderungen der Gesetze über die Ausübung der Jagd und Schonzeit der Jagdhörne mit Berücksichtigung der wilßen Kaninchen betreffend.

Berichtsstatter Abg. Stödel: Der Gesetzentwurf, der den

Zweck habe, eine wirksamere Vernichtung der wilßen Kaninchen zu ermöglichen, sei infolge vieler Klagen aus landwirtschaftlichen Kreisen, über die von diesen Tieren angerichteten Schäden, hervorgerufen worden. Diese Klagen seien entschieden berechtigt. Allerdings verbrennen die Schädigungen nur strichweise im Lande verfügt. Wo die Kaninchen aber vorhanden seien, sei der von ihnen angerichtete Schaden beträchtlich. Anfangs habe die Regierung nach Beispielen Preußens die Kaninchen überhaupt dem freien Fang ausliefern wollen und habe in dem Dekret § einen dahingehenden Gesetzentwurf vorgelegt. Gegen den freien Fang aber hätten sich gewaltsame Proteste gerade aus den Kreisen der Landwirtschaft gewandt. Man habe darauf hingewiesen, daß die Ausübung der Jagd auf Kaninchen dann in der Hauptsache von zweifelhaften Elementen werde ausgeübt werden, denen Hasen, Rehe und Feldfrüchte ebenso willkommen seien, wie Kaninchen. Die Erste Kammer habe diesen Protesten Beachtung geschenkt und den Entwurf der Regierung abgelehnt, aber sich nicht damit begnügt, sondern im Verein mit der Regierung einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der jetzt auch der zweiten Kammer vorsteht. Die Gesetzesabdeputation habe nur geringfügige Veränderungen vorgenommen. Unter anderem sei sie aber bedacht gewesen, Vorbeugungen dagegen zu treffen, daß Jagdwächter, in dessen Revieren sich die Kaninchen wohl aufzuhalten, aber seinen Schäden anreden, diese begegnen könnten. Der Redner empfiehlt schließlich den Gesetzentwurf in der Form zur Annahme, wie er aus der Deputation hervorgegangen sei.

Abg. Haufe: Fast ebenso schlimm, wie die Kaninchengröße, sei der Schaden, den die Hasen jetzt anrichten. Die Erstcheinung sei darauf zurückzuführen, daß die Schönheit für diese Tiere zu lang sei. Der Redner verbreitert sich ausführlich über die von den Hasen angerichteten Schädigungen und wird schließlich von dem Präsidenten unter großer Heiterkeit ersucht, bald wieder zu den Kaninchen zurückzuführen.

Die übrige Debatte ist unerheblich.

Der Gesetzentwurf wird schließlich einstimmig angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: Petitionen.

Aus der Partei.

1. Wiederholung, 16. April. Am Sonntag fand im benachbarten Viehbrück eine Parteikonferenz des zweiten nationalen Wahlkreises statt, die insfern für weitere Kreise einiges Interesse hat, als Vertrag über die leute Reichstagswahl erstattet wurde. Die Wahl hat 8000 Pf. Kosten verursacht, mit den Stadtverordnetenwahlen 10000 Mark. Neben 10000 Stimmen gelangten 36000 Flugblätter zur Verteilung. Überraschend für viele kam die Erklärung des bisherigen Kandidaten, Gen. Dr. Quarc, daß er mit Rücksicht auf seine stetig wachsende Arbeitslast in Frankfurt, namentlich in der Stadtverordnetenversammlung, nicht mehr in der Lage sei, sich ferner noch den Wahlkreise zur Verfügung zu stellen und deshalb die Genossen bitte, sich nach einem anderen geeigneten Kandidaten umzusehen. Gern werde er einen Nachfolger, den man vielleicht im Wahlkreis selbst finde, nach Kräften unterstützen. Die Konferenz, welche von der Erklärung überrascht wurde, bestellte eine aus fünf Personen bestehende Kommission zu dem Zwecke, sich vorberatend mit der Kandidatenfrage zu beschäftigen. Die Frankfurter Zeitung wittert hinter dem Rücktritt Quards persönliche Motive, diese sind aber tatsächlich nicht vorhanden.

Sozialisten in der Schweiz. Nach dem Jahresbericht für 1901 des Landesausschusses der deutschen und österreichischen Sozialisten in der Schweiz zählen die Landesorganisationen 36 Sektionen mit ca. 2500 Mitgliedern. Die Organisationen haben im Berichtsjahr fast ausnahmslos unter dem schädigenden Einflus der Krise einen Mitgliederverlust erfahren. Der internationale Flüchtlingsfonds hatte 328.30 Franken Einnahmen und 218.60 Franken Ausgaben. Unterstützt wurden aus demselben 8 Personen mit Beiträgen von 4 bis 50 Franken und zwar waren die Unterstützten: 1 Amerikaner, 1 Holländer (beide aus Paris ausgewiesen), 1 russischer Pole, 1 Ungar, 2 Galizier und 2 Deutsche. Die Sektionen haben in ihren Bibliotheken 10.200 Bände gegen 9.150 im Jahre 1900, ausgeliehen wurden 4458 Bände. Aufklärende Schriften wurden für 4500 Franken verkauft. Im Monat August soll in Basel eine internationale Zusammenkunft stattfinden.

Der außerordentliche Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie hat an die Belgische Arbeiterpartei das folgende Telegramm gesandt: "Die schwedische Sozialdemokratische Arbeiterpartei, versammelt in Stockholm auf dem außerordentlichen Parteitag zur Verhandlung über die Frage der Erweiterung des allgemeinen Wahlrechts, folgt mit gewandelter Aufschwungserwartung bewundenswürdigen, heldenmütigen Kampf für das allgemeine und gleiche Wahlrecht. Unser Kongress hat beschlossen, die Arbeiterpartei zur Aktion für dasselbe Recht aufzurufen. — Wir wünschen Euch auf das, wärme Erfolg und vollständigen Sieg. — Es lebe das allgemeine Wahlrecht! Es lebe der Generalstreik! Es lebe der internationale Sozialismus!"

Eine Demonstrationsversammlung in Stockholm wurde auf eine Teilnehmerzahl von 12000 bis 15000 Personen geschätzt. — Nach Schluß der Versammlung bewegte sich die Volksmasse in zwei großen Säulen und auf zweierlei Wege unter Gesang und Hochrufen auf das allgemeine Wahlrecht durch die Straßen der Stadt nach Folkets Hus. Hier wurde wiederum gesungen und von den Balkonen des Hauses hielten mehrere Redner Ansprachen. Hochrufe wurden ausgebracht auf das allgemeine Wahlrecht und auf den Generalstreik. — Die Polizei versuchte sich dieser durchaus friedlichen Demonstration gegenüber während des ganzen Verlaufs passiv. Nachdem sich aber die Massen bei Folkets Hus aufgelöst hatten, wurden vier Personen verhaftet, wovon zwei sofort wieder entlassen wurden. Auch in verschiedenen kleineren Städten Schwedens haben am Sonntag Demonstrationenversammlungen für das allgemeine Wahlrecht stattgefunden.

Gerichtssaal.

Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 15. April.

Polnischer Kladomir als Geheimbündler. Abermals hatte heute das Reichsgericht gegen eine Anzahl polnischer Angeklagter zu verhandeln. Vom Landgericht Posen sind am 9. November v. J. wegen Teilnahme an einer geheimen Verbindung (§ 128 Str. G. V.) zu Gefängnisstrafen bis zu vier Monaten verurteilt worden: 1. der Gerichtsreferendar Franz Karas, 2. der Dr. jur. Johann Kowalewski in Breslau, 3. der praktische Arzt Célestin Rydzewski in Berlin, 4. der Apotheker Leon v. Guminsk in Neumark, 5. der cand. med. Ignaz Trepinski in Berlin, 6. der cand. med. Felix Viach in Grätz, 7. der cand. med. Bronislaus Szulc-

zewski in Berlin, und 8. der sud. med. Johann Bladislaus Wolowski in Leipzig. — Das Urteil beschäftigt sich mit der polnischen Nationalliga und dem polnischen Nationalschatz in Rappensdorf und geht dann über zur Vereinigung der Vereine der polnischen Jugend im Auslande (d. h. dem Gebiete außerhalb des ehemaligen Königreichs Polen). Diese seit 14 Jahren bestehende Vereinigung erfüllt nach Ansicht des Landgerichts die Kriterien des § 128 Str. G. V. und die acht Angeklagten haben nach den Feststellungen des Gerichts sich als Mitglieder dieses geheimen Vereins betrachtigt. Außer der Ausbildung seiner Mitglieder in der Geschichte und Volkswirtschaft bezweckt die Vereinigung die Stärkung des polnischen Nationalbewußtseins und die Bekämpfung des als unmoralisch bezeichneten polnischen Nationalismus, in letzter Linie die gewaltsame Freiung Polens und die Wiederherstellung des polnischen Reichs. Die Feststellung, daß es sich bei dieser Vereinigung wirklich um einen Geheimbund handle, hat das Gericht aus einer Reihe von Thaten hergeleitet, die aufzuführen hier nicht erforderlich ist. Der deutschen Regierung ist, wie das Urteil ausdrücklich hervorhebt, das Bestreben der Vereinigung bis in die neueste Zeit unbekannt geblieben. Die Vereinigung der polnischen Jugend in Deutschland wurde auf dem konstituierenden Kongreß in Leipzig am 11. und 12. Juni 1896 begründet; es handelt sich hier um einen engeren Bund innerhalb der Grenzen Deutschlands. Unter vereinete bestehen außer in Leipzig noch in München, Breslau, Greifswald etc. — Die Revision der Angeklagten richte lediglich Verkenntung des Begriffs der geheimen Verbündung im Sinne des § 128. Einem strafbaren Zweck des Vereins habe das Gericht nicht feststellen können, deshalb könne der Thatbestand des § 128 nicht als vorliegend erachtet werden. — Der Reichsanwalt beantragte die Verwerfung der Revision, da das Urteil in keinem Punkte Verdienste errege, höchstens zu günstig für die Angeklagten ausgefallen sei, indem es eine Reihe von Momenten für die Strafbarkeit des Thuns der Angeklagten nicht herangezogen habe. Da aber der Reichsanwalt Revision nicht eingezogen habe, komme es hierauf nicht an. Die vom Reichsgericht bezüglich des § 128 aufgestellten Rechtsgrundsätze seien vom Landgericht beachtet worden. Es handelt sich hier um dieselben Fragen wie in dem Thorner Geheimbündelsprozeß, der am 4. d. Ms. das Reichsgericht beschäftigte. Die Ansicht der Angeklagten, daß es sich beim § 128 um einen strafbaren Zweck handeln müsse, sei vom Reichsgericht auch am 4. April als unrichtig zurückgewiesen worden. Erfordert werde allein, daß der Zweck des Vereins dorthin gehen müsse, auf öffentliche Angelegenheiten einzutreten. Die weitere Behauptung der Revision, daß die Mitgliedschaft bei den polnischen Ortsvereinen (welche von den Angeklagten nicht bestritten wird) nicht die Mitgliedschaft bei dem Centralverband der polnischen Jugend einschließe, sei bereits im Urteil des Landgerichts ausführlich widerlegt. Festgestellt sei, daß die Ortsvereine lediglich das Vordringen seien und daß tatsächlich sämtliche Mitglieder der Ortsvereine zugleich Mitglieder des Centralverbandes seien. — Völlig im Einvernehmen mit diesen Ausführungen erkannte das Reichsgericht auf Verwerfung der Revision. — Auch dieser Verhandlung wohnten eine größere Anzahl junger Polen bei.

Bom Parteihaus.

Im Monat März gingen bei dem unterzeichneten folgende Parteibeträge ein:

Anyc der Me. 1. Sch. 20.— Mr. Ultona, durch den Vertrauensmann o. Th. 2000.— Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 200,— 4. Kreis, Südst 1000,— 4. Kreis, Ost 1000,— 5. Kreis 150,— 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 700,— Berlin, diverse Beiträge 761.05. Breslau, sozialdemokratischer Verein 50,— Buggebude, von den Alten durch Weber 5.— Bern 50.— Bremen, von den Parteigenossen 300.— Chemnitz, 16. sächsischer Wahlkreis 500.— Grimmen 150.— Dresden-N., sozialdem. Verein, 4. sächs. Reichstagwahlkreis 400.— Dresden, Merker 5.— Elsterberg, von einer Revision durch R. 4.— Falkenberg (Oberschlesien) 2.— Frankenber i. S., von den Sortierern und Cigarrenarbeitern der Tabakarbeiter-Genossenschaft (Filia Frankenber) 150.— Frankfurt a. M., durch den Vertrauensmann 500.— Gießen, E. L. 1. Quartal 1902 30.— Gotha, durch den Vertrauensmann 30.— Hamburg, von Sängerbund Hamburg-Ultona u. Umge. 1. Kreis, durch den I. Vorl. C. R. in Bamberg 500,— Halle, durch die Parteigenossen 10.— Hamburg, 2. Wahlkreis 2000.— Hartha, ein Teil des Lebenschusses der Reichstagwahl im 10. sächsischen Reichstagwahlkreis 100.— Hohenstein-Ernstthal, 1. Quartal 1902 5.— Hainburg, im Monat März in der Exp. des Echo eingegangen 112.85. Hanover 1000.— Jena, 1. Vierteljahr 1902 30.— Königsberg i. Pr., Parteibetrag der Genossen 100.— Löbnitz, Kindtaufe im Schülhaus 4.— Münzen, Waldläufer 5.— Meerane, von den Parteigenossen im 17. sächsischen Wahlkreis 25.— Nürnberg-Altdorf, sozialdemokr. Verein 20.— Nürnberg, Mars 2.— Oberlangenbach i. Sch., von den Arbeitern aus dem Eulengebirge 100.— Oelsnitz i. B., vom Arbeiterverein 50.— Offenbach a. M., vom Landeskomitee des Großherzogtums Hessen 700.— Pirna, N. P., Quartalsbeitrag 1.80. Reichenbach i. Sch., vom sozialdemokratischen Wahlverein 5.— Riga, ges. Thomasstraße 1.— Stuttgart i. G., Altwater 5.— Stuttgart, G. II. 10.— Stuttgart, H. L. 6.— Steitn, Wahlkreis 300.— Solingen, durch den Kreisvertrauensmann vom Volksverein Ohligs, Filiale Ulrichs 25.— Solingen, 1. C. 25.15. Billingen, zwei bußfertige Parteigenossen 2.— Würtemberg 100.— Würzburg, 10. April 1902.

Für den Parteivorsitzend:
A. Gerlich, Kreuzbergstr. 30

Arbeiterinnen!

Nachstehende Personen sind bereit, Beschwerden über Fabrik- und Arbeitsverhältnisse einzugeben und sie, ohne die Namen der Beschwerdeführerinnen zu nennen, der Behörde zu übermitteln:

- Gran Dünker, Göhlis, Wilhelmstr. 2, III.
- Frenzel, Lindenau, Gundorfer Str. 19, L.
- Gehrde, Leipzig, Hauptmannstr. 7, pt.
- Jäger, Connewitz, Leipziger Str. 83, pt.
- Müller, Leutzsch, Eisenbahnstr. 10, IV.
- Nemus, Schleußig, Königstraße 37, pt.
- Wehmann, Lindenau, Blasmannstr. 40, pt.
- Widera, Leutzsch, Hauptstr. 20, II.

Arbeiter! Bürger! Parteigenossen!
Held unausgesetzt

Achtung, Stellmacher!
Freitag den 18. April abends $\frac{1}{2}$ Uhr
öffentliche Versammlung
im Coburger Hof, Windmühlenstrasse.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Noak. 2. Bericht des Reellen-Ausschusses über die statthaften Verhandlungen mit der Innung Gewerbeschäftiges. [3602]
Wir ersuchen alle Kollegen, für zahlreichen Besuch der Versammlung besonders häufig sein zu wollen. Die Sektionsleitung der Stellmacher.

Sonnabend den 19. April abends $\frac{1}{2}$ Uhr
öffentliche Versammlung
in der Börsenhalle.
Tagesordnung: 1. Der Soldaten und der Deutsche Reichstag. Referent: Redakteur Lüttich aus Leipzig. 2. Parteilehrgemeinschaft. Um zahlreichen Besuch bitten. [3611]

Der Einberufer.

Krystall-Palast — Alberthalle.

Königl. Rumänischer

Cirkus Cesar Sidoli.

Heute Donnerstag den 17. April abends 8 Uhr

Grosse Damen-Vorstellung

Die meisten Nummern des Programms werden von Damen ausgeführt.

Das Programm enthält 16 Nummern.

Nur noch vier Tage: **Mr. Julius Seeth 25 Löwen 25.**

8 musikalische Hengste 8 in Freiheit vorgeführt von Herrn Potoletti. La bella Lopezina, Trapez-Künstlerin. Massen-Pferdedressuren, vorgeführt von Herrn und Frau Direktor Sidoli. Vorverkauf bei Herrn Flatau, Cigarrengeschäft, Goethestrasse, sowie von 10 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. im Cirkus. [3689] Morgen Freitag: High-Life. Montag: China.

Querstr. 24 Restaurant Wanderer (Inh.: Max Schröter)

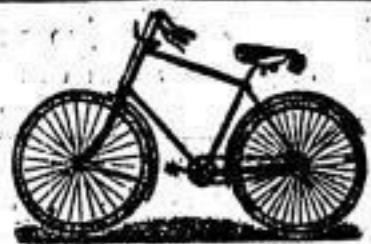
empfiehlt seinen als vorzüglich anerkannten Mittagstisch inkl. Suppe 50 Pf., s. Lagerbier von C. W. Naumann, echt bayer. Exportbier. Schöne rauchfreie Gasse und Frischluftstube. Jeden Freitag Schlachtfest, abends frische Gallerischäfchen sowie Sonntags Schweinstücken. [2870]

Erlanger Brauhof hält seine vorzüglichen Lokalitäten bestens empfohlen.

Seifartsdorf Gasthaus zur Alm bei Eisenberg S.-A.

Bringe der werten Arbeiterschaft, sowie geehrten Arbeitervereinen meine herzliche Grüße von der Alm in empfehlende Erinnerung. Schönster Ausflugsort vom Bahnhof Crossen a. d. Elster nach Klosterlausnitz, Hermisdorf ic. [3605] für Arbeitervereine Vorzugsspreise. Eben zuherst billig u. gut.

Zu wertem Besuch lädt freundlich ein. Der Almwirt. Besitzer: H. Jahr.



Fahrradklarner
Leipzig, Elisenstr. 12.

Telephon 8791.

Grösstes Specialgeschäft am Platze.

Abteilung I: Fabrik für Fahrradteile. In unseren Reparatur-Werkstätten mit Dampfbetrieb führen wir Reparaturen aller Systeme schnellstens und billigst aus.

Fertige Achsen, Gelenke, Lagerhälften, Muttern u. s. in großer Auswahl vorrätig. Eigene Vernickelungs-Anstalt für Vernickelung aller Fahrradteile und Wirtschaftsgeschäfte.

Abteilung II: **Fahrräder aller Art** Nähmaschinen Motorwagen.

Wir führen nur beste in- und ausländische Marken und unterhalten zur Zeit ein ständiges Lager von über 800 Stück der weltberühmten Fabrikate.

Dürkopp Diana Dürkopp Kettenlos Panther-Premier Westfalen-Columbia

sowie Cito-Transporträder. Preise staunend billig.

Infolge waggonweisen Bezugsliegenschaften. Einkauf, daher reelle Belebung der befestigtemm Brücken.

An Wiederverkäufer sind innerhalb der Kreischaufmannschaft Leipzig noch einige Plätze zu vergeben.

Illustrierter Prachtatalog gratis an jedermann. [3282]

Monatsgardeerde. J. Kindermann, Seitzgasse 9, I. am Markt n. Rathaus. Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste Brillen-Jahrs-Präzision, komplette Anzüge, alle Fagonen u. Weiten. Eleg. Fracke u. Gesellschaftsanzüge, auch lehrweise.

Sofort darauf zu warten.

Herrenschuhe u. Absatzlede 4.1.90 an

Damen-schuhe u. Absatzlede 4.1.50 an

Kinder-schuhe u. Absatzlede 4.0.80—1.50

Flickerei, Schuhverband, schnell, gut, billig.

Gummizüge 4.4. Gummi-züge 4.4. Münzgasse 7.

für
Sofa-Bezüge

empfehlen wir
allerbilligst
doppelbreite bunten Moquette-Züsche von 5,80 Mt. an.

Kameeltaschen
Glatter und gemusterte Zillische

Einfarbige Stoffe
in reicher Auswahl.

Teppiche
Borlagen

Gardinen, weiß und crème

Portieren
Zäuberstoffe.

Schäfer & Thomas

Brühl 45
partiere und 1. Etage.

En gros und en détail. [2816]

Samen für Einfassungen.

Frühkartoffeln, Staudenwurzeln,
Georginen, Nelkensenker

Gemüse- und
Blumenpflanzen aller Art, täglich frisch.

Moritz Bergmann

Gamenhandlung [3468]
7b Neumarkt 7b

nächst dem Gewandhäuschen.

Sofort darauf zu warten.

Herrenschuhe u. Absatzlede 4.1.90 an

Damen-schuhe u. Absatzlede 4.1.50 an

Kinder-schuhe u. Absatzlede 4.0.80—1.50

Flickerei, Schuhverband, schnell, gut, billig.

Gummizüge 4.4. Gummi-züge 4.4. Münzgasse 7.

Dampfschnellschuhfabrik

J. Kindermann, Seitzgasse 9, I. am Markt n. Rathaus.

Empfiehlt in reicher Auswahl allerfeinste

Brillen-Jahrs-Präzision, komplette Anzüge,

alle Fagonen u. Weiten. Eleg. Fracke u. Gesellschaftsanzüge, auch lehrweise.

Münzgasse 7.

Zur Maifeier

ist wie bisher, so auch in diesem Jahre, ein
Gedenkblatt

hergestellt worden, und wollen Freunde und Genossen für den Vertrieb thätig sein.

Der Preis des Gedenkblattes beträgt 15 Pfg.

Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Wegen anderweitiger Vermietung des Lokales
muß das gesamte Lager

bestehend in
Schuhwaren, Herren- u. Knaben-Konfektion

Wäsche, Hüte, Mützen, Schirme, Stocke

aller schnellstens vollständig geräumt sein. Deshalb findet ein

Total-Ausverkauf

bei bedeutender Preisherabsetzung statt.

Die letzten Ausverkaufspreise sind an den Waren deutlich verzeichnet. [3662]
Nr. 7 Nürnberger Straße. J. Joske Nürnberger Straße **Nr. 7.**

Fahrrad-Mechaniker Trenzel

Zelitzer Str. 31 — Eisenbahnastr. 31
repariert, vernisst, emaillierte
Fahrräder aller Fabrikate u. ließt alle
Ersatzteile sachgemäß und billigst.

Neue Fahrräder von 110 Mt. an
an unter Garantie. [2853]

Luftschlange von 8.75 Mt. an
Laufdecken von 6.25 Mt. an
Glocken von 80 Pf.

Lampen von 1.25 Mt. an.

Ausziehbare Luftpumpe

"Quintuplex" 1.90 Mt.

Seit 12 Jahren größte, beste u.

billigste Reparatur-Werkstatt.

Zeitung gratis.

Cataloge gratis.

Photogr. App. m. Zubehör v. 1.— Mt.

Stative aus Holz v. 1.50 "

Wanderer App. $\frac{1}{2}$ m. mit Dopp-

Kassette u. Mattheiße 2.70 "

do. $\frac{1}{2}$ m. 3.90 "

Photographiere mit Union-Platten

$\frac{1}{2}$ m. $\frac{1}{2}$ m. $\frac{1}{2}$ m. $\frac{1}{2}$ m.

$\frac{1}{2}$ m. $\frac{1}{2}$ m. $\frac{1}{2}$ m. $\frac{1}{2}$ m.

Arthur Wettwer, Leipzig, Burgstraße 22/24, vorm. Becker u. Wettwer.

Billige Zubehör.

Blaulacken gratis.

Fotopapier gratis.

Kronenfrei.

Fotoservice gratis.

Blaulacke gratis.

Albinenfrei.

Reparatur frei.

Kronenfrei.

Fotopapier gratis.

Kronenfrei.

Photographische Apparate
liefer. in Teilszahlungen
Arthur Gasch
Burgstrasse 25
(neben dem Thüringer Hof).

Achtung! Achtung!

Für Bauhandwerker.

Zwillingsjoden u. engl. Lederbösen
in der alten bekannten Güte
von Neumann son., früheren Reglementis.
Schneider, sieert [2067]

Max Böhm, Dufourstr. 29, III.

Curt Eule, Dresden Str. 53

empfiehlt erstl. Fahrräder zu bill. Preisen.
Zubehörteile spottbillig, bei größter Aus-
wahl. Lenkstangen, L. Qual., 45,50, Pedale
u. 8,50 an. Acetylent-Lat. p. 2,80 an.

Schwitzer für Herren
und Knaben
gibt billigt ab die Fabrik [3868]
Weststrasse 67, pt.

Cigarren, Cigaretten
und Tabak empfiehlt [5727]
E. Kriebler, 2. Plagwitz
Hochscheße Straße 50.

N.B. Abonnement auf die Volkszeitung
werden jederzeit entgegen genommen.

Dienstag u. Freitag Schlachttest
Von früh 7 Uhr an Wurstfleisch.
E. Vettner, Räuberweg 16.

Hente frischgeschlacht. Rossfleisch.
G. Köppen, Kleinzs., Lutherstr. 14.
Pferde zum Schlachten faust **D. O.**

Osterlämmer verkauf! billigt
Markthalle, Stand 84/85.

Morgen ständig große Auswahl lebend-
frischer Schnellfisch, Cagliari,
ohne Kopf & Fisch 18 Pf.

O. C. Matthes, Lindenau,
3617 M. M. Seeburger Str. 68.

Int. Speisehaus, Vorplatz, Mittagst.
iuff. Suppe 30 Pf., U. Speisem. 1,70 M.

Speisekartoffeln, mehrreich, 10 Pf.

25, Mehe 15 Pf.
Robert Funke, Lindenau
Edo Günzner u. Meitnerstr.

Prima Speisekartoffeln,
Centner 1,80—2 M. M. Mehe 10—20 Pf.

Gohlis, Gölzstraße 15, Siebenhauer
Briquet, Marke "Prehlitz".

1 Centner vom Lager 0,62
1 Centner frei Händ 0,75

10 Centner frei Händ M. 80

Bei größeren Posten entsprechend billiger.

Aug. Klosser, Hohe Str. 46, Ecke Zeitzer Str.

Hermann Baumann

2 Südstrasse 2

mehrere freie u. Gönossen ausschließlichen
Posten gesetzten Arbeits-Anzüge, Knaben-
Anzüge, Schuhe u. Stiefel außergewöhnlich.

Garten-Verein

Großzschocher-Windorf.

Sonntag den 20. April sollen vor-
mittags 11 Uhr in der Gartenanlage
2 schöne Gärten versteigert werden.
Gartenslebhaber mögen sich um Auskunft
in die Kantine wenden. [3597]

Neugebauer, statl. gebild.

Praktikant d. Homöopathie u.
Naturheilmethode, früher an Dr. Willm.

Schwabes Polllini, hebbt. u. langt. Er-
schließungsraum, d. M. n. Dr. Pfaffen,
Kloren-, Magen-, Darm-, Haut-, Leber-,
Krampfadernfachw., u. mit niedrigein
vorgäng. Erfolgen. Fr. Nelchs. 33/35

jetzt Königsplatz 1

Sp. Ost. 9.2.5.8, Sonn. 10.1. u. ausw. briefl.

Empfehl. meine
Damenbinden

Gummibinden für Majag, Wochen-
und Krautensiege. [8110]

Sp. Verzerrungshobel. Kleiderketten für
zahnbende Kinder. Preisliste 30 Pf.
Fr. Auguste Gräf, Nikolaistraße 4.

Käufe und Verkäufe.

Kleine Maschinenfabrik und

Elektrofasserei
mit gut John. Spezialitäten, sehr gut gelegen,
fast neu, praktisch eingerichtet, vorteilhaft
Verhältnisse. Nähe Leipzig's. Nicht zur Gründung
einer Gesellschaft geeignet. Erstaunlich
bill. zu verkaufen. Anzahlung ca. 25.000.—.
Ressizahlung auf Jahre unklarbar. An-
fragen u. G. 795 an Hasenstein & Voeller,
A.-G., Leipzig, erbauen. [8590]

Gebr. Singer-Nähmaschinen
von 15 M. an. Reparat. u. Erhaltung
billig. Kleinverl. d. Original-Victoria.

Lehrbücher in den modernen Kunstdressen.
H. Schade, Peterstraße 34, im Hof.

Hand- u. Geschäftsz. u. b. Reichs. Kirch. 87
Zur Messe auch Rossplatz an d. Königstr.

Barth, Kurprinzstraße 24. Kinder-
wagen von M. 13.— an.
Puppenw. m. Wollgarbenen M. 1,60.

1 prachtv. Bettdecke, Matratze, Über-
Unterbett u. Kissen, zusammen für 28,6.—
billigt zu verkaufen. Brühl 46/48, Vorderb.

Donnerstag

Leipziger Volkszeitung

17. April

Leipziger Buchdruckerei

Aktiengesellschaft

Abteilung Buchhandlung

Leipzig, Tauchaer Straße Nr. 19/21.

*** Telephon Nr. 2721. ***

Die Neue Zeit. Revue des gesittigen und öffent-
lichen Lebens. Wochens. 1 Hest.
Preis pro Hest 25 Pf.

Die Hütte. Zeitschrift für das Volk u. seine Jugend.
Erscheint alle 14 Tage. Erschienen Hest 1.
Jedes Hest einzeln fälschlich. Preis pro Hest 25 Pf.

In freien Stunden. Wochenschrift.
Romane, Erzählungen für das arbeitende Volk. à Hest 10 Pf.

Aus dem litterar. Nachlass von Karl Marx,
Friedrich Engels
und Ferdinand Lassalle. Herausgeg. von Dr. Franz
Mehring. Bilder erschienen: I. Band, März 1841 bis März 1844.
Brosh. 7.—, geb. 8,50 M. II. Band, Juli 1844 bis November
1847. Brosh. 6.—, geb. 7,50 M. IV. Band, 1849 bis 1862.
Brosh. 5.—, geb. 6,50 M.

Meisterbilder. Vorzügl. Nachbildungen von Ge-
mälden alter und neuer Meister.
Wie jetzt 36 Blätter erschienen. Preis pro Blatt 25 Pf.

Zur Arbeiter-Theatervorstellung am 20. April:
Maria Magdalena. Ausg. Hand 25 u. 50 Pf.
Ausgabe Neclam 20 Pf. Ausgabe Meyer 10 Pf.

Der Arbeiterführer für Leipzig und
Umgegend 1902.
Mit Karre 50 Pf., ohne Karre 30 Pf.

Gelegenheitsküste für Bibliotheken:
Nansen, In Nacht u. Tis. Lewes, Goethe, Leben.
8 Vde. geb. statt 80 M. 15 M. 2 Vde. wie neu, statt 6 M. 4 M.
Sämtliche Literatur des In- u. Auslands wird schnellstens besorgt.
Der Auflass antiquarischer Bücher wird vermittelt.
Bibliotheken werden für event. Renovierungen Vorschlagslisten
bereitgestellt zugestellt.
Lieferungswesen werden regelmäßig besorgt.

Alle Austräger der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen.

Marienbad

L. Neuschönfeld

Eisenbahnstrasse 66

Telephone: Nr. 846.

Die Anstalt ist für alle Bäder von früh 6 Uhr bis 8 abends Uhr geöffnet.

Lindenauer Möbel-Halle

Eduard Walther

L. Lindenau, Merseburger Strasse 48

empfiehlt sein großes Lager in

Möbeln, Spiegeln u. Polsterwaren.

Glückliche Gelegenheit für Brautleute und Familien.

Langjährige Garantie. — Verlangen Sie Preisliste. — Freier Transport.

Photograph
Rinkau &
Leipzig
Aufnahmetime: Sonn-
von 9-5 Uhr.

Atelier
Gehler
Turnerstr. 11
u. Wochentags

Geschmackvolle moderne Hüte

Reichhaltige Auswahl in allen Preislagen. Aufsätze u. Bedeckung. Getragene
Hüte werden billigt modernisiert. Handschuhe in Stoff u. Glacee, beste Qualität.

Dorothea Fricke, Kurprinzstraße 18
Ecke Brüderstraße, Haus der elektrischen Straßenbahn.

Genthisch, Möbel-Magazin

[1890]

Oskar Lorenz, Tapeteier u. Dekorateur.
Großes Lager allgemein preiswertes
Möbel. Spezialgeschäft für komplexe
moderne Zimmerausstattungen. Verkauf
einzelner Möbel. Transport frei.
Ansicht auch Sonntags gestattet.
Gr. Ausw. in Damenkleid., Wäsche, fast neu,
verl. d. Fr. Lory, Barfussg. 7, II. dicht. Markt.
Garten. billig zu verl. Zu erfragen
Neustadt, Heiligstr. 17, IV. L.

Ein überziehbarer Kind wird in
Lindenau, Flemmingstr. 6, I. r.

Kind wird in gute Pflege genommen.

Kantstr. 48, IV. M.

Heine Wäsche wird gut geplättet.

Reichsbudapest, Heinrichstr. 2, II. r. Seller.

Ein kleines Kind wird in Pflege gen-

gegeben. Zu erfr. Lindenau, Flemmingstr. 6, I. r.

Kind wird in gute Pflege genommen.

Kantstr. 48, IV. M.

Wochen altes Kind, M. w. in gute Pflege

gegeben. Zu erfr. Co., Hermannstr. 82, II. r.

Weitere alleinst. Frau zu Kindern gesucht.

Kleinschöcher, Mülliger Straße 2, I. r.

Gummireif, v. d. Schönheit, b. Connem.

verl. Ab. g. Bel. Co., Mittelstr. 17, I. r.

Wer verlautet einen runden Wagen für

einen Säugling? Pl. Konnenstr. 52, I. M.

Gaudengang, v. Steuerreif, fertigt u. Aus-

Verstärkung, Kunststr. 3, II. r.

Aufpolster von Sofa 8 M. Matratzen

8 M. an. Os. Müller, Wahr., Halleschestr. 33.

Die Abonnenten von Connwig

u. um. Ortschaften erhalten mit der

heutigen Nummer einen Prospekt der

Firma Albert Schramm.

[1882]

Vernende f. Damenschuhherret gef., unent-
geltlich. Plagwitz, Johannisstr. 84, III. r.

Kinderwagen, billig lackiert u. ausgel.

Lindenau, Wallstraße 108. Siebert.

Frau sucht Wäsche in u. außerm. Hause.

Plagwitz, Johannisstr. 28, IV.

Heine Wäsche wird gut geplättet.

Reichsbudapest, Heinrichstr. 2, II. r. Seller.

Ein kleines Kind wird in Pflege gen-

gegeben. Zu erfr. Lindenau, Flemmingstr. 6, I. r.

Kind wird in gute Pflege genommen.

Kantstr. 48, IV. M.

Wochen altes Kind, M. w. in gute Pflege

gegeben. Zu erfr. Co., Hermannstr. 82, II. r.

Weitere alleinst. Frau zu Kindern gesucht.

Kleinschöcher, Mülliger Straße 2, I. r.

Gummireif, v. d. Schönheit, b. Connem.

verl. Ab. g. Bel. Co., Mittelstr. 17, I. r.